

politix

Ausgabe 40 | 2016

Politische Ökologie



ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

ISSN 1990-4630

INHALT

SCHWERPUNKT: POLITISCHE ÖKOLOGIE

Die Macht der ökologischen Krise	5
<i>Alina Brad und Ulrich Brand</i>	
Zu Ökologie und Technikbewertung am Beispiel von Gentechnik in der Landwirtschaft	11
<i>Peter Weish</i>	
Analyse des Pariser Klimaabkommens.	18
<i>Hannah Elisabeth Seidl</i>	
Ernährungssouveränität – Jetzt!	21
<i>Christina Plank</i>	
Zur ‚ökologischen Linken‘	26
<i>Josef Baum</i>	
Der Kampf um Wasser	31
<i>Tobias Doppelbauer</i>	
Sozial-ökologische Auswirkungen der Palmölproduktion in ländlichen Gemeinden	37
<i>Charlotte Kottusch</i>	
Ölschiefer.	45
<i>Tobias Mayr</i>	
Sowa Rigpa	50
<i>Interview mit Stephan Kloos</i>	
‚Land grabbing‘ & seine Langzeitauswirkungen auf Europa angesichts der ‚Flüchtlingskrise‘	53
<i>Amin Elfeshawi</i>	
Ein „vergessenes Tal“ im ecuadorianischen Hochland.	57
<i>Interview mit Petra Machold</i>	

AKTUELL / INTERN

„Seid weiterhin solidarisch!“	62
<i>Interview mit Celil Kaya</i>	
Tagungsbericht: Foucault und die Krise der Linken	65
<i>Johannes Siegmund, Rahel Süß und Anna Wieder</i>	
Konferenzbericht: Building Bridges	67
<i>Elisabeth M. Bauer und Melanie Konrad</i>	

REZENSIONEN

Le Monde diplomatique (2015): Atlas der Globalisierung & Blätter für deutsche und internationale Politik (2015): Postwachstumsreader	69
<i>Gerd Steffens</i>	
Uwe Krüger (2016): <i>Mainstream</i>	71
<i>Stefan Alexander Marx</i>	
Jane Mayer (2016): <i>Dark Money</i>	72
<i>Florian Mark</i>	

Elisabeth Wehling (2015): <i>Politisches Framing</i>	74
<i>Thomas Immervoll</i>	
Fipu (2016): <i>Rechtsextremismus Band 2</i>	75
<i>Eva Wackenreuther</i>	
Mona Singer (Hg.) (2015): <i>Technik & Politik</i>	76
<i>Melanie Konrad</i>	

-EDITORIAL-

Anhand des aktuellen Konflikts zwischen Native Americans und den Betreibern der Dakota-Access-Fracking-Ölpipeline im Bundesstaat North Dakota, USA, lassen sich sehr gut bestimmte Aspekte der Dimensionen politischer Ökologie aufzeigen. Die Standing Rock Sioux und solidarische Communitys versuchen seit Monaten durch Proteste ihre Lebensweise und das Wasser ihres Reservats sowie des nahegelegenen Flusssystemes des Missouri River zu schützen, das stromabwärts ca. 17 Millionen Menschen direkt oder indirekt versorgt (#NoDAPL). Das im Gebiet zur Anwendung kommende Fracking ist einerseits sehr umstritten, da die ökologischen Langzeitfolgen unzureichend erforscht und Gewässersysteme besonders gefährdet sind. Andererseits sind große Pipelinelecks und Unfälle mit tödlichem Ausgang seit Beginn des Öl-Booms in den vergangenen Jahren vermehrt in North Dakota aufgetreten.

Das mit 3,7 Milliarden Dollar dotierte Projekt, das verhindert werden soll, wird von den Behörden mit militarisierter Polizeigewalt geschützt. Frauen und Two Spirits (Menschen die sich gleichsam als Frau und Mann fühlen) nehmen sowohl in den Gemeinschaften als auch bei der Organisation des Widerstands eine besondere Rolle ein. Der Verlauf der Pipeline wurde bereits einmal verschoben; weg von der Hauptstadt Bismarck mit weißer* Mehrheitsbevölkerung. Das heißt, eine aufgrund von class, race und gender besonders diskriminierte Gruppe wehrt sich gegen die Verdrängung ihrer Lebensweise und die Inwertsetzung von Natur zugunsten einiger weniger und zum eventuellen Schaden von Millionen von Menschen.

Das ist ein Szenario, wie es auch Robbins (2004) modellhaft in seinem vielbeachteten Einführungsband *Political Ecology* beschreibt. Im Zusammenhang mit grundsätzlichen Thesen und Perspektiven in der Politischen Ökologie über soziale Konflikte, die sich über den Zugang zu natürlichen Ressourcen entfachen, streicht Robbins hervor, dass die Kategorien class, race, gender ganz maßgeblich an der Setzung von Konfliktlinien beteiligt sind. So wird das Leben in einer von Degradation betroffenen natürlichen Umwelt eher marginalisierten sozialen Gruppen zugemutet oder mächtigere Akteure können bestimmen, welche Gebiete vor menschlichen Einflüssen abgeschirmt und zu Nationalparks erklärt werden können, ohne auf die Subsistenzbedürfnisse der lokalen Bevölkerung Rücksicht nehmen zu müssen.

Mit David Harvey lässt sich diese Perspektive, Konflikte wahrzunehmen und zu beschreiben weiters wie folgt auf den Punkt bringen:

„all ecological projects (and arguments) are simultaneously political-economic projects (and arguments) and vice versa. Ecological arguments are never socially neutral any more than socio-political arguments are ecologically neutral.“
(Harvey 1993: 25)

Ein wichtiges Konzept in diesem Zusammenhang ist auch ‚gesellschaftliche Naturverhältnisse‘, denn es besagt, dass Natur im Moment ihrer Aneignung durch menschliche Arbeit transformiert aber auch gesellschaftlich reproduziert wird. In den 1980ern und 1990ern etablierte sich in

Frankfurt am Main ein Institut für sozial-ökologische Forschung, das begann, sich mit der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in einer Tradition der Frankfurter Schule auseinanderzusetzen. Diese Perspektive geht davon aus, dass die dominanten Lösungsansätze, vor allem die marktorientierten, die ökologische Krise in der wir uns befinden mitverursachen, weil sie an den Grundsätzen der kapitalistischen Produktionsweise nichts ändern (vgl. Köhler/Wissen 2011). Politische Ökologie ist jedoch keine breit institutionalisierte Forschungsdisziplin, sondern ein heterogenes Forschungsfeld, das Macht- und Herrschaftsverhältnisse untersucht, die sich durch den Zugang zur Aneignung und Inwertsetzung von Natur stabilisieren. Dabei geht es sowohl um Produktionsbedingungen, Konsumverhältnisse und -muster als auch um Ressourcenkonflikte und soziale Bewegungen, die sich mit ökologischen Fragen auseinandersetzen.

Daher versammeln wir in diesem Heft Texte, die Theorieansätze der Politischen Ökologie aufzeigen (Brad/Brand) und die sich mit ethischen Fragen der Technikfolgenabschätzung befassen (Weish). Desweiteren gibt es Analysen zu den Vereinbarungen der Klimakonferenz von Paris im Dezember 2015 (Seidl), über soziale Bewegungen beim Nyéléni-Forum in Rumänien zu Ernährungssouveränität (Plank), zur ökologischen Linken (Baum) und zu Kämpfen um eine öffentliche Wasserversorgung in Bolivien (Doppelbauer). Besonders empfehlen möchten wir auch die empirischen Fallstudien zu Palmöl in Brasilien (Kottusch), Ölschiefer in Estland (Mayr) und den Essay zu Land grabbing und Flüchtlingsbewegungen (Elfeshawi) in diesem Heft. Ergänzt werden diese Artikel durch ein Interview mit dem Kultur- und Sozialanthropologen Stephan Kloos zur neuentstehenden Sowa-Rigpa-Industrie (besser bekannt als traditionelle tibetische Medizin) und ein Interview mit der Sozialökologin Petra Machold zur Kulturgeschichte des Zuckers und der Sklaverei in Ecuador.

Im Abschnitt Aktuell/Intern bringen wir in diesem Heft ein Interview mit Celil Kaya zur Situation von Akademiker_innen in der Türkei. Kaya war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Mülkiye in Ankara, der wichtigsten Politikwissenschaftlichen Fakultät des Landes, und wurde nach dem Putschversuch per Regierungsdekret entlassen, so wie viele andere mit ihm. Das Interview führte Thomas Schmidinger für uns – wir danken ihm sehr dafür! Außerdem gibt es Konferenz-

berichte von der Tagung ‚Foucault Revisited‘ und von der ‚2. marxistisch-feministischen Konferenz‘ zu lesen sowie zahlreiche spannende Rezensionen zu aktuellen wissenschaftlichen Publikationen am Ende des Hefts.

Ein herzliches Dankeschön allen mitwirkenden Autor_innen, und ganz besonders den unermüdlichen politix-Redakteur_innen, für die vielen investierten Arbeitsstunden sowie den Fotograf_innen, vor allem Stefan Leimer (www.stefanleimer.ch), für das Teilen eindrucksvoller Momente und die visuell ansprechende Rahmung unseres Heftes. Wir wünschen eine gedeihliche Lektüre und viele fruchtbare Diskussionen!

Für die politix-Redaktion

Melanie Konrad, November 2016

*#NoDAPL

*Standing Rock Sioux auf Facebook

*www.standwithstandingrock.net

Harvey, David (1993): *The nature of environment. The dialectics of social and environmental change*. In: *Socialist Register* 29, 1–51.

Köhler, Bettina/Markus Wissen (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise*. In: Bettina Lösch (Hg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach: Wochenschau, 217–224.

LeBillon, Philipp (2015): *Environmental Conflict*. In: Tom Perreault/Gavin Bridge/James McCarthy (Hg.): *The Routledge Handbook of Political Ecology*. London: Routledge, 598–608.

Robbins, Paul (2004): *Political Ecology. A Critical Introduction*. Malden MA: Blackwell.

DIE MACHT DER ÖKOLOGISCHEN KRISE

Perspektiven der Politischen Ökologie

Alina Brad und Ulrich Brand

Eine Ursache für die sich weiterhin vertiefende ökologische Krise liegt in der wissenschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Sozial- und Geisteswissenschaften einerseits sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften auf der anderen. Auch gesellschaftlich wurden und werden die historisch-konkreten Formen, in denen Natur angeeignet wird – um sich zu ernähren, fortzubewegen, zu wohnen, sich fortzupflanzen – meist als selbstverständlich angenommen. Die historische Gewordenheit und Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und damit Fragen von Macht und Herrschaft, die sich im Verhältnis von Natur und Gesellschaft ausdrücken, bleiben unberücksichtigt.

Nachdem in den 1970er-Jahren Umweltprobleme infolge der immer weiteren Ausbeutung bzw. Beherrschung der Natur, etwa im Rahmen der landwirtschaftlichen ‚Grünen Revolution‘ mit ihren problematischen Konsequenzen, verstärkt in die öffentliche Diskussion geraten waren, wurde die ‚ökologische Krise‘ als solche thematisiert. Damit geriet auch das Verhältnis von Gesellschaft zu Natur in den Blick. Die Anerkennung des globalen und umfassenden Charakters der ökologischen Krise erfolgte in den 1990er-Jahren. Phänomene wie der Verlust der biologischen Vielfalt und der von Menschen verursachte Klimawandel wurden als Teile einer globalen Problemlage wahrgenommen, die unterschiedliche Erscheinungsformen in den verschiedenen Regionen haben. Gleichwohl entwickelte sich in der Folge der ‚Rio-Konferenz‘ zu Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 – dort wurden unter anderem die Klimarahmenkonvention und die Konvention über die biologische Vielfalt unterzeichnet – eine Art ‚globales Umweltmanagement‘ (vgl. Görg/Brand 2002), demzufolge mit geeigneten und international verabredeten politischen Rahmenbedingungen den sozial-ökologischen Krisenphänomenen Einhalt geboten werden könnte. Das ist weitgehend gescheitert.

In jüngster Zeit scheint es, als ob die Überwindung der Finanzkrise durchaus etwas mit der Bearbeitung der ökologischen Krise zu tun haben könnte. Begriffe wie ‚Green New Deal‘ oder ‚Green Economy‘ sind derzeit prominent (UNEP 2011; OECD 2011; EU Commission 2010). Das konnte auch im Rahmen des kürzlich stattgefundenen G20-Gipfels in China beobachtet werden, wo die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums das einzig gültige Mantra zu sein schien. Auch die im September 2015 verabschiedeten ‚Sustainable Development Goals‘ (SDGs) der UNO setzen auf Wirtschaftswachstum – natürlich auf ein ökologisch verträgliches. De facto führt das Primat des Wirtschaftswachstums in Ländern wie Indonesien beispielsweise dazu, dass Menschen von ihrem Land vertrieben werden, um dort auf immensen Flächen Palmöl für den Weltmarkt zu produzieren (vgl. Brad et al. 2015). Es wird noch allenfalls zwischen dominanter Politik, Wirtschaft und NGOs darum gerungen, ob das Palmöl ökologisch zertifiziert sein soll – die vom Land vertriebenen Bäuer_innen haben nichts mehr zu sagen; können sich allenfalls als Tagelöhner_innen auf den Plantagen verdingen.

Politische Ökologie

Mit der Anerkennung der ökologischen Krise entwickelte sich eine kritische Forschungsperspektive – jene der Politischen Ökologie. Zentral in polit-ökologischen Analysen und Forschungsansätzen bezüglich gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist ein Zusammenhang mit politisch-ökonomischen sowie sozio-kulturellen Dynamiken und gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Diese Perspektive wird hervorgehoben, indem sie die Verankerung krisenhafter Naturverhältnisse auch in den Alltagspraktiken und im Alltagsverstand der Menschen verortet (vgl. Görg 1999). Im Folgenden werden jene Ansätze

skizziert, welche deutlich machen, dass die ökologische Krise kein reines Problem der ‚ökologischen Tragfähigkeit des Planeten‘ (Rockström et al. 2009) und des richtigen Managements ist, sondern mit machtvoll gesetzten Produktions- und Konsumnormen sowie mit tief in der Bevölkerung verankerten Lebensweisen zusammenhängt.

Vertreter_innen der Politischen Ökologie gehen von der zentralen Annahme aus, dass ökologische und polit-ökonomische Prozesse im Gesellschaft-Umwelt-Verhältnis miteinander verwoben sind. In der vielzitierten Definition von Piers Blaikie und Harold Brookfield kommt dieses Zusammenspiel zum Ausdruck:

„The phrase ‚political ecology‘ combines the concerns of ecology and a broadly defined political economy. Together this encompasses the constantly shifting dialectic between society and land-based resources, and also within classes and groups within society itself.“ (Blaikie/Brookfield 1987: 17).

Im Zentrum der Politischen Ökologie steht die Erforschung des Verhältnisses von Produktionsweisen, Machtverhältnissen und globalen Arbeitsverhältnissen zu lokalen Prozessen der Ressourcennutzung, der Inklusion oder Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen darin, aber eben auch der ganz alltäglichen Arbeits- und Lebensweisen in je spezifischen Kontexten. Dazu beigetragen haben vor allem Richard Peet und Michael Watts mit ihrem Buch *Liberation Ecologies* (1996) sowie Raymond Bryant und Sinéad Bailey mit *Third World Political Ecology* (1997). Soziale Ungleichheiten, Auswirkungen des Weltmarkts auf lokale Bevölkerungen und politische Konflikte auf unterschiedlichen Maßstabsebenen waren zentrale empirische Bezugspunkte. Damit reagierte die Politische Ökologie unter anderem auf die beobachtete gesellschaftliche Desintegration in Folge der Einbindung von Ländern des Globalen Südens in den Weltmarkt und in eine kapitalistische Produktions- und Lebensweise (vgl. Bryant/Bailey 1997; Paulson et al. 2003).

Im Verlauf der 1990er-Jahre wurden in der Politischen Ökologie neben polit-ökonomischen auch poststrukturalistische sowie diskurstheoretische Ansätze miteinander verknüpft. Fragen der diskursiven ‚Produktion‘ und der symbolischen Aneignung von Natur (vgl. Agrawal 2005; Goldman 2004; Jasanoff 2010) sowie der Wissensproduktion (Escobar 1996) wurden verstärkt berücksichtigt. Feministische (vgl. B. Agrawal 1998; Elmhirst 2011; Nightingale

2003) und postkoloniale Ansätze (vgl. Spivak 2008) wurden integriert. Die Politische Ökologie befasste sich zunehmend mit der Konstitution von Geschlechterverhältnissen und Identitäten in Bezug auf Umweltwissen und mit Prozessen der Naturaneignung (vgl. Rochelau 1996), mit Fragen zu indigenem und Gewohnheitsrecht und territorialer Autonomie (vgl. Jones 1995) sowie mit der in sozialen Bewegungen geäußerten Kritik an bestehenden Entwicklungsmodellen und der kritischen Analyse von Institutionen (vgl. Peet/Watts 1996; Zimmerer 2000). Während in den 1980er- und 1990er-Jahren agrarwirtschaftliche und entwicklungspolitische Themen in Ländern des Globalen Südens wichtige empirische Bezugspunkte politisch-ökologischer Analysen darstellten, rücken unter dem Begriff ‚urban political ecology‘ zunehmend städtische Räume und Umweltprobleme in Ländern des Globalen Nordens in den Fokus empirischer Arbeiten (vgl. Köhler 2008, 2014; Peet/Watts 2004; Swyngedouw/Heynen 2003).

Öko-Marxismus als Teil der Politischen Ökologie

Die ersten Entwürfe der Politischen Ökologie entstanden aus der Kritik an neo-malthusianisch inspirierter Interpretation des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses (1). Letzteren zufolge liegen die Ursachen von ökologischen Problemen, Degradationserscheinungen und Ressourcenknappheit im Bevölkerungswachstum (zumeist in Ländern des Globalen Südens) und im steigenden Ressourcenverbrauch in den Ländern des Globalen Nordens. Publikationen wie der Bericht des Club of Rome *The Limits to Growth* (Meadows et al. 1972) spiegeln diese Sichtweise wider, in dem das Bevölkerungswachstum als Bedrohung der Umwelt aufgefasst wurde. Im Gegensatz zur Debatte der 1970er-Jahre in der das Bevölkerungswachstum als eine Bedrohung für die ‚natürlichen Grenzen‘ (vgl. Ehrlich 1968; Hardin 1968) des Planeten galt und die Umwelt als „a finite source of basic unchanging and essential elements, which set absolute limits for human action“ (Robbins 2004: 8) begriffen wurde, werden die ‚natürlichen Grenzen‘ heutzutage als sozial vermittelt konzeptualisiert (2).

Dazu beigetragen haben vor allem ökomarxistische Arbeiten als Teil der Politischen Ökologie, die die ökologische Destruktivität des Kapitalismus und den politischen Charakter der Krisendefinition hervorgehoben haben

(vgl. Dietz/Wissen 2009). Eine implizierte ökologische Destruktivität des Kapitalismus bedeutet, dass er sich seiner eigenen (Re-)Produktionsbedingungen kontinuierlich beraubt und folglich seine eigene Existenzgrundlage untergräbt. Natur wird durch die kapitalistische Produktionsweise, die auf die Produktion von Mehrwert und die Akkumulation von Kapital angewiesen ist, transformiert. Die kapitalistische Produktionsweise ist von Natur abhängig, zerstört aber zugleich „jene sozial-ökologischen Voraussetzungen, auf die sie als Arbeitsprozess angewiesen ist.“ (Wissen 2011: 113f.) Elmar Altvater erklärt die immanente sozial-ökologische Widersprüchlichkeit des Kapitalismus als Bedrohung der externen Produktionsbedingungen (vgl. Altvater 1987). Im Anschluss an Marx argumentiert er:

„Dass Gebrauchswerte hergestellt werden, ist ‚natürlich‘ und naturnotwendig, da sonst menschliches Leben unmöglich wäre; *dass und wie* dabei Werte hervorgebracht werden, die auf dem Markt in Geld verwandelt werden müssen, ist ausschließlich der gesellschaftlichen *Form* der (kapitalistischen) Warenproduktion und der Wirkung des Mediums Geld geschuldet“ (Altvater 1991: 250, MEW 23: 192ff.).

Es dominiert der Mechanismus der Inwertsetzung der Natur (vgl. ebd.: 320ff.; Görg 2004). Während Altvater auf einer allgemeinen Ebene argumentiert, dass es grundlegende Widersprüche zwischen ökologischer Reproduktion und Kapitalismus gibt, heben politisch-ökologische Arbeiten im Anschluss an die Regulationstheorie und die Hegemonietheorie Antonio Gramscis eine andere Dynamik hervor: Sie argumentieren, dass der Kapitalismus wandlungsfähig sei und sich durchaus auf ökologische Probleme einstellen könne (vgl. Brand/Görg 2003; Brand/Wissen 2013). Doch diese Problembearbeitung findet, so die Annahme, unter der Kontrolle ökonomisch und politisch mächtiger Akteure (etwa der Öl- und Energiekonzerne), mit der Tendenz weiterer Inwertsetzung (beispielsweise über den Emissionshandel in der Klimapolitik) und hochgradig selektiv statt – insbesondere durch die Verlagerung schmutziger Produktionsschritte in andere Teile der Welt. Ob damit die Degradation der natürlichen Lebensgrundlagen wirkungsmächtig gestoppt wird, ist damit zudem nicht ausgemacht. Feministische Forschungen in der Politischen Ökologie sehen die Ursachen der ökologischen Krise in einem männlichen, rationalistischen und westlichen Entwicklungsverständnis,

das zuvorderst und als Bestandteil patriarchaler Dominanzverhältnisse an der Beherrschung der Natur orientiert ist. Die kapitalistische Ökonomie ist eine Ökonomie der Trennung, in der formelle Marktprozesse von ihren Voraussetzungen – nämlich der nicht-bezahlten Arbeit, insbesondere der Sorgearbeit, und den Elementen der Natur, die keine Waren sind – trennt. Zudem werden alternative Ansätze sowie Erfahrungen ausgeblendet (vgl. Bauriedl 2013; Biesecker/Hofmeister 2006).

Gesellschaftliche Naturverhältnisse

In der deutschsprachigen Debatte hat sich seit den 1980er-Jahren in der Tradition der älteren Kritischen Theorie unter dem Begriff der ‚gesellschaftlichen Naturverhältnisse‘ ein Forschungsprogramm entwickelt, das im breiten Paradigma der Politischen Ökologie eingeordnet wird. Neben den materiellen und kapitalistisch-formati-onsspezifischen Dimensionen werden die konstruktivistischen Aspekte, also die symbolisch-diskursiven Aspekte der Naturverhältnisse, betont (vgl. Jahn/Wehling 1998; Görg 2003; Becker/Jahn 2006). Letztere lässt sich nur analytisch von den materiellen Formen trennen. Deutlich wird das, wenn von ‚natürlichen Ressourcen‘ gesprochen wird – Erdöl, Holz, pflanzliche Gene oder Wasser sind erst in einer historisch-spezifischen Konstellation in Bezug auf bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse, Interessen und Nutzungsmöglichkeiten zu ‚Ressourcen‘ geworden. Materiell-stoffliche und kulturell-symbolische Dimensionen natürlicher Gegebenheiten sind ineinander verschränkt. Natur existiert eigenständig und wird gleichzeitig erst dadurch zugänglich, dass sie gesellschaftlich wahrgenommen und bearbeitet wird. Damit ist sie gestaltbar, jedoch nicht umfassend kontrollierbar. Das Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Natur wird dann als eine durchaus kontingente, durch soziale Auseinandersetzungen hegemonial konstituierte Beziehung von materiellen und kulturellen (kognitiven, normativen und symbolischen) Aspekten begriffen. Die Regulation der widersprüchlichen gesellschaftlichen Naturverhältnisse findet durch Institutionen und mittels Normen und Wertvorstellungen statt, in denen die Widersprüchlichkeit über einen bestimmten Zeitraum hinweg stabilisiert wird (vgl. Görg 2007). Dabei ist die Wahrnehmung von und der

Umgang mit ‚Natur‘ hegemonial hergestellt und damit notwendigerweise selektiv. So sind beispielsweise das Problem des anthropogenen Klimawandels und das Aufkommen neuer Praktiken der Naturnutzung, wie der Produktion von Agrartreibstoffen oder von Schiefergas, das Ergebnis von machtgeprägten Deutungskämpfen unterschiedlicher Akteure auf unterschiedlichen Ebenen. Die ‚ökologische Krise‘ wurde durch bestimmte Deutungen und wissenschaftliche Beschreibungen symbolisch hervorgebracht. Dementsprechend stellt sich diese Krisenkonstellation für bestimmte Akteure aufgrund der Position, die sie in der Gesellschaft einnehmen, gar nicht als Krise dar (vgl. Köhler/Wissen 2010; Wissen 2011). Aus der Beobachtung ein und desselben Teils der Natur können ganz unterschiedliche Interpretationen hervorgehen: Eine Waldfläche kann z.B. in erster Linie als Möglichkeit monetärer Inwertsetzung und/oder als CO₂-Senke oder als ein Hindernis für den Anbau von Nutzpflanzen angesehen werden (vgl. Heuwieser 2015). Welche Interpretation dominant wird, ist von sich zeitlich verändernden hegemonialen Diskursen und Interessenskonstellationen abhängig.

Die kurze Skizze verschiedener Ansätze und Begriffe der Politischen Ökologie verdeutlicht, dass es sich um einen Ansatz und ein Forschungsprogramm handelt, das in den letzten Jahren viele empirische Untersuchungen angeleitet hat. Viele Verbindungen bestehen zu anderen kritischen Ansätzen der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung wie etwa der Sozialen Ökologie (vgl. Fischer-Kowalski/Erb 2016; Haberl et al. 2011), der Ökologischen Ökonomie (vgl. Common/Stangl 2005; Martínez-Alier 2015; Spash 2012), der umweltorientierten Praxis-Theorie in der Tradition von Pierre Bourdieu (vgl. Jonas/Littig/Wroblewski 2016) oder der an der Untersuchung sozialer Bewegungen und Konflikten orientierten Forschung zu ‚Umweltgerechtigkeit‘ (vgl. Rodríguez-Labajos/Martínez-Alier 2015; Martínez-Alier 1997).

Ausblick

Aus politikwissenschaftlicher Sicht verdeutlicht die Politische Ökologie, dass in Anbetracht der ökologischen Krise die umweltpolitischen Rahmenbedingungen durch den Staat in der Regel nicht aufgrund bestehender Probleme gesetzt werden. Vielmehr werden die Korridore staatlicher

Politik durch die bestehenden Produktions- und Kräfteverhältnisse sowie durch dominante Orientierungen beeinflusst. Das bedeutet nicht, dass im Einzelfall Umwelt- und umfassende Nachhaltigkeitspolitiken nicht möglich wären. Das hängt von gesellschaftlichen Kämpfen, aber auch Krisen und existierenden Alternativen ab, die auch für herrschende Kräfte akzeptabel sind bzw. die herrschenden Kräfte so schwächen, dass sie nicht dagegen agieren können (die Energiewende und der Atomausstieg in Deutschland sind diesbezüglich spannende Fälle; vgl. Sander 2016).

Eine emanzipatorische Bearbeitung der ökologischen Krise hin zu ganz anderen Formen der Energieversorgung, Mobilität und Ernährung nimmt also kapitalistische Profitinteressen und die Zwänge des Weltmarktes, internationale Ausbeutungsverhältnisse, Klassen- und Geschlechterstrukturen, aber auch die im Alltag sich reproduzierende ‚imperiale Lebensweise‘ in den Blick. Verschiedene Gruppen sind von spezifischen Dimensionen der sozial-ökologischen Krise sehr unterschiedlich betroffen. Wichtig und notwendig sind alternative Formen der Naturaneignung und die entsprechenden Wege und Politiken ihrer Realisierung. Dazu bedarf es vieler Akteure mit progressivem Anspruch und Handeln, die eine sozial-ökologische Transformation vorantreiben (vgl. Brand 2014). Das sind soziale Bewegungen, progressive Verbände, Teile von politischen Parteien und in den Staatsapparaten, die Gewerkschaften und die betriebliche Ebene sowie NGOs. Das sind kritische Menschen und Gruppen in der Wissenschaft, in Denkstätten und den Medien, progressive Unternehmer_innen. Und es sind die Menschen, die sich vielleicht unorganisiert auf andere Alltagspraxen des Lebens, Arbeitens und Konsumierens einlassen. Der Horizont einer progressiven sozial-ökologischen Transformation besteht in einem weitreichenden Umbau der Produktions- und Lebensweise.

Alina Brad ist ÖAW-Post-DocTrack-Stipendiantin und Lehrbeauftragte am ipw. Ihre Dissertation verfasste sie zur Politischen Ökologie der Palmölproduktion in Indonesien.

Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik am ipw und forscht und lehrt in den Bereichen Internationale Politische Ökonomie, Staats- und Hegemonietheorie, Regulations- und Praxistheorie sowie Politische Ökologie.

Anmerkungen:

(1) Der Pfarrer und Gelehrte Thomas Robert Malthus (1766-1834) argumentierte in seinem erstmals 1798 erschienen Buch *An Essay on the Principle of Population* (Malthus 1992 [1798]), dass aufgrund der exponentiell steigenden Bevölkerungszahl gegenüber der linear steigenden Nahrungsmittelproduktion ‚Überbevölkerung‘ das zentrale gesellschaftliche Problem sei.

(2) Allerdings taucht in den Diskussionen die Grenzen-Metapher bzw. das malthusianisch inspirierte Denkmuster wie es in wissenschaftlichen Berichten wie dem *Stern Report* (2006) oder dem vierten Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC 2007), dem Konzept von ‚planetary boundaries‘ (Rockström et al. 2009) oder bei Thomas Homer-Dixon (2010) ersichtlich wird, immer wieder auf. Dabei wird die soziale Produktion von Knappheit nicht betrachtet: „To say that scarcity resides in natures and that nature limits exist is to ignore how scarcity is socially produced and how ‚limits‘ are a social relation within nature (including human society) rather than some externally imposed necessity“ (Harvey 2007: 147).

Agrawal, A. (2005): *Environmentality. Technologies of government and the making of subjects*. Durham: Duke University Press.

Agarwal, B. (1998): *The gender and environment debate*. In: R. Keil/D.V.J. Bell/P. Penz/J. Fawcett (Hg.): *Political Ecology. Global and local*. London, New York: Routledge, 193–219.

Altwater, E. (1987): *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologischer Gefährdung – der Fall Brasilien*. Hamburg: VSA.

Altwater, E. (1991): *Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bauriedl, S. (2013): *Geschlechterperspektiven auf Klimawandel und Klimapolitik*. In: S. Hofmeister/C. Katz/T. Mölders (Hg.): *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*. Leverkusen-Opladen: Barbara Budrich, 235–244.

Becker, E./T. Jahn (Hg.) (2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Biesecker, A./S. Hofmeister (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung*. München: oekom.

Blaikie, P.M./H. Brookfield (1987): *Land Degradation and Society*. London: Methuen.

Brad, A./A. Schaffartzik/M. Pichler/C. Plank (2015): *Contested territorialization and biophysical expansion of oil palm plantations in Indonesia*. In: *Geoforum* 64, 100–111.

Brand, U./C. Görg (2003): *Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brand, U./M. Wissen (2013): *Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen*. In: R. Atzmüller/J. Becker/U. Brand/L. Oberndorfer/V. Redak/T. Sablowski (Hg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brand, U., (2014): *Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt*. Kurswechsel 2.

Bryant, R., Bailey, S. (1997): *Third World Political Ecology*. London: Routledge.

Common, M./S. Stagl (2005): *Ecological Economics. An Introduction*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Elmhirst, R. (2011): *Introducing new feminist political ecologies*. In: *Geoforum* 42, 129–132.

Escobar, A. (1996): *Construction Nature. Elements for a post-structuralist political ecology*. In: *Futures* 28/4, 325–343.

EU Commission (2010): *Europe 2020 – A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth*, COM 2020. Brussels.

Dietz, K./M. Wissen (2009): *Kapitalismus und „natürliche Grenzen“*. Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise. In: *PROKLA* 39/156, 351–369.

Fischer-Kowalski, M./K.-H. Erb (2016): *Core concepts and heuristics*. In: H. Haberl/M. Fischer-Kowalski/F. Krausmann/V. Winiwarter (Hg.): *Social Ecology. Society-Nature Relations across Time and Space*. Springer, 29–61.

Goldman, M. (2004): *Eco-governmentality and other transnational practices of a „green“ World Bank*. In: R. Peet/M. Watts (Hg.): *Liberation ecologies. Environment, development, social movements*. London: Routledge, 166–192.

Görg, C. (1999): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Görg, C. (2004): *Inwertsetzung*. In: *Berliner Institut für kritische Theorie: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Band 6/II*. Hamburg: Argument-Verlag, Spalten 1501–1506.

Görg, C. (2003): *Die Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Görg, C. (2007): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. In: U. Brand/B. Lösch/B. Opratko/S. Thimmel (Hg.): *ABC der Alternativen*. Hamburg: VSA.

Görg, C./U. Brand (Hg.) (2012): *Mythen globalen Umweltmanagements. „Rio + 10“ und die Sackgassen nachhaltiger*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Harvey, D., (2007): *Justice, Nature and the Geography of Difference*. Cambridge: Blackwell.

Homer-Dixon, T. (2010): *Der heilsame Schock. Wie der Klimawandel unsere Gesellschaft zum Guten verändert*. München: oekom.

- IPCC International Panel for Climate Change (2007): *Fourth Assessment Report*. Genf: IPCC.
- Jahn, T./P. Wehling (1998): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konturen eines theoretischen Konzepts*. In: K.-W. Brand (Hg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*. Opladen: Leske & Budrich, 75–93.
- Jasanoff, S. (2010): *A New Climate for Society*. In: *Theory, Culture & Society* 27/2-3, 233–253.
- Jonas, M./B. Littig/A. Wroblewski (Hg.) (2016): *Practice theories and their methodology. Reflecting on research practices*. Dordrecht: Springer.
- Jones, J. (1995): *Environmental Destruction, Ethnic Discrimination, and International Aid in Bolivia*. In: M. Painter/W. Durham (Hg.): *The Social Causes of Environmental Destruction in Latin America*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 169–216.
- Haberl, H./M. Fischer-Kowalski/F. Krausmann/J. Martinez-Alier/V. Winiwarter (2011): *A socio-metabolic transition towards sustainability? Challenges for another Great Transformation*. In: *Sustainable Development* 19, 1–14.
- Hardin, G. (1968): *The Tragedy of the Commons*. In: *Science* 162/3859, 1243–1248.
- Heuwieser, M. (2015): *Grüner Kolonialismus in Honduras. Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons*. Wien: Promedia.
- Köhler, B. (2008): *Die Materialität von Rescaling-Prozessen. Zum Verhältnis von Politics of Scale und Political Ecology*. In: M. Wissen/B. Röttger/S. Heeg (Hg.): *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 208–223.
- Köhler, B. (2014): *Urban Political Ecology*. In: B. Belina/M. Naumann/S. Strüver (Hg.): *Handbuch kritischer Stadttheorien*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 58–63.
- Köhler, B./Wissen, M. (2010): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise*. In: B. Lösch/A. Thimmel (Hg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach. 217–227.
- Malthus, T.R. (1992 [1798]): *An essay on the principle of population*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Martínez-Alier, J. (1997): *Environmental justice (Local and Global)*. In: *Capitalism Nature Socialism* 8/1, 91–107.
- Nightingale, A. (2003): *A Feminist in the Forest: Situated Knowledge and Mixing Methods in the Natural Resource Management*. In: *ACME. An International E-Journal for Critical Geographies* 2/1, 77–90.
- Marx, K. (1987): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Buch I*. In: *Marx und Engels Werke (MEW)*. Bd. 23. Berlin: Dietz.
- Meadows, D.H./D. Meadows/J. Randers/W.W. Behrens (1972): *The Limits to Growth*. New York: Universe Books.
- OECD (2011): *Towards Green Growth*. Paris: OECD.
- Rockström, J./W. Steffen/K. Noone/Å. Persson/F. S. Chapin, III/E. Lambin/T. M. Lenton/M. Scheffer/C. Folke/H. Schellnhuber/B. Nykvist/C. A. De Wit, T. Hughes/S. van der Leeuw/H. Rodhe/S. Sörlin/P. K. Snyder/R. Costanza/U. Svedin/M. Falkenmark/L. Karlberg/R. W. Corell/V. J. Fabry/J. Hansen/B. Walker/D. Liverman/K. Richardson/P. Crutzen/J. Foley (2009): *Planetary boundaries: exploring the safe operating space for humanity*. In: *Ecology and Society* 14/2, 32.
- Paulson, S./L.L. Gezon/M. Watts (2003): *Locating the Political in Political Ecology. An Introduction*. In: *Human Organization* 62/3, 205–217.
- Peet, R./M. Watts (1996): *Liberation Ecology. Development, sustainability, and environment in an age of market triumphalism*. In: R. Peet/M. Watts (Hg.): *Liberation Ecologies. Environment, development, social movements*. London/New York, 1–45.
- Peet, R./P. Robbins/M. Watts (2011): *Global nature*. In: R. Peet/P. Robbins/M.J. Watts (Hg.): *Global political ecology*. London, 1–47.
- Robbins, P. (2004): *Political Ecology. A Critical Introduction*. Chichester: Wiley-Balckwell.
- Rodríguez-Labajos, B./J. Martínez-Alier (2015): *Water. Ecological Economics and Socio-environmental Conflicts*. In: J. Martínez-Alier/R. Muradian (Hg.): *Handbook of Ecological Economics*. Cheltenham: Edward Elgar, 201–232.
- Sander, H. (2016): *Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima*. Berlin: Bertz+Fischer.
- Spivak, G.C. (2008): *Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien: Turia + Kant.
- Stern, N. (2006): *Review on the Economics of Climate Change*. Cambridge: University Press.
- Swyngedouw, E./N. Heynen (2003): *Urban Political Ecology, Justice and the Politics of Scale*. In: *Antipode* 35/5, 898–918.
- UNEP (2011): *Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*. Paris/Nairobi: UNEP.
- Wissen, M. (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zimmerer, K. (2000): *Rescaling irrigation in Latin America. The cultural images of political ecology of water resources*. In: *Ecumene* 7, 15.

ZU ÖKOLOGIE UND TECHNIKBEWERTUNG AM BEISPIEL VON GENTECHNIK IN DER LANDWIRTSCHAFT

Peter Weish

In diesem Artikel soll gezeigt werden, dass sektorales Wissen nicht ausreicht, um eine Technologie vernünftig zu bewerten. Eine Betrachtung in einem großen – ökosozialen – Systemzusammenhang unter Berücksichtigung eines weiten Zeithorizonts ist erforderlich. Es geht letztlich um das Abwägen wirtschaftlicher Interessen gegen langfristige mögliche Schäden an der Natur und den Menschen – ein wesentliches Kapitel der politischen Ökologie.

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile

Ein guter Weg, sich dem Verständnis ‚der Welt‘ anzunähern, bildet das Konzept eines Schichtenbaus der realen Welt, in Anlehnung an Nicolai Hartmann (1964). Man kann niedrige und höhere Schichten oder Organisationsebenen unterscheiden. Dabei handelt es sich nicht um Hierarchien im klassischen Sinn, sondern um ein hochgradig vernetztes System, das aus Holons besteht. Jedes Ganze besteht aus Teilen und ist selbst Teil eines größeren Ganzen. Entscheidend ist die Einsicht, dass die Teile ohne das Ganze bestehen können, nicht aber umgekehrt. Das Holon der Atome besteht aus Elementarteilchen, das Holon der Moleküle aus Atomen. Ohne Atome gibt es keine Moleküle aber ohne Moleküle – etwa bei sehr hohen Temperaturen – existieren sehr wohl Atome. Im Laufe der chemischen und später der biologischen Evolution entstanden immer höhere Organisationsebenen wie Zellen, Organismen, kognitive Fähigkeiten, Bewusstsein, die Ebene des Geistigen. Auf jeder höheren Ebene treten neue Eigenschaften auf, die

nicht von der tieferen Ebene her zu verstehen sind, sondern nur mit anderen Methoden erforscht werden können. In der empirischen Wissenschaft wurden die wesentlichen Einsichten in engen Teilbereichen durch Ausblenden der Gesamtwirklichkeit gewonnen. Das ist zunächst durchaus sinnvoll – bedenklich und gefährlich wird es dann, wenn man glaubt, mit daraus abgeleiteter Technik die Welt verbessern zu können, ohne sich um ein Verständnis dieser komplexen Welt überhaupt bemüht zu haben. Das Ausblenden höherer Organisationsebenen und ihrer Qualitäten stellt einen Reduktionismus dar.

Pro und kontra grüne Gentechnik

Die BefürworterInnen der grünen Gentechnik machen unter anderem folgende Vorteile geltend:

- Mit dem Anbau gentechnisch veränderten Saatgutes können höhere Erträge erreicht werden.
- Gentechnische Sortenverbesserung gestatte die Verringerung von Chemikalieneinsatz in der Landwirtschaft, die damit umweltverträglicher werde.
- Gentechnik erlaube es, in Lebensmitteln das Spektrum von Inhaltsstoffen gezielt zu verbessern, was für die KonsumentInnen Vorteile bringe, wie z.B. eine Erhöhung des Anteils an ungesättigten Fettsäuren in Ölen oder Verbesserung der Lagerungseigenschaften. Das ist besonders bei der Verwirklichung von Zuchtzielen wie Produktivitätssteigerung ein wesentlicher

Faktor, bei denen mit klassischen Züchtungsverfahren die Möglichkeiten mehr oder weniger ausgeschöpft sind und daher keine schnellen Erfolge mehr zu erzielen sind.

Die BefürworterInnen heben vor allem die Möglichkeit der raschen, gezielten Veränderung in der Pflanzen- und Tierzucht hervor. Gerade die als Vorteil ausgegebene Schnelligkeit der gentechnischen Veränderung ist jedoch höchst bedenklich, weil Neuerungen so rasch in die Welt getragen werden und traditionelle Sorten verdrängen, dass zu wenig Zeit zur Bewährung bleibt, zu wenig Zeit, um aus Fehlern zu lernen. Solange die Entwicklung langsam und zunächst kleinräumig verläuft, kann lebensfähige Vielfalt zunehmen. Das ist der Pflanzenzüchtung im Laufe der kulturellen Entwicklung der Menschheit auch die längste Zeit gelungen. Veränderungen waren langsam, Bewährtes wurde nicht vorschnell verdrängt. Das Ergebnis waren tausende, regionale Landsorten, war Biodiversität als lokal angepasste, verlässliche, sozialverträgliche und zukunftsfähige Nahrungsbasis der Menschheit.

In den letzten Jahrzehnten jedoch – zunächst ganz ohne Gentechnik – hat die landwirtschaftliche Entwicklung die Bedingungen der biologischen Wertschöpfung (Vielfalt und Gemächlichkeit) verletzt, die Industrialisierung der Landwirtschaft ist zu rasant und zu großräumig geworden. Immer rascher wird Vielfalt ab- statt aufgebaut. Gentechnik wird diese verhängnisvolle Entwicklung weiter beschleunigen.

Zu beobachten ist, dass die Argumente für die Grüne Gentechnik deutliche Parallelen zu jenen in der Auseinandersetzung um die Atomkraft aufweisen:

Von Wirtschaft und Politik instrumentalisierte ExpertInnengremien produzieren Unbedenklichkeitsbestätigungen, SkeptikerInnen werden als inkompetente PessimistInnen bezeichnet. Ökologische Systemzusammenhänge sowie mögliche Neben- und Spätfolgen spielen in den Entscheidungen keine Rolle. Ähnlich, wie AtomkraftexpertInnen auf das Vorhandensein der natürlichen Strahlung verwiesen hatten, um die zusätzliche künstliche als unbedenklich erscheinen zu lassen (vgl. Weish 1992), erklären GentechnikerInnen häufig, sie täten ja nichts anderes, als die Natur. Wenn jemand sein Tun damit rechtfertigen will, dass er ja im Grunde nichts anderes tut, als die Natur, so ist ihm oder ihr zu antworten, dass der wesentliche Unterschied

seines oder ihres Tuns zu dem der Natur darin liegt, dass die Natur weder Verantwortungsträgerin ist, noch ein Gewissen hat. Die Natur ist auch nicht ‚grausam‘, selbst wenn sie über Myriaden von Leichen geht – erst mit dem Menschen ist ein Wesen mit der Fähigkeit zu Mitgefühl und verantwortlichem Handeln in die Welt getreten. Wer eine katastrophenträchtige Versuch-Irrtum-Methode mit deren Natürlichkeit rechtfertigen möchte, verlangt nicht weniger, als einen Freibrief zu gewissenlosem Handeln. Erklärte Verantwortungslosigkeit ist aber keine zulässige Basis für folgenschwere technokratische Entwicklungen.

Auch das Argument, dass ein Verbot der Gentechnik im Lebensmittelbereich und in der Landwirtschaft schwere wirtschaftliche Verluste nach sich ziehen und Arbeitsplätze kosten würde, hat seine Parallelen zur Atomkraftdiskussion vor mehr als 40 Jahren. Die E-Wirtschaft erklärte die Notwendigkeit des Atomkraftwerks Zwentendorf damals in Postwurfsendungen an jeden Haushalt mit dem Argument: „... Damit die Lichter in den Wohnungen und Büros nicht verlöschen. Damit Motoren und Fabriken, damit die Verkehrsmittel nicht stehen bleiben. Damit die Arbeitsplätze und die Existenz für Millionen gesichert sind ...“ In beiden Bereichen kommt es zu einer Instrumentalisierung der Wissenschaft seitens Wirtschaft und Politik. Hunderte Millionen werden in raffinierte PR-Strategien investiert (vgl. Rampton/Stauber 2002).

Wie seinerzeit bei der Atomkraft zeigt sich auch bei der Gentechnik, dass die Menschen in Österreich nicht rückständig sind, sondern eine Vorreiterrolle einnehmen. Genauso wie in der Auseinandersetzung um die Atomkraft hat sich das Argument, die Ablehnung gründe sich auf Unwissenheit, nicht bewahrheitet. Es liegt in der Natur unserer komplexen Welt, dass sektorales Denken sich meist als unzulänglich erweist. ChemikerInnen sind keine ExpertInnen für Umweltfolgen der Chemie, AtomphysikerInnen keine ExpertInnen für Umweltrisiken der Atomphysik, und GenetikerInnen keine ExpertInnen für Umweltrisiken des Einsatzes von GVOs in der Landwirtschaft. Angesichts der vielschichtigen Umweltkrise – zum erheblichen Teil Ergebnis der Versuche, die Welt zu verbessern – gewinnt die Einsicht an Bedeutung, dass nicht alles, was machbar ist und kurzfristig Gewinn bringt, auch zu verantworten ist. Technik als Werkzeug des Menschen soll auch kein Schicksal sein, darf den Menschen nicht gegen ihren Willen aufgezwungen werden. Eine kritische Bewertung und gesellschaftliche Kontrolle der Technik ist das Gebot der Stunde.

Das Scheitern reduktionistischer Ansätze

Es gibt zahllose Fälle des Scheiterns reduktionistischer Konzepte. Das Insektizid Dichlordiphe-nyltrichlorethan (DDT) wurde 1939 vom Schweizer Chemiker Hermann Paul Müller entdeckt. Nach einfachen Fütterungsversuchen an Ratten und Mäusen wurde die Substanz als „ungiftig für Säugetiere“ eingestuft und in ungeheuren Mengen seit Beginn der 1940er-Jahre angewendet. Müller erhielt für die Entwicklung dieses Insektizids 1948 den Nobelpreis für Medizin. Erst Jahre später zeigten sich nicht nur subtile Schäden im Nervensystem von Wirbeltieren, sondern weltweit katastrophale Folgen in den Ökosystemen infolge von Anreicherung in der Nahrungskette, worauf vor allem die Biologin Rachel Carson mit ihrem viel beachteten Buch *Silent Spring* aufmerksam gemacht hat. Erst seit rund 20 Jahren weiß man, dass DDT wie viele andere Substanzen, die man als ungiftig eingestuft hatte, hormonähnliche Wirkungen hat, d.h. bereits in winzigen Spuren schädigend auf Entwicklungsprozesse einwirken kann (1).

Zum Thema Gentechnik passend, ist das folgende Beispiel erwähnenswert. In den 1990er-Jahren wurde mit großem Propagandaaufwand das ‚Human Genome Project‘ (HUGO) in Angriff genommen, mit dem erklärten Ziel, das menschliche Genom zu entschlüsseln. Man versprach, die Sequenzierung der menschlichen DNS würde wesentliche Fortschritte im Verständnis von Krankheitsursachen ergeben und die Möglichkeit eröffnen, ‚maßgeschneiderte‘ Medikamente herzustellen. Pharmakonzerne investierten daher hohe Beträge in dieses Gewinn versprechende Forschungsprojekt, das mit einem Aufwand von rund sechs Mrd. US-Dollar sogar teurer war, als das Manhattan-Projekt im Zweiten Weltkrieg zur Herstellung der ersten Atombomben.

Die Sequenzierung der menschlichen DNS ist mittlerweile längst abgeschlossen, doch die damit verbundenen Verheißungen haben sich (erfreulicherweise) nicht erfüllt. War man bislang von 100.000 bis 140.000 menschlichen Genen ausgegangen, so ergab HUGO nur rund 20.000 Gene, vergleichbar mit Fruchtfliegen oder Fadenwürmern. Das Konzept: ‚1 Gen codiert 1 Protein‘ ist widerlegt. Die Abläufe sind wesentlich komplexer. Statt Antworten auf die gestellten Fragen zu liefern, hat HUGO viele neue Fragen aufgeworfen und gezeigt, dass das genetische Wissen, mit

dem man das Projekt begonnen hatte, in hohem Maße unzulänglich war. Selbst Craig Venter, der sich vor wenigen Jahren mit seinen Sequenzierrobotern an vorderster Front der biomedizinischen Forschung sah, musste eingestehen: „Im Rückblick waren unsere damaligen Annahmen über die Funktionsweise des Genoms dermaßen naiv, dass es fast schon peinlich ist“ (zit. n. Kegel 2009: 56). Diese ‚peinlichen‘ Annahmen bilden auch heute noch die ‚wissenschaftliche‘ Basis der gentechnischen Praxis.

Es ist still geworden um das Human Genome Project. Die aktuellen Genom-Sequenzierungsdaten sind nicht gut für das Geschäft mit Medikamenten, sondern zeigen in aller Klarheit die Unhaltbarkeit der bisher herrschenden deterministischen Dogmen auf. Das zentrale Dogma, die Information läuft von der DNS über RNS zu einem Protein und nicht umgekehrt, gilt nicht mehr. Was KritikerInnen seit langem betont hatten, dass das derzeitige molekulargenetische Wissen zum Verständnis der biologischen Funktionen bei weitem nicht ausreicht, wurde erst vor wenigen Jahren klar bestätigt (vgl. Gibbs 2003): Der weitaus überwiegende Anteil der DNS im Zellkern codiert keine Proteine, was man bislang als ihre einzige Funktion angesehen hatte. Deshalb wurden diese DNS-Abschnitte als wertlos angesehen und despektierlich als ‚junk-DNA‘ bezeichnet. Es ist arroganter Reduktionismus, Dinge, die man nicht versteht, als unwichtig zu bezeichnen und einfach zu ignorieren. Heute nimmt man an, dass in diesem Bereich des Genoms die weitestgehend unerforschten ‚epigenetischen‘ Kontroll- und Regulationsfunktionen ablaufen.

Auf dem Gebiet der Epigenetik (der Vererbung von Eigenschaften, die nicht in der DNS-Sequenz festgelegt sind) wurden in den letzten Jahren beachtliche Einsichten gewonnen (vgl. Jablonka/Lamb 2005, Kegel 2009). Die Vererbung erworbener Eigenschaften – lange als unmöglich angesehen – ist an vielen Beispielen beobachtet worden. Grundlegende Konzepte, auf denen die Gentechnik aufbaute, sind damit unhaltbar geworden, wie z.B. die Annahme, ein Gen des Organismus A würde eine streng definierbare Leistung erbringen und in den Organismus B transplantiert, dasselbe tun. Trotz unhaltbar gewordener wissenschaftlicher Basis wird die großtechnische Anwendung der Gentechnik unbekümmert weiter propagiert (vgl. Committee on Genetically Engineered Crops 2016).

Den gentechnischen Verheißungen stehen unabsehbare negative Konsequenzen gegenüber. Der bedenklichste Aspekt ist vielleicht, dass auf höchst reduktionistische Weise

der Versuch unternommen wird, den Menschen von seiner DNS her zu definieren, statt ihn als ganzheitliches Wesen in einer biologischen und sozialen Umwelt zu begreifen und zu respektieren, was in ähnlicher Weise auch für unsere Mitgeschöpfe zu fordern ist.

Kritik an molekularbiologischen Fortschrittskonzepten in der Medizin ist nicht populär. Es ist jedoch zu bedenken, dass eine wachsende Menschheit bei zunehmender Verarmung und Verelendung nicht aufwendiger, teurer medizinischer Verfahren bedarf, die privilegierten Eliten zugute kommen, sondern umwelthygienischer Strategien, die auf lange Sicht wesentlich mehr Krankheit und menschliches Leid vermeiden und dem menschlichen Grundrecht auf Schutz von Leben und Gesundheit am ehesten gerecht werden (2).

Technikbewertung statt Wunschenken

Bewertung von Technik muss im ökologisch-gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang erfolgen. Da es heute in vielen Bereichen nicht mehr um akademische Fragen geht, sondern um langfristig folgenschwere Entscheidungen, ist es unabdingbar, die wesentlichen Prinzipien des Umweltschutzes anzuwenden: Gemäß dem Sicherheitsprinzip ist es bei der Technikbewertung nicht zulässig, nur die Frage

zu behandeln, was passiert, wenn alles nach Wunsch läuft. Vielmehr ist verlangt, im Zweifel über mögliche negative Folgen deren obere Grenze anzunehmen (das „worst case“ Szenario). Der große Philosoph Hans Jonas spricht in diesem Zusammenhang vom Vorrang der Unheilprognose gegenüber der Heilprognose. Das Vorsorgeprinzip baut auf dem Sicherheitsprinzip auf und bezweckt, das Auftreten irreparabler Gesundheits- und Ökosystemschäden von vornherein auszuschließen, indem riskante Unternehmungen nicht zugelassen werden (3). Es genügt ein begründeter Verdacht, um ein Verbot auszusprechen, es ist nicht darauf zu warten, bis Schäden zweifelsfrei nachgewiesen sind. Die EU bekennt sich zwar mehrfach zum Vorsorgeprinzip (engl. precautionary principle), doch von einer konsequenten Anwendung kann leider nicht die Rede sein. Zu groß ist die Abwehr seitens der Konzerne. Dieser Problematik widmen Rampton/Stauber ein ganzes Kapitel mit der Überschrift: Preventing Precaution. Sie beschreiben die raffinierten PR-Strategien, mit denen eine gesetzliche Verankerung dieses Prinzips von den Konzernen verhindert wird. Das Verursacherprinzip (engl. polluter pays principle) sieht vor – im Sinne der Verantwortungsethik – jeden Verursacher von Gesundheits- und Ökosystemschäden konsequent und im allgemeinsten Sinn zur Verantwortung zu ziehen. Leider sind wir auch bei diesem Prinzip weit entfernt von einer konsequenten Anwendung. Immer noch werden die Gewinne privatisiert und die externen Schäden sozialisiert.

Wesentliche Kriterien der Technikbewertung

Umwelt- und Sozialverträglichkeit

Technik soll eine dienende Rolle spielen. Sie soll nach ‚Menschenmaß‘ gestaltet werden und als Werkzeug dienen, Zwecke zu erfüllen, ohne Selbstzweck zu werden. Technikentwicklung sollte sich vorrangig an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und nicht an den Vermarktungsinteressen der Industrie. Technik soll Probleme lösen, möglichst ohne neue Probleme zu schaffen. Sie muss sich vom Verbrauch erschöpflicher energetischer und mineralischer Ressourcen abwenden und auf die (umweltverträgliche, nachhaltige) Nutzung der Energieströme bzw. nachwachsenden Rohstoffe übergehen. Umwelt- und Sozialverträglichkeit erfordert als weitere Qualitäten:



Appollofalter, 2014. Foto: Stefan Leimer

Überschaubarkeit

Entscheidende Voraussetzung für die verantwortungsvolle Anwendung und Beherrschung einer Technik ist ihre Überschaubarkeit und die Möglichkeit, ihre Folgen abschätzen zu können. Ernst Friedrich Schumacher hat einmal gesagt: „Jeder drittklassige Ingenieur kann eine komplizierte Sache noch komplizierter machen. Ein Ding zu verbessern und dabei zu vereinfachen – dazu gehört hingegen ein Hauch Genie.“ (4) Der hohe Komplikationsgrad in unserer Zivilisation schafft viele Probleme und verringert gleichzeitig die Möglichkeiten zu ihrer Lösung. Vereinfachung wäre daher ein wesentliches Fortschrittsziel.

Flexibilität

Technik, als Werkzeug menschlicher Zweckhandlungen darf nicht zum Selbstzweck entarten und Zwang auf menschliches Handeln ausüben. Anpassungsfähigkeit an geänderte Ziele und Lebensumstände oder auch ein Ausstieg aus einer Technik, wenn sie als Fehlentwicklung erkannt wurde, ist daher ein wichtiges Merkmal verantwortbarer Technik. Die Wirkungen sollten möglichst reversibel sein und nicht unwiderruflich in ferne Zukunft reichen. Künftige Generationen sollen nicht in ihren Entfaltungsmöglichkeiten behindert werden.

Fehlertoleranz

Menschliches Handeln ist fehlerhaft und menschliches Ermessen lückenhaft. Technik als Werkzeug muss – soll sie menschengerecht sein – diesem Umstand entsprechen und darf Fehler nicht mit Katastrophen beantworten. Zur Beurteilung einer Technik reicht es nicht aus, nur anzunehmen, sie würde stets nach besten Kräften zum allgemeinen Wohl angewendet. Auch die Folgen ihres verbrecherischen Missbrauchs sind angemessen mitzubedenken.

Das entscheidende Bewertungskriterium

Eine Technik kann nicht von einem Teilaspekt her gerechtfertigt werden. Es kommt auf die Gesamtheit ihrer (potentiellen) Konsequenzen im ökosozialen Kontext an. Das zentrale Bewertungskriterium fragt danach, ob eine Technik eine zukunftsfähige Entwicklung fördert, behindert oder neutral dazu ist. Die Entscheidung für oder gegen die „grüne“ Gentechnik ist ein Fall für Technikbewertung. Die grüne Gentechnik ist in der industriellen Landwirtschaft angesiedelt. Daher ist danach zu fragen, ob die industrielle Landwirtschaft zukunftsfähig ist. Die Antwort ist ein klares

nein, denn ihre Energiebasis in Form billigen Erdöls wird bald nicht mehr verfügbar sein und sie ist auch nicht in der Lage, langfristig die Bodenfruchtbarkeit zu bewahren (5). Mit der grünen Gentechnik wird die agrarische Fehlentwicklung noch beschleunigt und was noch schlimmer ist: Zukunftsfähige, lokal angepasste Agrarsysteme und eine bewährte Vielfalt an Nutzpflanzen und -tieren wird im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Feld geschlagen. Die Bewertung aus ethischer Sicht ist eindeutig, denn Ethik geht keine Kompromisse ein – sie nimmt eine Güterabwägung vor. Im Bereich Landwirtschaft geht es um die Frage, ob eine Koexistenz der „grünen Gentechnik“ mit ökologischer Land- und Gartenwirtschaft möglich ist. Wie viele leidvolle Erfahrungen zeigen, ist dies nicht der Fall. Gentechnik schädigt den Biolandbau in mehrfacher Hinsicht. Es kann zur Auskreuzung kommen, wie z.B. bei Papaya in Hawaii, was die Bioproduktion stark beeinträchtigt (Hawai'i SEED s.a.). Alarmierend war das Auffinden von Genen patentierter Maissorten weitab vom Anbau dieser genetisch veränderten Organismen (GVOs) in Mexiko, dem Ursprungsland des Mais, in dem es noch zahlreiche Landsorten gibt, die für die Weiterzucht unersetzliche genetische Ressourcen darstellen (vgl. Quist/Chapela 2001). Großflächiger Anbau spezieller GMOs kann zu Resistenzen führen und es treten ‚Unkräuter‘ auf, die kaum zu bekämpfen sind (vgl. Union of Concerned Scientists 2013). Eine Gegenüberstellung von Biolandbau und Gentechnik zeigt klar die Gegensätze auf (vgl. FiBL-Dossier 2003). Daher ist Güterabwägung erforderlich. Es ist danach zu fragen, was schwerer wiegt: Gewinnerwartung der Agrarkonzerne oder zukunftsfähige Formen der Nahrungsproduktion. Die Antwort ist klar: Zukunftsfähigkeit hat Vorrang und daher ist die grüne Gentechnik aus ethischer Sicht entschieden abzulehnen.

Sind „Unbedenklichkeitsbestätigungen“ wissenschaftliche Aussagen?

Die Wissenschaft liefert stets nur vorläufige Ergebnisse. Die Zeiten sind vorbei, in denen man sagen konnte: ‚Die Tätigkeit der Wissenschaftler besteht darin, sich folgenlos zu irren!‘ Je mehr man von den Systemzusammenhängen versteht, umso klarer kann man ermessen, was man alles nicht versteht. Bescheidenheit ist angesagt.

„Die Problemerzeugung überholt die Problemlösung und läuft ihr davon. Aus der Einsicht in das Wesen der Komplexität folgt also keineswegs in erster Linie die Kompetenz fürs Tun, sondern in erster Linie fürs Lassen, fürs Unterlassen. Schnelle und globale Eingriffe müssen tabuisiert werden“.

Peter Kafka (1986) hat es treffend ausgedrückt. Die Natur kann nicht getäuscht werden. Das Gegenteil von gut ist häufig gut gemeint. Wenn etwa ein Wissenschaftler, dessen Kompetenz auf der Ebene der Molekularbiologie liegt, in gutem Glauben eine Unbedenklichkeitsbestätigung für die grüne Gentechnik abgibt, bringt er damit zum Ausdruck, dass ökologische oder sozioökonomische Zusammenhänge für die Bewertung ohne Bedeutung sind. So begegnen wir häufig der Behauptung, landwirtschaftliche Produktionssteigerung durch Gentechnik würde den Hunger in der Welt besiegen. Dabei wird übersehen, dass die Ursache von Hunger nicht Mangel an verfügbarer Nahrung ist, sondern Mangel an Kaufkraft. Nahrungsmittelüberschuss auf dem Markt löst daher keineswegs das Hungerproblem. Wer von seinem sektoralen Wissen ausgehend, Fortschrittskonzepte propagiert, ohne deren Langzeitfolgen in der Biosphäre und der menschlichen Gesellschaft ermessen zu können, hat sich damit als Wissenschaftler selbst disqualifiziert.

Wissenschaft als Instrument der Machtausübung

„Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ war das Ergebnis der studentischen Forderungen nach 1848 und so steht es bis heute im Staatsgrundgesetz. Wie sieht es heute aus mit dieser Freiheit?

Um unerwünschte – geschäftsbehindernde, oder gegen herrschende Dogmen gerichtete – naturwissenschaftliche Forschungen zu unterdrücken, kann man ihre Finanzierung beschneiden und auch ihre Publikation verhindern, bei gleichzeitiger Diskreditierung der betreffenden Wissenschaftler. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele (vgl. Ramp-ton/Stauber 2002; Bultmann 1997). Industrieunabhängige Forschung wird ausgehungert. Heute wird Wissenschaft massiv von der Wirtschaft gegängelt, über Finanzierung, Einflussnahme auf Universitäten und Publikationsorgane. Unerwünschte Befunde werden unterdrückt, kritische Wissenschaftler ausgegrenzt und oft sogar diskreditiert. Für eine Gesellschaft, die sich zu einer „zukunftsfähigen“

Entwicklung (sustainable development oder Nachhaltigkeit) bekennt, ist ein solides ökologisches Grundwissen als notwendiger Kern der Allgemeinbildung unabdingbar. Dieses Grundwissen wurzelt in der Biologie, muss aber darüber hinausgehen. Bildung erfordert heutzutage, dass die Menschen „wissenschaftsverständlich“ werden – um wissenschaftlich-technische Errungenschaften im biosphärischen Kontext verstehen und bewerten zu können und nicht hilflose Opfer raffinierter PR-Strategien zu werden, die in Medien und Politik ständig an Einfluss gewinnen. Je komplexer und spezialisierter die Ausbildung wird, umso wichtiger ist als Gegengewicht ein umfassendes Orientierungswissen, das zur kritischen Bewertung befähigt.

Peter Weish ist Umweltwissenschaftler, habilitiert für Humänökologie an der Uni Wien. Arbeitsschwerpunkte: Atomenergie, Naturschutz, Gentechnik. Er unterrichtet Umweltethik an der Universität für Bodenkultur in Wien.

Anmerkungen:

- (1) Zu endokrin wirksamen Stoffen in der Umwelt vgl. Colborn (1993), Jurkutat/Kratz (2000), Sat-telberger (2002). Zur weiteren Recherche insbesondere der Strategie der EU kann auch der Wikipedia-Artikel „Endokrine Disruptoren“ wertvolle Tipps geben.
- (2) Heute schon haben viele Millionen Menschen keinen Zugang zu reinem Trinkwasser und kein Geld, ihre elementaren Grundbedürfnisse zu decken, geschweige denn, eine aufwendige medizinische Versorgung in Anspruch nehmen zu können. Die Kluft zwischen Superreichtum und Elend nimmt dramatisch zu (vgl. Oxfam Deutschland 2016).
- (3) Das Vorsorgeprinzip wurde in der von der UN-Generalversammlung beschlossenen Weltcharta für die Natur (Erdcharta) von 1982 aufgenommen (vgl. Erd-Charta Koordination Deutschland). Des Weiteren ist es im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft von 1992 sowie in der Rio-Deklaration zu Umwelt und Entwicklung (Agenda 21) von 1992 enthalten. Auch die neue EU-Chemikalienpolitik führt aus, dass den Bestimmungen der REACH-Verordnung das Vorsorgeprinzip zugrunde liegt (vgl. Verordnung (EG) Nr. 1907/2006).
- (4) Anlässlich eines Vortrags in Wien, 1974.
- (5) Die Vernachlässigung organischer Düngung sowie der Einsatz von Mineraldünger und Bioziden schädigt das Bodenleben und führt zu Humusverlusten. David Montgomery weist anhand historischer Beispiele nach, wie

Kulturen infolge von Bodenerosion zu Grunde gegangen sind. Bodenfruchtbarkeit als Grundvoraussetzung der Welternährung kann nur mit Methoden der ökologischen Land- bzw. Gartenwirtschaft und Permakultur bewahrt und sogar verbessert werden.

Bultmann, Antje/Naturwissenschaftler Initiative „Verantwortung für den Frieden“ & DGB-Angestellten Sekretariat (Hg.) (1997): *Auf der Abschußliste. Wie kritische Wissenschaftler mundtot gemacht werden sollen*. München: Knauer.

Carson, Rachel (1962): *Silent Spring*. London: Hamish Hamilton.

Colborn, Theo (1993): *Developmental effects of endocrine-disrupting chemicals in wildlife and humans*. In: *Environmental Health Perspectives*. 101/5, 378–384.

Committee on Genetically Engineered Crops (2016): *Genetically Engineered Crops. Past Experience and Future Prospects*. Board on Agriculture and Natural Resources; Division on Earth and Life Studies; National Academies of Sciences, Engineering, and Medicine. Washington D.C: National Academic Press.

Erd-Charta Koordination Deutschland (s.a.): *Der Text*. <http://erdcharta.de/die-erd-charta/der-text/> (Zugriff: 24.10.2016).

Forschungsinstitut für Biologischen Landbau (FiBL) (2003): *FiBLDOSSIER: Biolandbau und Gentechnik. So bleibt der Biolandbau gentechnikfrei*. <https://shop.fibl.org/fileadmin/documents/shop/1204-gentechnik.pdf> (Zugriff: 24.10.2016).

Gibbs Wayt, W. (2003): *The unseen Genome: Gems among the Junk*. In: *Scientific American* 289/5, 48–53.

Hartmann, Nikolai (1964): *Der Aufbau der realen Welt. Grundriß der allgemeinen Kategorienlehre*. 3. Auflage, Berlin: de Gruyter.

Hawai'i SEED (s.a.): *Papaya*. <http://www.hawaiiseed.org/local-issues/papaya/> (Zugriff: 24.10.2016).

Jablonka, Eva/Marion J. Lamb (2005): *Evolution in Four Dimensions. Genetic, Epigenetic, Behavioral and Symbolic Variation in the History of Life*. Cambridge M.A./London: MIT Press.

Jonas, Hans (1979): *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt: Insel.

Babette Jurkatat/Werner Kratz (2000): *Endokrin wirksame Stoffe in der Umwelt. Literaturstudie zur Bedeutung dieser Stoffe im Land Brandenburg. Band 26 – Studien und Tagungsberichte, Schriftenreihe des Landesumweltamtes Brandenburg*. Potsdam: Landesumweltamt Brandenburg. <http://www.lugv.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/luab26.pdf> (Zugriff: 24.10.2016)

Kafka, Peter (1986): *Läßt sich Frieden organisieren?* In: Rudolf Steinmetz (Hg.): *Das Erbe des Sokrates. Wissenschaftler im Dialog über die Befriedung der Welt*. München: Dt. Taschenbuch.

Kafka, Peter (1994): *Gegen den Untergang. Schöpfungsprinzip und globale Beschleunigungskrise*. München/Wien: Hanser.

Kegel, Bernhard (2009): *Epigenetik. Wie Erfahrungen vererbt werden*. 2. Auflage, Köln: DuMont.

Knoflacher, Hermann und Schopf, Michael, Hrsg. (2009): *Ethik und Technik*. Wien: Lit.



*M*faller*, 2011. Foto: Stefan Leimer

Montgomery, David R. (2010): *Dreck. Warum unsere Zivilisation den Boden unter den Füßen verliert*. München: Oekom.

Oxfam Deutschland (18.01.2016): *Ein Wirtschaftssystem für die Superreichen*. <https://www.oxfam.de/system/files/20160118-wirtschaftssystem-superreiche.pdf> (Zugriff: 24.10.2016).

Quist, David/Ignacio H. Chapela, (2001): *Transgenic DNA introgressed into traditional maize landraces in Oaxaca, Mexico*. In: *Nature* 414, 541ff.

Rampton, Sheldon/John Stauber (2002): *Trust Us, We're Experts! How Industry Manipulates Science and Gambles With Your Future*. TarcherPerigee: New York.

Sattelberger, Robert (2002): *Hormonell wirksame Substanzen in der aquatischen Umwelt. Analytische Ergebnisse und Überblick*. Wien: Umweltbundesamt. http://www.umweltbundesamt.at/aktuell/publikationen/publikationssuche/publikationsdetail?pub_id=1347 (Zugriff: 24.10.2016).

Swanson, Nancy (19.05.2014): *The Corruption of Science. Institute of Science in Society Report*. http://www.i-sis.org.uk/The_Corruption_of_Science.php (Zugriff: 24.10.2016).

Unger, Stephen, H. (1994): *Controlling Technology – Ethics and the Responsible Engineer*. New York: Wiley & Sons, Inc.

Union of concerned Scientists (UCS) – Science for a healthy planet and a safer world (11.12.2013): *“Superweeds” Resulting from Monsanto’s Products Overrun U.S. Farm Landscape*. http://www.ucsusa.org/news/press_release/superweeds-overrun-farmlands-0384.html#.WAFkkYXkKt9 (Zugriff: 24.10.2016).

Weish, Peter (1992): *Beitrag der Humanökologie zur Technikbewertung am Beispiel der Kernenergie*. <http://homepage.univie.ac.at/peter.weish/schriften/HABIL-EINL.pdf> (Zugriff: 06.11.2016).

Weish, Peter (2006): *Bildung und Ökologie*. In: Roman Gepp/Wolfgang Müller-Funk/Eva Pfisterer (Hg.): *Bildung zwischen Luxus und Notwendigkeit*. Wien: Lit, http://homepage.univie.ac.at/peter.weish/schriften/bildung_oekologie.pdf (Zugriff: 24.10.2016), 141–154.

ANALYSE DES PARISER KLIMAABKOMMENS

Hannah Elisabeth Seidl

Am 12. Dezember 2015 wurde das Pariser Abkommen nach dreiwöchigen Verhandlungen unter der Beteiligung der 197 Mitglieder des UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) beschlossen. Der Vertrag tritt in Kraft, wenn dieser von mindestens 55 Mitgliedern, die für mindestens 55 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, ratifiziert wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt (Stand 07. November 2016) haben 100 Mitglieder, unter anderem die USA, China, die EU, Indien und Brasilien das Abkommen ratifiziert. Mit dem Beitreten der EU und Kanada am 05. Oktober 2016 wurden die Bedingungen für das Abkommen erfüllt und es konnte am 04. November 2016 in Kraft treten (vgl. UN Climate Change Newsroom).

Gesteckte Ziele des Vertrages

Das erste der drei langfristigen Ziele des Abkommens ist, den Anstieg der durchschnittlichen Erdoberflächentemperatur deutlich unter 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten. Zusätzlich sollen Anstrengungen unternommen werden, diesen auf 1,5°C zu beschränken [Art. 2 Abs. 1a]. Dass die Erdoberflächentemperatur auf 1,5°C limitiert werden soll, wurde von einigen Inselstaaten forciert, da bei einem Anstieg der Erdoberflächentemperatur von 2°C viele dieser Staaten extrem gefährdet wären oder sogar ganz im Meer versinken würden. Auch wurde vom Weltklimarat IPCC berichtet, bei einer Erdoberflächentemperatur von 2°C gäbe es keine Sicherheit dafür, dass es nicht zu katastrophalen Folgen kommen würde (vgl. Germanwatch 2016). Das zweite Ziel ist, Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels und zur Widerstandsfähigkeit zu ergreifen (Adaptation) und eine emissionsarme Entwicklung (Mitigation) zu fördern, mit der Einschränkung, dass diese Maßnahmen die Nahrungsmittelproduktion nicht behindern. Dafür, und das ist das dritte Ziel, sollen finanzielle Mittel aufgebracht werden, die die Entwicklung von Adaption und Mitigation

fördern [Art. 2 Abs. 1b, c]. Um diese Ziele zu erreichen, wird von den Mitgliedern verlangt, den globalen Peak der Treibhausgasemissionen sobald wie möglich erreicht zu haben, sodass bis zur Mitte des Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen anthropogenen Emissionen und der Rückführung dieser Emissionen erreicht wird [Art. 4 Abs. 1].

Lastenverteilung: Gerechtigkeits- und Verantwortungsprinzipien

Es gibt eine bestimmte noch zu verbrauchende Menge an Emissionen von Treibhausgasen, also jene Menge, die so reduziert ist, dass die globale Erdoberflächentemperatur unter 2°C bleibt. Um diese nicht zu überschreiten, muss der globale Ausstoß von Treibhausgasen reduziert werden. Die damit verbundenen Lasten und deren Verteilung werden laut Vertrag vom Prinzip der Gerechtigkeit und der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung geleitet, wobei die Fähigkeiten im Lichte der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten berücksichtigt werden [Art. 2 Abs. 2]. Wie das Prinzip der Gerechtigkeit im Detail aussieht, also was genau unter gerecht verstanden wird und nach welchen Mechanismen verteilt wird, ist im Vertrag nicht verankert. Sicher ist, dass es sich um einen egalitären Ansatz handelt, denn dieser rechtfertigt ungleiche Verteilung der Lasten. Der Formulierung nach könnte es sich zum Beispiel am Beitragsprinzip orientiert haben, das von reicheren Ländern mit hohen Emissionswerten höhere Lasten und Reduktionspflichten fordert als von ärmeren Ländern. Wie der Philosoph Anton Leist bemerkt, entstehen für Länder, die in der Gegenwart „einen höheren Anteil der begrenzten Emissionen für sich in Anspruch nehmen“ (Leist 2011), höhere Verpflichtungen. Die Lasten werden also leistungsgerecht aufgeteilt. Inwieweit jedoch die einzelnen Länder dafür aufkommen müssen, beziehungsweise wie diese Lasten dann konkret

verteilt werden, ist im Abkommen nicht verankert. Woraus die Verantwortlichkeit bzw. der Grad an Verantwortlichkeit entsteht, ist ebenfalls unklar. Zu verteidigen wäre eine historische Verantwortung zum Beispiel durch das kausale Schadensprinzip. Dieses verlangt von jenen Ländern mehr Pflichten und Lasten, die in der Vergangenheit schon sehr viele Emissionen verbraucht und somit den Klimawandel und die daraus folgenden Schäden hauptsächlich verursacht haben. Aber auch das Nutznießerprinzip verlangt höhere Lasten von manchen Ländern, denn nach diesem Prinzip entspringt aus dem hohen Lebensstandard, der durch frühere Emissionen entstand, Verantwortung. Klar formuliert ist aber im Abkommen, dass alle Länder in der Verantwortung stehen und somit auch ärmere Länder in der Pflicht stehen, Emissionen zu reduzieren.

Neu in diesem Abkommen – im Vergleich zum Kyoto-Protokoll – ist, dass es keine strikte Unterteilung zwischen sogenannten entwickelten und sich entwickelnden Ländern gibt. Diese Unterscheidung wird zwar sehr oft gebraucht, aber nur um grob darzustellen, dass nach den Fähigkeiten der einzelnen Länder differenziert wird. Sogenannte entwickelte Länder werden zum Beispiel aufgefordert bzw. ermutigt, die Führung bei der Bewältigung des Klimawandels zu übernehmen [Art. 4 Abs. 4], was jedoch keine rechtsverbindlichen Verpflichtungen nach sich zieht und auch nicht exakt festlegt, was das im Einzelnen bedeuten soll.

Nationale Beiträge

Zum einen werden, wie bereits erwähnt, Emissionen, oder genauer Emissionsreduktionen, auf alle beteiligten Nationen verteilt. Außerdem wird ein Fonds errichtet, der die sogenannten sich entwickelnden und gefährdeten Länder bei verschiedenen Aufgaben unterstützen soll. Die Finanzmittel dafür kommen hauptsächlich von den Industrieländern, es wurde eine jährliche Summe von 100 Milliarden US-Dollar ab 2020 vereinbart. Sie soll den sogenannten sich entwickelnden Ländern helfen, sowohl ihre Emissionen zu reduzieren, als auch den Ausbau von Anpassungsmaßnahmen, die Entwicklung, Ausbreitung und den Einsatz von Technologien, und Bildung und Aufklärung über Klimawandel zu finanzieren und zu verbessern [Art. 11 Abs. 1]. Zu kritisieren ist allerdings, dass daraus, und das wurde auf Drängen der USA in der Präambel des Vertrags festgehalten, keine rechtliche Basis für Entschädigungsansprüche

bei Umweltkatastrophen entsteht. Alle Mitglieder müssen mit dem Hintergrund dieser Forderungen und Ziele über national festgelegte Beiträge und deren Realisierung berichten. Die Berichte müssen alle fünf Jahre eingereicht und von Mal zu Mal ambitionierter werden, das heißt, sie dürfen nicht unter das einmal angestrebte Niveau fallen [Art. 4 Abs. 9]. Ab 2023 und ab dann alle fünf Jahre gibt es eine globale Bestandsaufnahme, zu der die Berichte über die nationalen Beiträge eingereicht werden. In den Berichten soll aufgelistet werden, welche Maßnahmen zur Adaption und Mitigation vorgesehen sind, und bei sogenannten entwickelten Ländern, welche Mittel (zum Beispiel finanzielle bzw. technische Mittel oder PartnerInnenschaften) diese für sogenannte sich entwickelnde Länder zur Verfügung gestellt haben, bzw. stellen werden [Art. 13 Abs. 7ff.]. Bei dieser Konferenz werden nun die nationalen Beiträge kontrolliert und gegebenenfalls verbessert, und es wird daraufhin untersucht, ob diese Maßnahmen insgesamt ausreichen, um die Erderwärmung auf unter 2°C zu reduzieren. Die globale Bestandsaufnahme wird begleitet von ExpertInnen, denen die Berichte über die nationalen Beiträge vorgelegt werden. Die Sachverständigen sollen transparent, unterstützend und ohne Strafen vermitteln.

Bisher haben die meisten Staaten Berichte über ihre beabsichtigten, also vorläufigen Beiträge eingereicht. Selbst wenn diese eingehalten würden, würde die Erderwärmung bis knapp 3°C voranschreiten (vgl. Germanwatch 2016). Um die Vorgaben, die eine Treibhausgasneutralität fordern, zu erfüllen, ist es vor allem in den Industrieländern notwendig, so schnell wie möglich aus der Kohlenutzung auszusteigen. In Deutschland beispielsweise soll der Kohleausstieg laut Bundesumweltministerium bis spätestens 2040 erfolgt sein. Jedoch sind in vielen Ländern, unter anderem in der EU, Neubauten von Kohlekraftwerken in Planung, die dazu führen werden, dass selbst die unzulänglichen nationalen Ziele nicht erreicht werden (vgl. Germanwatch 2016). Die globale Bestandsaufnahme soll nun die einzelnen Nationen forcieren, ihre Ziele zu verbessern und deren Maßnahmen auch einzuhalten. Ein großes Defizit des Abkommens ist, dass nicht festgehalten wird, was diese Beiträge konkret beinhalten sollen. Die Beiträge sollen festgelegt werden nach Kriterien der Fähigkeiten und Kapazitäten der Nationen, der Gerechtigkeit und Verantwortung, und nach dem gemeinsamen Ziel, die globale Erderwärmung auf möglichst 1,5°C zu reduzieren. Wie schon ausgeführt, werden aber weder der Gerechtigkeitsbegriff,

noch die Verantwortungsprinzipien definiert. Es werden nur gemeinsame Ziele und Rahmenbedingungen gesteckt, die die Beiträge somit nur indirekt festlegen.

Hintergründe

Sobald es ratifiziert wurde, besteht für die Mitglieder ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen. Die Pflichten für die einzelnen Parteien bestehen aus dem Einreichen und Einhalten der nationalen Beiträge, die mehr oder weniger nach eigenem Ermessen erstellt werden. Das war wohl der Grund dafür, dass sich die Mitglieder einigen konnten und dieses Abkommen überhaupt zustande gekommen ist. Denn das langfristige Ziel, also die Erderwärmung auf unter 2°C zu halten, ist somit eine Kollektivaufgabe.

Auch ist im Abkommen festgehalten, dass die Mitglieder nach drei Jahren ihres Beitritts aus dem Abkommen zurücktreten können [Art. 28 Abs. 1]. Ob dann beispielsweise Strafzahlungen anfallen oder sonstige Maßnahmen ergriffen werden, wird im Abkommen nicht erwähnt. Im Vorwort des Abkommens steht, dass die Mitglieder bei der Bekämpfung des Klimawandels und dessen Folgen Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, Rechte von indigenen Völkern, lokale Gemeinschaften, Migrantinnen und Migranten, Kinder, Menschen mit Behinderungen, schutzbedürftige Menschen, das Recht auf Entwicklung, Gendergerechtigkeit und die Stärkung der Frauen, respektieren und beachten sollen. Dies wird allerdings mit dem Wort *should* formuliert und kommt auch nicht im eigentlichen, also rechtsverbindlichen Teil des Abkommens vor. Frühere Entwürfe des Abkommens enthielten noch in Artikel 2, in dem die Langzeitziele verankert sind, diese verbindliche Forderung. Jedoch wurden sie aufgrund von Drängen von Norwegen, Saudi-Arabien und den USA gestrichen und nur 14 Länder (Belgien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, Finnland, Guatemala, Irland, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Philippinen, Schweden, Schweiz und Uruguay) wollten diese Rechte im Vertrag verankert sehen. Ebenso wurde das Thema der Gendergerechtigkeit in früheren Entwürfen acht Mal erwähnt, jedoch im aktuellen Abkommen nur zwei Mal (vgl. Heinrich Böll Stiftung 2015).

Auch viele andere Formulierungen sind in Hinblick auf die Rechtsverbindlichkeit sehr schwach. Es ist zwar lobenswert, dass im Abkommen so detailreich Maßnahmen beschrieben werden, wie das Ziel zu erreichen ist, jedoch sind diese sehr

oft mit *should* formuliert, sodass keine Rechtsverbindlichkeit entsteht. Zum Beispiel sollten Maßnahmen unternommen werden, Wälder zu erhalten, die für die Aufnahme von CO₂ wichtig sind. Es sollte bei Maßnahmen der Adaption nach Maßstäben der Gendergerechtigkeit, Partizipation und Transparenz gehandelt, schutzbedürftige Gruppen, Gemeinschaften und Ökosysteme berücksichtigt und die beste verfügbare Wissenschaft, gegebenenfalls auch traditionelles Wissen – Wissen von indigener Bevölkerung und lokale Wissenssysteme – verwendet werden [Art. 7 Abs. 5]. Dies sind alles sehr gute Ansätze, nur bleibt es den einzelnen Mitgliedern selbst überlassen, ob und wie sie sich an diese Vorgaben halten. Zusammenfassend ist es positiv zu bewerten, dass sich die Mitglieder auf die Einrichtung eines Fonds verständigen konnten. Damit ist den Ländern mit wenigen Kapazitäten für Mitigation, Adaption und Schadensbewältigung geholfen, allerdings erst in ein paar Jahren. Generell gibt es im Abkommen sehr viele Freiheiten für die einzelnen Mitglieder. Es bestehen inhaltlich, also in der Frage, welche Maßnahmen die Mitglieder ergreifen sollen, keine verbindlichen Forderungen. Auch bleibt die Frage offen, wie und nach welchen Gerechtigkeitsprinzipien die Lasten aufgeteilt werden. Jedoch sollen die zu ergreifenden Maßnahmen immer ambitionierter werden und somit ist es ein Abkommen, das auf Progressivität ausgerichtet ist. Auch wenn die jetzigen Beiträge der Länder noch nicht mit dem Langzeitziel vereinbar sind, besteht doch zumindest aufgrund des progressiven Charakters die Chance, dass sich dies noch ändert.

Hannah Elisabeth Seidl studiert Philosophie an der Universität Wien. Ihre Schwerpunkte sind Umweltethik, Feminismus und Marxismus.

Bals, Christoph/Sönke Kreft/Lutz Weischer (2016): *Wendepunkt auf dem Weg in eine neue Epoche der globalen Klima- und Energiepolitik. Die Ergebnisse des Pariser Klimagipfels COP21*. Germanwatch e.V. <http://germanwatch.org/de/download/13982.pdf> (Zugriff: 17.11.2016).

COP21 (11.12.2015): *FCCC – Adoption of the Paris Agreement*. <http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf> (Zugriff: 07.10.2016).

Fuhr, Lili/Liane Schalatek/Maureen Santos/Hans Verolme/Damjan Bogunovic (2015): *COP 21 und das Abkommen von Paris. Das Erwachen der Macht*. Heinrich Böll Stiftung. <https://www.boell.de/themen/klima> (Zugriff: 17.11.2016).

Leist, Anton (2011): *Klimagerechtigkeit*. In: *Information Philosophie*. <http://www.information-philosophie.de/?a=1&t=5734&n=2&y=1&c=2> (Zugriff: 17.11.2016).

UN Climate Change Newsroom (2014): *NDC Registry*. http://unfccc.int/focus/ndc_registry/items/9433.php (Zugriff: 07.11.2016).

ERNÄHRUNGS- SOVERÄNITÄT – JETZT!

Das Nyéléni-Forum in Rumänien

Christina Plank

Ob Milchkrise, Chlorhuhn oder Glyphosat-Skandal, Landwirtschaft und Ernährung erscheinen prominent in der medialen Berichterstattung und bestimmen nicht selten die Themen der politischen Tagesordnung. Weltweit dominieren Neoliberalisierungspolitiken den Agrarsektor – von Strukturanpassungsmaßnahmen im globalen Süden in den 1980ern bis hin zur Abschaffung der Milchquoten im letzten Jahr auf europäischer Ebene. Kleinbäuerliche Produktions- und Lebensweisen werden so durch agrarindustrielle Produktion verdrängt. Das Höfesterben geht einher mit einer Konzentration von landwirtschaftlichen Flächen und der Kontrolle der Wertschöpfungsketten durch wenige transnational agierende Konzerne. Gestützt wird dieses System auf europäischer Ebene durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU), welche mittels Hektarzah- lungen in erster Linie landwirtschaftliche Großbetriebe unterstützt, und durch die dadurch verursachte Überpro- duktion von Nahrungsmitteln, Märkte im globalen Süden überschwemmt und zerstört.

Die Bewegung für Ernährungssouveränität kämpft gegen dieses herrschende agrarindustrielle System an und setzt sich für agrarökologische Alternativen und die kleinbäuerliche Landwirtschaft ein. Sie umfasst Bäuerinnen und Bauern, Landarbeiter_innen, Fischer_innen, Hirt_innen, Indigene, Gewerkschafter_innen, Forscher_innen, Aktivist_innen, Verbraucher_innen und Menschenrechts- verteidiger_innen. 2007 trafen sich diese Akteur_innen zum ersten globalen Nyéléni-Forum in Sélingu, Mali, das mit der Verabschiedung der Nyéléni-Deklaration einen Grundstein für weitere gemeinsame Aktionen legte. Daran anschließend kam die Bewegung 2011 auf europäischer Ebene in Krems, Österreich, sowie im Oktober 2016 in Cluj-Napoca, Rumänien, zusammen, um gemeinsame Problemfelder zu identifizieren sowie Alternativen zu

diesen voranzutreiben. Namensgebend für die Zusam- menkünfte ist Nyéléni, eine sagenumwobene malische Frau, die Landwirtschaft betrieb und auf diese Weise für ihr Volk sorgte (vgl. Nyeleni Europe: s.a.). Der Beitrag er- klärt zunächst Prinzipien und Praktiken der Ernährungs- souveränitätsbewegung. Er beleuchtet im Anschluss daran Charakteristika des derzeitigen Corporate Food Regimes sowie Entwicklungen im Bereich Ernährungssouveränität im Gastgeberland Rumänien.

Ernährungssouveränität – Prinzipien und Praktiken einer Bewegung

Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde 1996 am Welternährungsgipfel der Ernährungs- und Landwirt- schaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) von La Via Campesina, der Organisation, die Kleinbäuerinnen und -bauern, Landarbeiter_innen, Landlose, Fischer_in- nen und Indigene vertritt, präsentiert. Das Konzept fordert die demokratische Kontrolle über das Nahrungsmittelsys- tem ein: „Food sovereignty is the right of peoples to healthy and culturally appropriate food produced through ecologi- cally sound and sustainable methods, and their right to de- fine their own food and agricultural systems“ (Declaration of Nyéléni 2007). Ernährungssouveränität stellt die Men- schen, deren Kontrolle und Selbstbestimmung darüber wie produziert und konsumiert wird, in den Vordergrund und fragt nach den sich dahinter verbergenden Machtver- hältnissen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung (vgl. Salzer/Fehlinger 2016). Ernährungssouveränität grenzt sich somit vom Begriff der Ernährungssicherheit – ein Begriff, der von internationalen Organisationen wie der FAO oder der Welthandelsorganisation (WTO) verwendet

wird – bewusst ab. Denn letztere fokussiert unabhängig von den Produktionsverhältnissen auf eine vermeintlich angemessene Versorgung mit Nahrung, die insbesondere den Nährwertgehalt von Lebensmitteln berücksichtigt (vgl. Edelman et al. 2014).

Im Gegensatz dazu beinhalten die sechs Prinzipien der Ernährungssouveränitätsbewegung, die im Rahmen des Nyéléni-Prozesses ausgearbeitet wurden, folgende Themenfelder: Sie stellen die Menschen und deren Recht auf Nahrung in den Mittelpunkt, betonen die Wertschätzung gegenüber Nahrungsmittelproduzent_innen und verlangen nach einer Stärkung bzw. Umgestaltung der Beziehungen zwischen Produzent_innen und Konsument_innen. Darüber hinaus werden die Kontrolle über Ressourcen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Nahrungsmittelproduktion zu erhalten bzw. zu erlangen sowie der respektvolle Umgang mit der Natur eingefordert. Bei den Prinzipien handelt es sich um keinen top-down Ansatz, der den Akteur_innen der Bewegung auferlegt wird, sondern diese werden im Rahmen der jeweiligen lokalen Gegebenheiten interpretiert und umgesetzt (vgl. Nyeleni Europe: s.a.).

Während der Schwerpunkt des Kremser Forums auf der Identifizierung aktueller Problemfelder lag, stand das Treffen in Cluj-Napoca im Zeichen der Planung von gemeinsamen Projekten. Delegationen aus 42 Ländern nahmen am Forum teil und tauschten sich über Aktionen und Kampagnen aus. Gedolmetscht wurde in neun Sprachen, um der Vorherrschaft des Englischen als Kolonialsprache entgegenzutreten wie auch um die aktive Beteiligung aller Teilnehmenden sicherzustellen. Die Diskussionen verliefen zunächst anhand vier vordefinierter Achsen – Modelle von Lebensmittelproduktion und Konsumverhalten, Lebensmittelverteilung, das Recht auf natürliche Ressourcen und Gemeingüter, Arbeitsbedingungen und Soziales im Lebensmittel- und Agrarsystem – bevor in unzähligen Untergruppen verschiedenste Projektideen geschmiedet wurden. Hinter diesen Achsen stehen mannigfaltige Praktiken der Bewegung, wie Formen solidarischer Landwirtschaft oder FoodCoops, die darauf abzielen, die Beziehungen zwischen Produzent_innen und Konsument_innen solidarisch und vertrauensvoll zu definieren. Gleichermaßen von Bedeutung sind Auseinandersetzungen um den Zugang zu gentechnikfreiem Saatgut, agrarökologischen Produktionsweisen oder lokal unabhängigen Zertifizierungssystemen.

Gegenbewegung und Alternative zum Corporate Food Regime

Die Ernährungssouveränitätsbewegung kann nicht nur als Gegenbewegung, sondern auch als Alternative zum momentan herrschenden, krisenhaften Corporate Food Regime verstanden werden (vgl. McMichael 2014). Der Food-Regime-Ansatz betrachtet landwirtschaftliche Entwicklungen politisch und ökonomisch global eingebettet und zielt darauf ab, deren Rolle im kapitalistischen System zu beleuchten. Diese geo-politische wie auch polit-ökonomische Perspektive – geprägt Ende der 1980er durch die Agrarsoziolog_innen Harriet Friedmann und Philip McMichael – nimmt soziale Verhältnisse, wie Nahrung produziert und konsumiert wird, in den Blick. Charakteristisch für das derzeitige Corporate Food Regime sind transnationale Unternehmen, die den Agrarsektor kontrollieren. Es steht im Zeichen von neoliberalen Globalisierungspolitiken, die die Grundlage für die Liberalisierung von Märkten und die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen schaffen und die Unterordnung der Staaten unter das (globale) Kapital vorantreiben. Institutionalisiert ist das Corporate Food Regime durch die WTO, welche mittels der Durchsetzung von Freihandelsregimen soziale Ungleichheit verstärkt (vgl. Bernstein 2015; McMichael 2005).

McMichael vergleicht die Rolle der Kleinbäuerinnen und -bauern mit einem „canary in the mine“ (McMichael 2014: 936). An ihrem Zustand lässt sich ablesen, wie weit die sozial-ökologische Zerstörung der Erde durch das Agrobusiness und die neoliberalen Politiken bereits vorangeschritten ist. Dagegen ankämpfend richtet sich die Ernährungssouveränitätsbewegung gegen die Regeln des freien Wettbewerbs, wie sie von der WTO vertreten werden. Sie setzt sich gegen eine immer raschere und weitreichendere Verdrängung von Kleinbäuerinnen und -bauern in Form von Land Grabbing ein und prangert Spekulationen mit Land und Unterstützung von Agrartreibstoffen an. Sie adressiert vorhandene soziale Ungleichheiten in Agrarpolitiken wie der GAP und spricht sich gegen Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP aus, die nicht nur kleinbäuerliche Strukturen untergraben, sondern insgesamt demokratische Prinzipien unterwandern.



Abb. 1: Besuch des Dorfes Alunișu, Rumänien. Während des Forums am 28. Oktober 2016 aufgenommen. Foto: Isabella Lang

Die Ernährungssouveränitätsbewegung stellt zudem bereits erwähnte, alternative Praktiken ins Zentrum ihrer Tätigkeiten, die auf agrarökologischen Produktionsweisen beruhen. Außerdem setzt sich die Bewegung auf globaler Ebene für Mitsprache und -gestaltung ein, etwa durch den neu geschaffenen Civil Society Mechanism auf FAO-Ebene, dessen Verankerung durch die Bewegung erreicht wurde und zivilgesellschaftliche Beteiligung am FAO-Komitee für Ernährungssicherheit ermöglicht. Ebenso sind die Freiwilligen Richtlinien der FAO, die einen verantwortungsvollen Umgang mit Land, Fischerei und Wald einfordern, als weiterer Erfolg der Bewegung zu verbuchen.

Während des Forums in Cluj-Napoca wurde mehrmals der Wunsch von Seiten der osteuropäischen Delegationen geäußert, die FAO solle die nationalen Regierungen beeinflussen, in der Hoffnung über den Einfluss der internationalen Ebene mehr Rechte zu erlangen bzw. gehört zu werden. Dies wurde von der geladenen FAO-Vertreterin jedoch mit einem ‚we came to listen‘-Kommetar abgetan.

Ernährungssouveränität in Rumänien

In Rumänien, dem Gastgeberland des diesjährigen Nyéléni-Forums, spielen Landwirtschaft und insbesondere Kleinbäuerinnen und -bauern eine tragende Rolle. Rumänien verfügt mit ca. 13,3 Millionen Hektar fruchtbaren Schwarzerdeböden über einen wesentlichen Anteil des Ackerlandes der EU (vgl. European Commission 2013). Der landwirtschaftliche Sektor trägt sieben Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei und liegt damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 1,7 Prozent. Außerdem sind in Rumänien rund 30 Prozent der Bevölkerung – das ist der höchste Anteil innerhalb der EU – in der Landwirtschaft tätig. Rumänien hat ebenso mit 3,8 Millionen (Stand 2010) die höchste Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe innerhalb der EU, deren Anzahl aufgrund von Konzentrations- und Abwanderungsprozessen seit 2003 allerdings bereits um 14 Prozent zurückging. Für das post-sozialistische Land ist eine duale Struktur im Landwirtschaftssektor charakteristisch. Rund 2,9 Millionen Betriebe sind kleiner

als zwei Hektar. Demgegenüber stehen 0,5 Prozent der Betriebe von 50 Hektar aufwärts, die über die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche einnehmen (vgl. Eurostat 2015). Die Zahl der Kleinbäuerinnen und -bauern ist jedoch rückläufig und nicht zuletzt emigrieren viele Rumänier_innen aufgrund der schwierigen sozio-ökonomischen Bedingungen oft als Landarbeiter_innen nach Spanien und Italien (vgl. Luca 2009).

Dominante Entwicklungen, an denen die rumänische Ernährungssouveränitätsbewegung als Gegenbewegung ansetzt, betreffen die konkrete Ausgestaltung der GAP sowie die großflächige Kontrolle von Land durch die industrielle Landwirtschaft, die einhergeht mit der Verdrängung kleinbäuerlicher Strukturen. Landwirtschaftliche Betriebe deren Größe sich auf unter einen Hektar beläuft erhalten in Rumänien keine Subventionen aus der GAP. 2,6 Millionen Subsistenzbetriebe sind somit von jeglicher staatlicher Unterstützung ausgenommen. Beispielsweise fielen 2008 dadurch 51 Prozent der Subventionen an nur 0,9 Prozent der Betriebe (vgl. ebd.: 20f.). Eco Rurals, eine rumänische NGO, die sich als Teil von Via Campesina für die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern einsetzt, lobbyiert für ein Verständnis von Kleinbäuerinnen und -bauern, das breiter als das offizielle, staatliche ist, und fordert damit deren Unterstützung ein. „Peasant includes landless people, people who sell their products outside of the family, those with a minimal amount of land, and people whose working of the land is not recognized as an occupation by the Romanian government“ (Baker-Smith 2016: 2).

Der Zugang zu Land stellt in Rumänien seit der Transformationsphase in den 1990ern ein brisantes Problemfeld dar. Es sind in- und ausländische Investor_innen, die verstärkt das Land kontrollieren, um Profite in der Land- und Forstwirtschaft zu erzielen. Beispiele für Land Grabbing reichen von dem multinationalen Riesen Cargill (250.000 Hektar) bis hin zu österreichischen Inverstoren, Graf Andreas von Bardeau (21.000 Hektar), oder der Holzindustrie Schweighofer (14.000 Hektar) (vgl. Eco Rurals s.a.). Eco Rurals setzt sich aufgrund dieser Entwicklungen für eine Begrenzung eines landwirtschaftlichen Betriebes auf maximal 50 Hektar ein.

Daneben äußern sich Alternativen im landwirtschaftlichen Bereich beispielweise über die Verbreitung von Community Supported Agriculture (CSA). 2008 entstand der erste als CSA geführte Betrieb im Westen Rumäniens.

Mittlerweile existieren rund 15 solcher Initiativen, die sich geografisch über Zentral-Rumänien bis in den Süden des Landes erstrecken. Sie werden in erster Linie von Konsument_innen ins Leben gerufen, die Produzent_innen die Idee vorstellen sowie weitere Konsument_innen dafür gewinnen. Die Konsument_innen finanzieren die Produktion durch Ernteanteile vor. Das ermöglicht, dass das finanzielle Risiko, das üblicherweise ausschließlich bei den Produzent_innen liegt, solidarisch von den Konsument_innen mitgetragen wird. Ökologische Produktionsweise wie auch der Ausschluss von Zwischenhändler_innen sind weitere wichtige Bestandteile von CSA. Die Aufgaben, die die Konsument_innen überdies übernehmen reichen von der Organisation der Lebensmittelverteilung über die Führung der Buchhaltung bis hin zur Planung der angepflanzten Sorten (vgl. Briciu 2016).

Conclusio

Das zweite europäische Nyéléni-Forum in Cluj-Napoca diente als weiterer Treffpunkt der Bewegung, wobei einerseits der Austausch der osteuropäischen Delegationen innerhalb der Region wie auch andererseits jener mit den westeuropäischen Ländern im Vordergrund stand. Es kann als „Meilenstein für Ernährungssouveränität in Osteuropa“ (FIAN 2016) bezeichnet werden. Eine Sprecherin der rumänischen Gastgeberorganisation formulierte die Bedeutung des Forums folgendermaßen: „In dieser Woche haben wir nicht nur den gemeinsamen Kampf in der Region begonnen, sondern auch die Koordination mit der Ernährungssouveränitätsbewegung in Westeuropa verbessert. Wenn die Ernährungssouveränitätsbewegung in Osteuropa und Zentralasien stark ist, ist sie in ganz Europa stark“ (ebd.). Wie das Beispiel Rumänien zeigt, muss es ein dringendes Anliegen sein, die noch vorhandenen kleinbäuerlichen Strukturen in der Region zu unterstützen. Welche konkreten Aktionen und Kampagnen aus dem Forum hervorgehen werden, wird in den nächsten Monaten und Jahren zu beobachten sein.

Christina Plank, Lektorin am ipw sowie derzeit Schachsching-Fellow an der Katholischen Sozialakademie Österreichs (ksoe) war Teil der österreichischen Delegation am Nyéléni-Forum in Cluj-Napoca.

Baker-Smith, Katelyn (2016): *Farm Succession in Romania. Who will take over the lands from an aging peasant generation?* http://www.accesstoland.eu/IMG/pdf/farm_succession_report_eco_ruralis_en_web.pdf (Zugriff: 06.11.2016).

Bernstein, Henry (2015): *Food Regimes and Food Regime Analysis: A Selective Survey. Conference Paper No. 1, Land grabbing, conflict and agrarian environmental transformations: perspectives from East and Southeast Asia*. An International Academic Conference, 5-6 June 2015, Chiang Mai University.

Briciu, Adrian (2016): *Romania*. In: European CSA Research Groupe (Hg.): *Overview of Community Supported Agriculture in Europe*. <http://groupedebruges.eu/sites/default/files/publications/downloads/overview-of-community-supported-agriculture-in-europe-final.pdf> (Zugriff: 07.11.2016), 82ff.

Declaration of Nyéléni (2007): *Food Sovereignty and Trade*. <https://viacampesina.org/en/index.php/main-issues-mainmenu-27/food-sovereignty-and-trade-mainmenu-38/262-declaration-of-nyeli> (Zugriff: 07.11.2016).

Eco Ruralis (s.a.): *Publications*. <http://www.ecoruralis.ro/web/en/Publications/> (Zugriff: 07.11.2016).

Edelman, Marc/Tony Weis/Amita Baviskar/Saturnino M. Jr. Borras/Eric Holt-Giménez/ Deniz Kandiyoti/Wendy Wolford (2014): *Introduction. critical perspectives on food sovereignty*. In: *The Journal of Peasant Studies* 41/6, 911–931.

European Commission (2013): *EU agriculture – Statistical and economic information*. <http://ec.europa.eu/agriculture/statistics/agricultural/> (Zugriff: 06.11.2016).

Eurostat (2015): *Agricultural census in Romania*. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Agricultural_census_in_Romania (Zugriff: 05.11.2016).

FIAN (2016): *Nyéléni Europe Forum. Meilenstein für Ernährungssouveränität in Osteuropa*. <http://fian.at/de/artikel/nyeleni-europe-forum-meilenstein-fur-ernaehrungssou/> (Zugriff: 06.11.2016).

Luca, Lucian (2009): *Two extremes don't make one right. Romania and the Reform of the Common Agricultural Policy of the EU*. http://www.ecoruralis.ro/storage/files/Documente/crpe_policy_memo_4_en.pdf (Zugriff: 06.11.2016).

McMichael, Philip (2005): *Global Development and the Corporate Food Regime*. In: Frederick H. Buttel/Philip McMichael (Hg.): *New Directions in the Sociology of Global Development*, 269–303.

McMichael, Philip (2014): *Historicizing food sovereignty*. In: *The Journal of Peasant Studies* 41/6, 933–957.

Nyeleni Europe (s.a.): *Nyéléni – Europe Movement for Food Sovereignty – at a glance*. <http://nyelenieurope.net/> (Zugriff: 06.11.2016)

Salzer, Irmi/Julianna Fehlinger (2016): *Degrowth in Bewegung(en). Ernährungssouveränität*. <http://www.degrowth.de/de/dib/degrowth-in-bewegungen/ernaehrungssouveraenitaet/> (Zugriff: 06.11.2016)



Biene, Foto: Eva Wackenreuther

ZUR ‚ÖKOLOGISCHEN LINKEN‘

Historische Herausforderungen in Österreich und anderswo

Josef Baum

Die ‚ökologische Linke‘ in Österreich gab und gibt es nur ansatzweise in nennenswerten Organisationen. Wenn die Linke insgesamt in Österreich derzeit fragmentiert ist und in unterschiedlichen Formationen und Institutionen von religiösen und gewerkschaftlichen, über zivilgesellschaftlichen bis hin zu explizit politischen Organisationen anzutreffen ist, so gilt das mindestens genauso für eine ökologische Linke. Im folgenden wird hier vom ‚Ökosozialismus‘ als politischer Strömung im weiteren Sinn gesprochen. So wie es verdienstvoll ist, für den Ökosozialismus allgemein auch Marx (vgl. Burkett 2009; Benton 1996; O’Connor 1988; Foster 2000) oder auch den mit Marx in Kontakt gestandenen Sergej Podolynskij (vgl. Hornborg et al. 2007) als Ahnherren zu identifizieren, kann auch für Österreich weit zurückgegangen werden. Die harschen Umweltbedingungen des konkreten Lebens und damit Fragen von Gesundheit und Umwelt spielten für die Entwicklung der Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert keine unwesentliche Rolle. Auch die ‚Naturfreunde‘ wurden 1895 in Wien als Teil der ArbeiterInnenbewegung gegründet.

Der Vollständigkeit halber sei auf die antinukleare Friedensbewegung seit den 1950er-Jahren hingewiesen, die hier als Vorgängerin im weiteren Sinn eingeordnet werden könnte. Nun gleich zu den letzten Jahrzehnten, denn die Geschichte des Ökosozialismus ist weltweit, und auch für Österreich noch nicht umfassend geschrieben. Ökosozialismus wurde erst ab Ende der 1970er-Jahre relevant, als sich (wissenschaftlich umfassend und eindeutig) abzeichnete, dass die Umweltfrage systematische und globale Probleme mit sich bringt. Dass weitgehend irreversible Veränderungen und Zerstörungen wie Artenverlust, Verstrahlung oder der Klimawandel mit essentiellen, allerdings nur bedingt absehbaren Folgewirkungen, die auch durch erneute Investitionen nicht rückgängig zu machen sind, grundlegende Lebensbedingungen in Frage stellen. Abgesehen für Kleinstgruppen

passte die Bezeichnung Ökologische Linke als Organisation in Österreich am ehesten für die 1982 – nach einigen Jahren der Herausbildung – gegründete ‚Alternative Liste Österreichs‘ (ALÖ), vor allem für deren Wiener Teil ALW. Die ALÖ war allerdings heterogen, die radikaleren Kräfte verloren an Terrain. Schließlich ging die ALÖ nach den Auseinandersetzungen mit wenig(er) linken Kräften und einem bescheidenen Abschneiden einer eigenen Kandidatur in Wien bei der Wahl 1986 bald ihrem Ende entgegen. Teile fanden in die sich entwickelnde grüne Partei, die sich zunächst noch ‚Grüne Alternative‘ nannte. In Wien gab es länger einen mehr oder weniger organisierten linken Flügel der Grünen, der dies auch zu Positionen brachte, und heute noch sichtbar ist, dessen Substrat allerdings nicht mehr sehr weit vom heutigen grünen Mainstream entfernt ist.

Offene Fragen und Übergänge zu den Grünen

Inzwischen hat fast jede linke Organisation – wie auch andere politische Kräfte – Ökologie in ihrem programmatischen Angebot, und oft auch eine Zahl von ‚Aktiven‘, wobei ‚Flügel‘ zu hoch gegriffen wäre. Die Frage ist, welchen praktischen Stellenwert dies real hat, wie kohärent es mit anderen Teilen verbunden ist, und – das ist der springende Punkt – ob die Vorschläge in Richtung sozialökologischer Systemtransformation gehen (können); oder im Gegenteil Konflikte entschärfen und erträglicher machen, oder sogar (real) ‚Greenwashing‘ betreiben.

Es ist auch nicht so, dass nichtlinke ökologische Kräfte unbedingt prokapitalistisch sind, oder Verteilungsfragen ganz negieren, insbesondere seit der Weltwirtschaftskrise 2008. Der Unterschied liegt nicht selten in der Gewichtung und

Akzentuierung dieser Fragen. Insofern ist auch die Abgrenzung bzw. der Übergang zu ‚Grünen‘ (zum Teil auch zur Grünen Partei) nicht scharf.

Eine Ökologische Linke konzentriert sich allgemein auf die Ausbeutung und den wesentlichen Zusammenhang von Mensch UND Natur. Die ökosozialistische Perspektive vertritt wiederum Forderungen für die gerechtere Verteilung von Umwelt- und Lebensqualität, die insgesamt die Stabilisierung von Ökosystemen voraussetzt. Inwieweit dafür ganz oder teilweise die Überwindung des Kapitalismus oder auch der Marktwirtschaft notwendig ist, darüber gibt es tatsächlich in diversen Konzepten unterschiedliche Vorstellungen. Dass marktwirtschaftliche Instrumente – die Regelung über Angebot und Nachfrage – unter den gegebenen Bedingungen der weitgehenden Nichtberücksichtigung ökologischer und sozialer Kosten in den Preisen, und der Verzerrung des Marktes durch Oligopole einen Beitrag zum Umweltschutz leisten würden, können nur AnhängerInnen einer ‚unsichtbaren Hand‘ glauben. Die Alternative der ‚sichtbaren Hand‘ meint (Re-)Regulierung durch Stopp der Ausweitung des Profitprinzips, dessen Eingrenzung und Zurückdrängung. Realisiert wird das nicht durch Lobbying, sondern durch (erfolgreiche) demokratische Kämpfe, bei denen es nicht nur um die Verteilung finanzieller Mittel, sondern auch um die Verteilung von Umwelt- und Lebensqualität geht – also um ökologische Gerechtigkeit und, durch die Sicherung lebensbedingender Ökosysteme, um Generationengerechtigkeit.

Wer ist das politische Subjekt der sozialökologischen Transformation?

Nun gibt es schon ohne Berücksichtigung einer Sozialökologie Dutzende sehr unterschiedliche, auch gegensätzliche Gerechtigkeitskonzepte; die Einbeziehung der Ökologie und damit der Zeitdimension erhöht die Komplexität von Verteilungslösungen weiter. Letztlich bestimmen dabei Aushandlungsprozesse die Verteilungsprinzipien. Zentrale Fragen nach ‚Werten‘ (im Sinne von ‚Arbeitswerten‘) und damit auch Klassen, stellen sich ökosozialistisch neu bzw. erweitert. Klassische Einsichten bleiben, werden aber durch neue Dimensionen in einen neuen Zusammenhang gestellt, wenngleich in der Theorie noch blinde Flecken ins Auge stechen. Konkreter wird das bei der Frage nach dem

politischen Subjekt. Im klassischen Marxismus bzw. auch in der ArbeiterInnenbewegung sind die Lohnabhängigen – und im Kern die IndustriearbeiterInnen – weitgehend plausibel das politische Hauptsubjekt einer Transformation. Außer in Bezug auf die stark veränderte Struktur der ArbeiterInnenklasse sind in einer sozialökologischen Transformation die Akteure weit weniger klar definiert. Sind es die von negativen Umweltwirkungen Betroffenen? Das wären fast alle (natürlich in abgestufter Betroffenheit). Wer sind die KontrahentInnen?

Es gibt – außer Grundsätzen, die oft aus sozialistischen Klassikern abgeleitet sind – nur allgemeine Vorstellungen von ökosozialistischen Perspektiven. Viel spricht dafür, dass detailliertere Konzepte sich erst in konkreten Auseinandersetzungen entwickeln, und eine Blaupause nicht nur unrealistisch ist, sondern einem demokratischen Anspruch nicht nahekommt. Zwar wäre über die Zurückdrängung der umwelt- und menschenunfreundlichen Politik des derzeitigen Neoliberalismus hinausgehend ein weiterer Konsens zu Alternativen zweckmäßig, aber mit dem derzeitigen Stand muss auch nicht absolut geklärt sein, wie es danach genau weitergeht, da es bis auf weiteres um das Stoppen und Zurückdrängen der entfesselten Kapitalkräfte geht. Ob dann Konzepte einer demokratischen Planung, einer idealen Marktwirtschaft, oder Mischformen entstehen, kann sich später, eventuell auch durch trial and error, herauskristallisieren. In diesem Sinn müssten in einer ökologischen Linken durchaus plural reformistische und revolutionäre Kräfte bis auf weiteres zusammenarbeiten können, und alternative Pläne für die Zukunft müssten sich in diesen Kämpfen konkretisieren.

Deadlines schaffen neue Realitäten

Allerdings besteht ein Widerspruch zu relativ schnellen Handlungserfordernissen, aufgrund von deadlines, die sich aus der starken Nachhaltigkeit ergeben, und vor allem beim Klimawandel anschaulich sind. Aufgrund des Fehlens, einer wirksamen Klimapolitik über mindestens zwei Jahrzehnte werden die Handlungsfenster jenseits irreversibler Entwicklungen immer kleiner. Zeit ist damit die am meisten begrenzte Ressource geworden. Damit stellt sich auch die Frage nach einer rascheren Entwicklung handlungsfähiger Organisationen. Schließlich können überraschende

Entwicklungen à la Fukushima mit weitreichenden Folgen und massivem Handlungsbedarf nicht ausgeschlossen werden. Um in diesem Fall Regressionen zu verhindern, wären handlungsfähige Organisationen und konkrete Konzepte hilfreich. Manche Linke ziehen ‚planetary boundaries‘ (Rockstroem et al.) für gesellschaftliche Eingriffe in Ökosysteme in Zweifel. Diese Grenzen sind tatsächlich Grenzbereiche, die durch Komplexität und Unsicherheit nie exakt zu ziehen sein werden, und sich verändern können. Aber genau das ist die sozialökologische Essenz: Gesellschaftliche Eingriffe – der aktuell fast global dominant wirkenden, profitorientierten Mechanismen – überschreiten irreversibel Grenzbereiche in lokalen, regionalen und vor allem globalen Ökosystemen, was zu schwer vorhersehbaren und relativ schnellen Umweltveränderungen führen kann, an die sich wiederum gesellschaftliche Systeme nur teilweise, schwer oder gar nicht anpassen können.

Rechtswende stellt drastisch die Frage nach Grundlagen für globale Solidarität

Neben der Tatsache, dass Klimafragen aus existentieller Sicht klar im Vordergrund stehen sollten, und diese etwa bis zur Krise 2008 und Kopenhagen 2009 auch schon ansatzweise einen gewichtigeren Stellenwert in der staatlichen Politik auf verschiedenen Ebenen gewonnen hatten, wird der Aufstieg der Rechten in Europa weitere wertvolle Zeit hinsichtlich klimapolitischer Maßnahmen kosten. Einerseits sind linksgrüne Aktivitäten im Kampf zur Verhinderung rechtsrechten Regierens gebunden. Und wenn Rechtsrechte noch stärker an Schalthebel kommen, bedeutet dies jahrelangen Stillstand oder sogar Rückschritte in diesem Bereich. Die weitgehende Leugnung des Klimawandels würde dabei noch durch die weitere Verkomplizierung der Herstellung von Konstellationen für eine nationale und globale Klimapolitik übertroffen. Derzeit steht in Österreich und in vielen Ländern Europas durch die Abwehr der drohenden Dammbüche nach rechts, zunächst das Ziel einer gewissen Stabilisierung im Vordergrund, aus der heraus dann auch wieder öko-soziale Offensiven möglich sind. Die drastische Entwicklung nach rechts in vielen Ländern Europas wirft unabhängig von der konkreten Zukunft der EU viele Fragen auf; jene nach den Grundlagen für eine globale Solidarität,

ist wahrscheinlich die fundamentalste. Die Frage nach der Sicherung des (schon reduzierten) Wohlfahrtsstaats wird unter den Bedingungen der Globalisierung gestellt; die Flüchtlingsfrage steht im Raum; das sind wichtige Teilaspekte. Die noch grundlegendere Frage ist jedoch: Wie können globale Solidarität, gleiche Menschenrechte und ein Pfad zu einer global konvergenten Entwicklung konkret konzipiert und implementiert werden? Und zwar unter den bekannten Bedingungen: 1. den enormen Unterschieden auf globaler Ebene (Wohlstand, Vermögen, Einkommen, Umweltbedingungen, Lebensqualität), 2. der zunehmenden Globalisierung bzw. der Vertiefung des (global-)gesellschaftlichen Charakters von Produktion und Reproduktion, sowie der Vertiefung von Informatisierung und Kommunikation, und 3. den derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen. Nun sind die krassen Disparitäten auf globaler Ebene, und auch auf kontinentaler und nationaler nicht neu. Sie ergeben ein komplexes Bild (vgl. Milanovic 2016): In Bezug auf den Abstand zwischen Ländern sind die internationalen Unterschiede (vor allem durch die Entwicklung in Schwellenländern wie China) kleiner geworden. Daher gab es für die letzten Jahrzehnte globale Konvergenzprozesse auf Ebene des Ländervergleichs (vgl. Maddison 2003) und auch in Europa bis 2008. Die Unterschiede bleiben jedoch auf hohem Niveau. Die internationalen Verteilungen sind allerdings fast überall ungleicher geworden. Bei der globalen (personellen) Verteilung ist wiederum aktuell eine komplexe Konvergenz anzutreffen, mit konträren Tendenzen an den oberen und unteren Rändern (vgl. Garnreiter 2015).

Produktivkräfte drängen zu neuen Lösungen

Fast klassisch drängt die Entwicklung der Produktivkräfte über die weitere Vertiefung der Arbeitsteilung, des gesellschaftlichen Charakters der Produktion und Reproduktion nun zu neuen Lösungen. Die Globalisierungswelle ab den 1970er-Jahren wirkte zunächst weniger drastisch, weil viele Regulierungssysteme noch intakt waren und auch die Linke noch stärker war. Die Verstärkung der Globalisierungswelle ab den 1990er-Jahren unter den Bedingungen der Offensive des Neoliberalismus, der Rückgänge beim Einfluss der Linken und nicht zuletzt des Endes des Sowjetblocks, hat zu neuen Realitäten geführt. Neue internationale Wertschöpfungsketten haben die Zusammenhänge

und Abhängigkeiten verstärkt. Der technische Fortschritt hat dazu die Kommunikation insbesondere über Handys und Internet revolutioniert. Die Disparitäten gelangen dadurch insofern stärker ins Bewusstsein, als sie etwa Migrationsaktivitäten unterstützen.

Nun läuft in Europa seit fast drei Jahrzehnten ein neoliberaler Umbauprozess, durch den sich Reichtum in den Händen weniger konzentriert, während andererseits eine breitere Schicht zunehmend, relativ und zum Teil sogar absolut verarmt. Die soziale Spaltung vertiefte sich, die Entsolidarisierung wurde verstärkt, es vollzog sich eine Erosion der sozial-ökonomischen Basis der Mittelschichten, vor allem der unteren Mittelschicht. Weite Bevölkerungsschichten fühlen sich als VerliererInnen. Wut nach oben wird unter den gegebenen Machtverhältnissen und mit den gegebenen Medien zu Ressentiments gegenüber Sündenböcken bis zu – geschürter – rassistischer Ausgrenzung. Die Flüchtlinge mögen die Tropfen gewesen sein, die das Fass zum Überlaufen gebracht haben.

Imperialistische Interventionen und Kriege waren Auslöser dafür, dass diese schon lange bestehenden Disparitäten in Europa unübersehbar geworden sind. Das unmittelbar sichtbare Leid offenbarte auch ungeheure Solidaritätspotentiale. Unter den konkreten Machtkonstellationen inklusive der Boulevardmediendominanz erfolgt jedoch ein massiver Angriff auf diese Solidarität, ein Hochpushen der Rechten und eine deutliche Rechtsentwicklung der Mainstream-Politik.

Besondere Etappe der postkolonialen Entwicklung

Spaltung und Segmentierung der Lohnabhängigen sind nun ein altes Phänomen, das Ausmaß der direkten Herausforderungen ist neu. Allgemein kann nun die Zurückdrängung der Politik der sozialen Spaltung und Ungerechtigkeit deklariert werden. Es kann sinnvollerweise ein von Europa geförderter und von der UN koordinierter Unterstützungs-Plan für Afrika und andere Regionen gefordert werden. Doch die konkrete Umsetzung ist nicht nur angesichts des Aufstiegs der Rechten schwierig. Wir durchleben eine besondere Etappe der postkolonialen Entwicklung, in der sich durch Globalisierung und technische Entwicklung die über lange Zeit akkumulierten globalen Verteilungsfragen massiv stellen. Sie werden durch Umweltfragen, die

letztlich ebenfalls solche nach einer gerechten Verteilung sind, noch verstärkt. Aus der Sicht des Kapitals wäre eine Stabilisierung zunächst nicht schwierig, denn dessen einfacher Regelungsmechanismus ist der Ausgleich der Profitrate. Während sich Profitraten im internationalen Vergleich tendenziell immer wieder ausgleichen, und so für diese Seite eine (gewisse) Gleichheit gegeben sein mag, ist es eben für die Nicht-Kapital-Seite seit jeher anders. Nun ist die Welt zusammengewachsen, die riesigen Disparitäten sind fühlbarer geworden, und es stellt sich die große Frage, ob es für die Nicht-Kapital-Seite bei einem Ausgleich (Konvergenz) Win-Win-Lösungen geben kann, und wie diese implementiert werden können. Konkreter: Unter welchen Bedingungen kann bei einem globalem Aufholen der weniger Gutgestellten auf der Nicht-Kapital-Seite auch das Einkommens- und Wohlstandsniveau der Lohnabhängigen in den Industrieländern ausgebaut werden? Oder noch einfacher: sind Teile der Lohnabhängigen in Europa in globaler Sicht eine ‚Arbeiteraristokratie‘?

Das derzeitige Paradigma einer durchschnittlichen Reallohnstagnation seit vielen Jahren, mit hohen Schwankungen und daher mit hohen Anteilen von Personen mit realen Einkommensverlusten, hat offenbar Reichtümer auf (Finanz-)Kapitalebene angehäuft, mag durch Masseneffekte die globale Konvergenz im gesamten statistisch befördert haben, hat aber in dieser Form die Voraussetzungen zur Realisierung einer globalen Solidarität eher untergraben. Klar ist, dass sich eine Konvergenz bei differenzierten Zuwächsen einstellt, wobei konkrete Raten sehr sensitiv mit konkreten Zeiträumen zur Herstellung von Konvergenz und damit Gerechtigkeit zusammenhängen.

Auch wenn der Klimawandel derzeit noch vergleichsweise geringe Auswirkungen hat, ist er aber schon jetzt, etwa im Fall Syriens, mit ersten Aufständen nach Dürren, mit ein Faktor für den jetzigen Bürgerkrieg gewesen. Zusammenhänge zwischen Geflüchtetenbewegungen und der Umweltfrage sind jetzt schon gegeben und mit großer Wahrscheinlichkeit werden sie sich sehr wesentlich verstärken.

Die bekannte grüne bzw. alternative Devise ‚Denke global, handle lokal‘ mag zwar eine erste sinnvolle individuelle Handlungsanleitung sein, globale Klimafragen können damit allein aber nicht bewältigt werden. Dafür bedarf es beträchtlicher Anstrengungen – zumindest in allen wesentlichen Ländern. Das Prinzip von ‚common but differentiated responsibility‘ (CBDR) wurde 1992 von der Weltgemeinschaft in der Rio-Konferenz angenommen, aber

nie spezifiziert und nicht implementiert, weil die zugrundeliegenden Verteilungsfragen und Lösungsoptionen auf Staatenebene sehr weit auseinanderliegen, insbesondere aber weil westliche Länder ihre historische Verantwortung weitgehend ignorieren. Während Al Gore meinte, dass unabhängig davon Industrieländer ‚vorangehen‘ können und sollen, und so die Sache in Bewegung bringen, würde eine Rechtswende in Europa das genaue Gegenteil bedeuten, schon allein weil sie den Klimawandel großteils verharmlosen oder nicht Ernst genug nehmen.

Capitalism vs. Climate – This Changes Everything

Zu den schon sehr schwierig zu lösenden ökonomischen globalen Verteilungsfragen kommen dann noch zweifach die sozialökologischen: Erstens erfordern Prinzipien der ökologischen Gerechtigkeit entsprechend des Verursacherprinzips von den Industrieländern größere Anstrengungen. Zweitens stellt sich die Frage nach der Struktur des Wachstums, eines anderen Wachstums? (Was soll eigentlich wachsen und was soll besser schrumpfen?) Zu all diesen Fragen gilt es Grundlagen für effektive Lösungen durch globale Solidarität zu entwickeln, Umsetzungsoptionen darzustellen und zu vermitteln, dafür zu werben, und schließlich in günstigen Konstellationen durchzusetzen. Es spricht viel dafür, dass eine weitgehende Konvergenz unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich ist, jedenfalls erfordert sie enorme Anstrengungen. Dies gilt allerdings auch für nichtkapitalistische Bedingungen, als auch für ihre Herbeiführung. Es geht um nicht weniger als um die Realisierung von ‚Heimat Erde‘ (vgl. Morin 1999), und damit um eine Neueinbettung der ‚nationalen Frage‘. Es ist nüchtern zu konstatieren, dass bisher in allen mehr oder weniger erfolgreichen sozialistischen Umwälzungen in der Geschichte – angefangen mit der Pariser Commune, von Russland über Jugoslawien, China, Vietnam und Kuba – die soziale und die nationale Frage engstens verknüpft waren. Es wäre fatal diese von der konkreten Geschichte, von konkreten Erfahrungen und Bedürfnissen zu trennen, und den Rechten die Deutungshoheit zu überlassen. Geschichte und politische Verantwortung können dabei nicht ausgeklammert werden. Die neuen Realitäten erfordern die Verbindung der verschiedenen Ebenen, es gilt daher an den erkämpften Errungenschaften und Erfolgen anzusetzen.

Die Verbindung von globalen, sozialen, nationalen und regionalen Fragen erfordert Bewusstseinsbildung, und eine neue Qualität von Organisation, um gegenüber mächtigen Akteuren und ihren Lobbys bestehen zu können. Naomi Klein hat mit dem Titel ihres Buches von 2014 nicht untertrieben: „This changes everything. Capitalism vs climate“.

Josef Baum ist Ökonom und Geograf am Institut für Ostasienwissenschaft der Universität Wien und war viele Jahre Gemeinderat und Stadtrat in Purkersdorf. Er ist Mitglied des Vorstands von Transform Austria. www.josefbaum.at

Benton, Ted (1996): *The Greening of Marxism (Democracy and Ecology)*. New York: The Guilford Press.

Burkett, Paul (2009): *Marxism and Ecological Economics. Toward a Red and Green Political Economy*. Historical Materialism Book Series, Bd. 11, Boston, MA: Brill.

Foster, John Bellamy (2000): *Marx's Ecology. Materialism and Nature*. New York: Monthly Review Press.

Garnreiter, F. (2015): *Globale Einkommensverteilung. Entwicklung seit 1980 und Perspektiven. forschungshefte 5*. München: isw – sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Hornborg, A./J.R. McNeill/J. Martinez-Alier (Hg.) (2007): *Rethinking Environmental History. World-System History and Global Environmental Change*. Lanham, Maryland: AltaMira Press.

Klein, N. (2014): *This Changes Everything. Capitalism vs Climate*. New York [u.a.]: Simon & Schuster.

Maddison, A. (2003): *The World Economy. Historical Statistics. Development Centre Studies*. Paris: OECD

Milanovic, B. (2016): *Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization*. Cambridge, MA: The Belknap Press of Harvard University.

Morin, E. (1999): *Heimatland Erde. Versuch einer planetarischen Politik*, übers.v. Horst Friessner. Wien: Promedia.

O'Connor, J. (1988): *Capitalism, Nature, Socialism. A Theoretical Introduction*. In: *Capitalism, Nature, Socialism* 1/1, 11–38.

Rockström, J. et al. (2009): *A Safe Operating Space for Humanity*. In: *Nature* 461, 472–475.

DER KAMPF UM WASSER

Ein Blick auf die Privatisierung der Wasserversorgung in Cochabamba, Bolivien 1999/2000

Tobias Doppelbauer

Vor mehr als 15 Jahren fand in Boliviens viertgrößter Stadt, Cochabamba, einer der international wohl bedeutendsten Widerstände gegen die Privatisierung einer öffentlichen Wasserversorgung statt (vgl. Schorr 2005: 126; Laurie 2005: 528f.; Spronk 2007: 8, 27). Im folgenden Artikel werde ich den noch immer anhaltenden interdisziplinären Diskurs zu den ‚Wasserkriegen‘ nutzen, um den Konflikt aus neogramscianischer Sicht zu analysieren und abschließend kurz auf die Folgen und die gegenwärtige Situation – fünfzehn Jahre später – einzugehen. Was war geschehen und welche vor allem ökonomischen und politischen Voraussetzungen waren für eine so polarisierende Privatisierung notwendig? Welche Rolle spielten der Staat, Internationale Finanzinstitutionen und der Konzessionär Aguas del Tunari (AdT) in dem Konflikt? Inwiefern hat sich die Situation in den darauf folgenden Jahren verändert und wie ist sie gegenwärtig zu bewerten?

Neuer Konstitutionalismus, Disziplinärer Neoliberalismus und Marktivilisation

Nach dem neogramscianischen Ansatz von Stephen Gill, mit dem ich den Konflikt analysieren werde, lässt sich eine zunehmende Internationalisierung des Staates und der Produktion, in Verbindung mit einer Ausweitung globaler Märkte und der Zunahme der Macht einer international mobilen, kapitalistischen Klassenfraktion identifizieren (1). Um ebendiese neu gewonnene Macht zu erhalten, erfolgt dabei nach Gill (vgl. 2005: 127) eine über strukturelle und direkte Macht ausgeübte Restrukturierung der globalen (Re-)Produktionsbedingungen und historischen Struktur nach dem Vorbild des politischen Projekts des Neoliberalismus. Durch die drei miteinander

verflochtenen Analysekonzepte ‚Disziplinärer Neoliberalismus‘, ‚Neuer Konstitutionalismus‘ und der aus diesen beiden folgenden ‚Marktivilisation‘ möchte Gill das Projekt Neoliberalismus beschreiben und an konkreten Phänomenen festmachen. Mit ‚Marktivilisation‘ meint Gill die zunehmende Kommerzialisierung und Kommodifizierung der Gesellschaft und ihrer Beziehungen. Diese zeigt sich in den Ideen und Prozessen von Markt(-Disziplin), Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz etc., und tritt immer auch zusammen mit zwanghaften Elementen von Herrschaft: Überwachen, Strafen, Disziplinieren u.Ä. des sogenannten ‚Disziplinären Neoliberalismus‘ zutage. Sowohl die ‚Marktivilisation‘ als auch der ‚Disziplinäre Neoliberalismus‘ werden dabei vom sogenannten ‚Neuen Konstitutionalismus‘ einerseits rechtlich durch Gesetze, Verträge, Abkommen etc., und andererseits politisch-institutionell über internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank oder die WTO abgesichert (vgl. Gill 2005). Was jetzt vielleicht noch sehr abstrakt anmutet, wird in den kommenden Teilen des Artikels mit Inhalten und Beispielen erläutert.

Ringens um Wasser

Die extrem niedrigen Werte von 72 Prozent und 28 Prozent bei der Messung des Zugangs zur Trink- bzw. Abwasserversorgung 1998 in Bolivien (World Bank 1999: xxvi) lassen bereits erahnen, dass Wasser schon vor dem Konflikt 1999/2000 nicht selten der Ausgangspunkt für gesellschaftliche und politische Kämpfe war. Der deutsch-bolivianische Historiker Hans Huber Abendroth (2004: 1) schreibt zur Situation in Cochabamba: „Es ist jetzt über *sechzig* Jahre her, dass die Stadt Cochabamba und ihr umliegendes Tal [...] mit dem Problem einer unbefriedigenden Wasserversorgung für ihre Einwohner kämpfen“, und verdeutlicht damit die historische Dimension des

Konflikts. Auch für den damals vor Ort forschenden niederländischen Anthropologen William Assies (2003: 18) steht fest: „Cochabamba was, as it were, overdetermined to become scene of the water war.“ Die Gründe für die erwähnte Überdeterminierung sind vielfältig. Das rasante Bevölkerungswachstum der Stadt von 75.000 (1950) auf 414.000 (1992) bzw. 517.000 (2001) und die Schwäche der Behörden, die damit verbundenen Herausforderungen der Wasserversorgung zu bewältigen, hatten schon mehrmals zu Aufständen in der Region geführt (vgl. Assies 2003: 19f.; Abendroth 2004: 4f.; Spronk 2007: 15f., Schorr 2005: 123). Cochabamba kämpfte dabei nicht selten mit migrationsbedingtem, raschem Bevölkerungswachstum in der verarmten ‚Zona Sur‘ der Stadt. Darüber hinaus wurde intensiv mit den umliegenden ländlichen und landwirtschaftlich geprägten Regionen um das wertvolle Wasser gestritten.

Die Wasserversorgung Boliviens war seit Mitte der siebziger Jahre staatlich und dezentral organisiert. In sämtlichen größeren Städten entwickelten sich staatliche Unternehmen, welche von der jeweils lokalen Stadtregierung geleitet wurden. In Cochabamba führte die dadurch erfolgte Institutionalisierung des lokalen cochabambinischen Unternehmens Servicio Municipal de Agua Potable y Alcantarillado (SEMAPA) in den siebziger und achtziger Jahren zu einem Anstieg an Korruption, was jedoch erst in den neunziger Jahren bekannt wurde (vgl. Abendroth 2004: 2). Offensichtliche Auswirkungen der Korruption und der damit verbundenen schlechten Führung des Unternehmens waren einerseits die schlechte Wasserversorgung – in Cochabamba waren 1992 ganze 30,6 Prozent der Bevölkerung von öffentlicher Seite nicht mit Trinkwasser versorgt (vgl. Ledo 1994: 32) – und daraus folgend, zahlreiche Aufstände in den vernachlässigten Gebieten der Stadt. Weniger offensichtlich, weil sich im informellen Rahmen vollziehend, war die Fortführung und der Aufbau eines zum Teil privat, kommunal oder genossenschaftlich organisierten Wasserversorgungssystems in den äußeren und ärmeren Stadtgebieten Cochabambas. Selbstgebohrte Brunnen- und Leitungssysteme sowie fahrende Wasserhändler – aguateros – gehören dabei zum Alltag der Stadt und machten rund 20 Prozent der Wasserversorgung aus (vgl. Abendroth 2004: 17). Eine weitere, zunächst unsichtbare, jedoch immer gravierender werdende Folge der schlechten Verwaltung war zudem das inner- und außerstädtische Absinken des Wasserstandes durch Brunnenbohrungen in den umliegenden Gemeinden.

Die daraus entstehende Situation aus politischen Machtkämpfen, Stadt-Land-Konflikten und innerstädtischen Auseinandersetzungen zwischen Klassen, Ethnien und einzelnen Zusammenschlüssen zur Wasserversorgung, sorgte somit bereits vorab für ein angespanntes Klima.

Die Wasserkriege 1999/2000

Der Konflikt um 1999/2000 steht in einer langen Tradition von immer wieder vereinzelt Protesten in Bolivien, tritt jedoch aus dieser hervor, da er eine landesweite und langanhaltende Protestwelle auslöste. Im Folgenden werde ich kurz den Verlauf des Konfliktes darstellen um einen Eindruck der Lage zu vermitteln.

Der Beginn des Konflikts Ende 1999:

Im Oktober 1999 hatte der neue und private Konzessionär AdT zusammen mit der bolivianischen Regierung einen ausbeuterischen Konzessionsvertrag und ein auf diesen Vertrag zugeschnittenes Wasserrahmengesetz unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Als Reaktion darauf bildete sich einige Wochen später, v.a. aus den Verbänden umliegender Bauern und Bäuerinnen und der privaten Wasservereinigungen, die sogenannte Coordinadora de Defensa del Agua y de la Vida (CDAV). Dabei nahm die CDAV im restlichen Konflikt eine führende Rolle ein und forderte die Aufhebung des Gesetzes sowie des Konzessionsvertrags. Sowohl die städtische als auch die nationale Regierung unter dem Präsidenten und ehemaligen Diktator (von 1971–78) Hugo Banzer Suárez ignorierten jedoch mehrmals Proteste gegen die neuen Bedingungen und die ansteigenden Wasserpreise.

Die drei Schlachten Anfang 2000:

Im Jänner, Februar und April 2000 folgten deshalb drei weitere, oft als ‚Schlachten‘ bezeichnete, massive Proteste mit Ausschreitungen auf Seiten der Polizei und des Militärs sowie auch auf jener der Protestierenden. Infolge der Proteste kam es zwar immer wieder zu Verhandlungen und im Jänner sogar zur Unterzeichnung einer Übereinkunft über die Revision des Konzessionsvertrags und des Gesetzes, doch wurde diese von der Regierung einige Zeit später wieder fallen gelassen. Aufgrund dieses provozierenden Verhaltens von Seiten der Regierung und aufgrund stark gestiegener Preise – um bis zu 106 Prozent (vgl. Nickson/

Vargas 2002: 111) – ließen die Konflikte zwischen Bevölkerung und Regierung bis April nicht nach. Bei der letzten Schlacht am 04. April – in der unter anderem die Mitglieder der CDAV während erneuter Verhandlungen verhaftet wurden (vgl. Olivera/Lewis 2004: 40) und die Regierung mit der Ausrufung des nationalen Ausnahmezustands die Verfassung teilweise außer Kraft setzte – kam es letztendlich doch noch zur Unterzeichnung eines Abkommens. In diesem, von der Regierung akzeptierten, Abkommen wurde der Vertrag aufgekündigt, eine Änderung des Gesetzes anvisiert und die Versorgung wieder an die öffentliche Betreiberfirma SEMAPA übergeben.

Vorraussetzungen für die Privatisierung

I. Internationale Finanzinstitutionen und Strukturanpassungsprogramme

Wie kam es aber zu diesem Konflikt und der Privatisierung? Aus dem historischen Kontext erschließt sich, dass vor allem Strukturanpassungsprogramme (SAP), durchgeführt und beworben von internationalen Finanzinstitutionen (IFI) und dem bolivianischen Staat, ein Klima herstellten, welches Gill „a ‚disciplinary neoliberal‘ social order – one where market power and market forces take on an ever more dominant role“ (2005: 127), nennt. In diesem werden unter der Grundannahme, dass ökonomisches Wachstum und somit Wohlstand vom Investitionswillen der KapitalgeberInnen abhängen, den KapitalgeberInnen auf institutioneller und juridischer Ebene verschiedenste Absicherungen und Rechte gewährt, z.B. die Sicherung ihres Eigentums durch Einhalten festgesetzter Inflationsraten (vgl. Gill 2005: 127). Die Ursachen für die Privatisierung der Wasserversorgung Cochabambas reichen deshalb weit in die ökonomische Geschichte Boliviens zurück – speziell bis in das Jahr 1985. Nach einer langanhaltenden Militärdiktatur kam 1982 eine linke Regierungskoalition in Bolivien an die Macht. Diese übernahm einen riesigen Schuldenberg von der Diktatur, betrieb jedoch trotzdem großzügige Lohnverteilungen und sah sich somit letztendlich beim Niedergang des Zinnpreises auf dem Weltmarkt – ca. ein Viertel des bolivianischen BIP bestand aus in Zinnminen erwirtschafteten Einkünften – mit einer grassierenden Hyperinflation konfrontiert. Unter der Beratung des IWF wurde mit dem Supreme Decree 21060

die orthodoxe und sogenannte New Economic Policy (NEP) eingeführt, die auch als ‚Schocktherapie‘ bezeichnet wurde.

In der nun folgenden Analyse dieses stark umstrittenen ökonomischen Programms beziehe ich mich v.a. auf ein internes Paper der Weltbank zu Private Sector Development (vgl. Morales 1995). Weitere Ausführungen zu den drastischen Maßnahmen der SAP bzw. NEP lassen sich jedoch auch im *Public Expenditure Review* der Weltbank von 1999 wiederfinden (vgl. Gonzalez/McCarthy 14.06.1999).

Deutlich wird, dass nicht nur die Planung der SAP unter strengster Geheimhaltung und Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, sondern auch die Umsetzung von einer relativ kleinen Gruppe politökonomischer Eliten der Weltbank und Boliviens durchgeführt wurde (vgl. Morales 1995: 8). Undemokratische Vorgangsweisen wurden akzeptiert und die logische Konsequenz des Legitimitätsverlustes über ‚komplexere Reformen‘ zu überwinden versucht (vgl. ebd.: 1f.). Es wird deutlich, dass der Großteil der Regierung, welche die Reformen startete, aus ehemaligen Geschäftsleuten und Wirtschaftsgrößen bestand, die zusammen mit TechnokratInnen, welche zum Teil in den USA studiert hatten und direkte Kontakte zu MitarbeiterInnen aus IFI pflegten, die Reformen durchsetzten (vgl. ebd.: 26ff.). Der nicht-elitäre bzw. nicht-international ausgerichtete Teil der Bevölkerung war insofern in keiner Weise an der Erstellung bzw. der Durchführung der Reformen beteiligt. Hieraus lässt sich schließen, dass jene Reformen nicht auf Konsens abzielten und Zwang als Bedingung ihrer Durchsetzung in Kauf nahmen; eine demokratische Entscheidungsfindung war bewusst umgangen worden.

All dies führte letztendlich zur Entstehung des oben erwähnten investitionsfreundlichen Klimas und so kam es dazu, dass IFI nicht nur Einfluss auf das im Konflikt so wichtige Wasserrahmengesetz nahmen, sondern auch der institutionelle Rahmen bezüglich der Regulierung von Wasser geändert (vgl. Nickson/Vargas 2002: 103f.) und der Erlass bolivianischer Schulden bei der Weltbank von der Privatisierung des Versorgers SEMAPA abhängig gemacht wurde (vgl. Schorr 2005: 134; Abendroth 2004: 9). Es lässt sich daher feststellen, dass die Weltbank, welche die Privatisierung auch öffentlicher Sektoren in dem bereits erwähnten Report vorantreiben wollte, mehr oder weniger direkten Einfluss auf diesen Prozess – v.a. über Druck auf die bolivianische Regierung – ausgeübt hat (vgl. Abendroth 2004: 9; Shultz 2009: 14f.).

II. Die Rolle des Staates

Für Gill ist klar, dass es nicht nur die oben bereits erwähnte und indirekt wirkende ‚strukturelle Macht‘ des Kapitals, sondern auch eine direkte Form derselben braucht, um ein ökonomisches Klima zu schaffen, das letztendlich auch zu Privatisierung in Cochabamba führte. Die direkte Macht zeigt sich für ihn wie folgt:

„in the form of state action to ensure regulation and social order, and specifically under capitalism, provision of laws and coercive potential to ensure that the owners of capital are both protected from expropriation and that they determine how production takes place“ [Herv. T.D.].

Um Gills Theorie, wie einleitend erwähnt, mit Leben zu füllen, möchte ich nun das Wasserrahmengesetz 2029 (vgl. El Honorable Congreso Nacional: 1999) auf seine KapitalgeberInnen bevorzugende und schützende Ausarbeitung hin analysieren. Das Gesetz 2029 setzte allgemeine Richtlinien für sämtliche Aspekte, welche die öffentliche Wasserversorgung betrafen, und stellte den kurz danach in Kraft getretenen Konzessionsvertrag mit AdT auf eine legale Basis. Dies beinhaltete Rechte und Pflichten von sowohl VerbraucherInnen als auch AnbieterInnen, den institutionellen Rahmen der Regulation und damit verbunden neue Normen und Regeln für die Vergabe von Konzessionen und Lizenzen. Bereits beim Bekanntwerden des ersten Entwurfes 1998 schlossen sich verschiedene NGOs, Bauern- und Bäuerinnenverbände, indigene Gruppen sowie andere Personen zusammen, um anschließend einen Gegenentwurf zu präsentieren, der jedoch unbeachtet blieb. Mit dem Gesetz wurden erstmals Konzessionen in Orten mit mehr als 10.000 und Lizenzen in jenen mit weniger als 10.000 EinwohnerInnen eingeführt. Diese konnten an jede juristische Person erteilt werden, jedoch wurden durch die anspruchsvollen Konzessionsbedingungen in Städten eindeutig große Firmen gegenüber den vielen kleinen Verbänden und Nachbarschaftszusammenschlüssen, wie in Cochabamba üblich, bevorzugt (vgl. Assies 2003: 17f.). Die maximale Dauer einer Konzession betrug dabei vierzig Jahre, jene der Lizenzen jedoch nur fünf. Weiters wurden dem Konzessionär Exklusivrechte für das Konzessionsgebiet bezüglich der Wasserversorgung zugestanden und somit die weiter oben erwähnten Zusammenschlüsse der Bevölkerung in die Illegalität getrieben. Darüber hinaus ist klar ersichtlich, dass – jedoch nur bei Konzessionen – ökonomische Aspekte

gegenüber sozialen und ökologischen bevorzugt wurden. In Absatz g) Artikel 49 über die zu befolgenden Prinzipien bei Wassertarifen steht klar und deutlich: „Cuando surjan conflictos entre los principios anteriores los criterios de eficiencia y suficiencia financiera tendran prioridad“ – „Sollten Konflikte zwischen den vorherigen Prinzipien auftreten, so haben jene der Effizienz und der finanziellen Hinlänglichkeit Vorrang“ [Übers. T.D.]. Diese ‚vorherigen‘ Prinzipien lauten ‚neutralidad‘, ‚solidaridad‘ und ‚simplicidad‘ – sind also eigentlich jene, die bei der Versorgung mit überlebenswichtigem Wasser bevorzugt werden sollten, um einen gerecht verteilten Zugang zu bewerkstelligen. Hierbei ist außerdem wichtig, dass in der Definition des Prinzips der „suficiencia financiera“ (Artikel 49 Absatz d) festgelegt wurde, dass nicht nur eine Vollkostendeckung, sondern vor allem auch der Profit des Betreibers – wie er auch in einem Sektor mit ähnlichem Risiko zu erwarten wäre – in der Höhe des Tarifes berücksichtigt werden sollte. Dies ermöglichte AdT eine festgelegte Rendite von jährlichen 15–17 Prozent in ihrem Vertrag. In Zonen ohne Konzession, d.h. mit Lizenzen (weniger als 10.000 EinwohnerInnen), wurde hingegen kein Profit zugestanden und auch die Priorisierung der ökonomischen Prinzipien wurde ausgelassen. Ein weiterer Artikel, der für Aufregung sorgte, war Nr. 76. Dieser konstatierte, dass das Sammeln von Wasser durch Brunnenbohrungen oder auch andere Formen einzig und allein dem Konzessionär erlaubt sind – insofern wurde mit diesem Artikel sogar das Regenwasser an den Betreiber übergeben (2).

Direkte Repression – Polizei und Militär

Neben der Verabschiedung des Gesetzes 2029 zeigte der Staat nicht selten sein autoritäres Gesicht in dem Konflikt. Nochmals zu betonen ist, dass die Regierung während des Konflikts unter dem Präsidenten und ehemaligen Diktator Hugo Banzer geführt wurde, der das Land damals ein zweites Mal regierte (vgl. Olivera/Lewis 2004: 16ff.). In den nicht ohne Grund so genannten ‚Schlachten‘ im Februar und April 2000 wurden beispielsweise sogar Spezialeinheiten aus La Paz und Scharfschützen eingesetzt (3). Bei der Verkündung des Ausnahmezustandes ersetzte Banzer darüber hinaus den Präfekt der Stadt durch einen Militärgeneral. Menschenrechtsgruppen verzeichneten 59 Verletzte von denen 24 Schusswunden erlitten hatten (vgl. Assies 2003:

Fußnote 10). Ein unbeteiligter siebzehnjähriger Junge starb. Dies zeigt klar was Gill unter dem ‚coercive potential‘ des Staates gemeint hat und inwiefern der Staat in dem Konflikt als Beschützer der KapitalgeberInnen auftrat.

Aguas del Tunari (AdT) – der Konzessionsvertrag

AdT ist ein multinationales Konsortium bestehend aus dem Hauptanteilseigner International Water Limited aus England (55%) – zu Beginn zu 100 Prozent Bechtel Holdings Inc. gehörend – Abengoa aus Spanien (25%) und vier bolivianischen Firmen (jeweils 5%). Weiters waren Firmen aus Italien, Uruguay und Holland über diverse Firmengeflechte beteiligt, was später noch von Relevanz sein wird. Als einer der Hauptakteure im Prozess der Privatisierung lässt sich die Rolle von AdT am besten über das Zustandekommen des Konzessionsvertrags und dessen Inhalt darstellen. Undemokratisch und unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt, sicherte der Konzessionsvertrag AdT nicht nur eine minimale jährliche Rendite von 15 Prozent, sondern auch Exklusivrechte für Regenwasser und die von den kleinen Verbänden und Nachbarschaften aufgebauten Versorgungssysteme. De facto konnte AdT diese somit für sich beanspruchen und enteignen (4).

Darüber hinaus brachte AdT nachträglich eine Klage gegen Bolivien von 25 Millionen US-Dollar am International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) – einem Ableger der Weltbank – mit der Begründung entgangener Einnahmen ein (5). Dies war jedoch nur durch eine Verlegung des Hauptquartiers von Bechtel – noch in den Anfängen des Konflikts – von den Cayman Islands zu einer Briefkastenfirma nach Holland möglich, welches ein bilaterales Investitionsabkommen mit Bolivien abgeschlossen hatte. Auch wenn diese Klage letztendlich aufgrund von massiven Protesten, unter anderem durch NGOs, fallen gelassen wurde (vgl. Bechtel Holdings Inc. 19.01.2006), so bestätigt sie doch einen Teil des von Gill (2005: 128) angesprochenen ‚neuen Konstitutionalismus‘ den er wie folgt beschreibt:

„new constitutionalism ‚locks in‘ liberal reforms which include the right of capital mobility (that is the options of entry and exit for capital relative to particular jurisdictions) by means of [...] e.g. typically bilateral [...] trade and investment

agreements that guarantee legal rights and freedoms of investors/business as well as prohibiting expropriation of private investments (e.g. nationalization).“

Die Folgen des Konflikts – 15 Jahre danach

Neben der bereits erwähnten Klage hatte der Konflikt viele andere weitreichende Folgen: Ein neues Wasserrahmengesetz wurde verabschiedet, die öffentliche Betreiberfirma SEMAPA übernahm wiederum die Wasserversorgung Cochabambas und international wurde über die ‚Wasserkriege‘ berichtet. Darüber hinaus lösten die Kämpfe eine landesweite Protestwelle aus, die in weiterer Folge zwei Präsidenten absetzte und letztendlich zum Aufschwung der Linken sowie der Ernennung von Evo Morales als erstes indigenes Staatsoberhaupt Boliviens führte (vgl. Hines et. al. 2009: v). Mehr als 15 Jahre nach den Wasserkriegen hat sich die Lage Boliviens und Cochabambas hinsichtlich der Wasserversorgung nicht unbedingt verbessert. Auch wenn 2014 nach offiziellen Angaben von IFI der Zugang zu Trink- und Abwasser mittlerweile bei 90 Prozent bzw. 50 Prozent liegt (vgl. WKO 2016), so zeigt eine Statistik der SEMAPA aus dem Jahr 2015 andere Werte: Nur 52 Prozent bzw. 62 Prozent (vgl. SEMAPA 2015) der BewohnerInnen von Cochabamba haben demnach Zugang zur öffentlichen Trink- bzw. Abwasserversorgung.

Nicht zu vergessen sind dabei die massiven Ungleichheiten, die sich beispielsweise in Cochabambas Zona Sur mit einem offiziellen Trinkwasserzugang von lediglich 22 Prozent im Jahre 2008 zeigen (vgl. Ledo 2008: 82). Während der öffentliche Diskurs und auch die neue Verfassung Boliviens, angeführt von Präsident Morales in den Jahren nach der Protestwelle, auf einen echten Umschwung hoffen ließen, so bleiben die Ergebnisse ernüchternd. Das Management von SEMAPA war in den Jahren nach den ‚Wasserkriegen‘ vor allem von Korruption und erneuter Misswirtschaft gezeichnet (vgl. Spronk 2007: 21–24) und die Wasserversorgung der ressourcenausbeutenden Industrie wurde sogar vor jene für Trinkwasser und Bewässerung gestellt (vgl. Morston 2015: 248). Abzuwarten bleibt, inwiefern neu erstarkende Bewegungen ‚von unten‘ zu einer weiteren Wende führen können.

Tobias Doppelbauer studiert Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Wien, ist Mitglied der Redaktion und freut sich über Anregungen, Diskussionen und Kritik.

Anmerkungen:

(1) Für das grundlegende Werk dieses theoretischen Ansatzes vgl. Gill/Law 1989.

(2) Im Gesetz 2029 steht geschrieben: „[N]o se permitirá la perforación de pozos ni otras formas de captación de agua sin la debida Concesión o Licencia otorgada por la Superintendencia competente del SIRENARE.“ – („Weder die Bohrung von Brunnen noch andere Formen der Wassereextraktion sind ohne die Ausstellung einer Konzession oder Lizenz durch die zuständige Oberaufsicht der SIRENARE erlaubt.“ [Übers. T.D.]

(3) Vgl. Videomaterial auf Spanisch, Edwin Bermúdez B (05.01.2013): *LA GUERRA DEL AGUA (Cochabamba-Bolivia)*. <https://www.youtube.com/watch?v=Of3K5H3U83k> (Zugriff: 21.11.2016).

(4) Für eine ausführliche Diskussion mit Angabe von Artikeln und Klauseln vgl. Abendroth 2004: 13–16.

(5) Vgl. hierfür den Fall: „ICSID Case No. ARB/02/3, Aguas del Tunari, S.A. v. Republic of Bolivia“, am International Centre for Settlement of Investment Disputes.

Assies, Willem (2003): *David versus Goliath in Cochabamba. Water Rights, Neoliberalism, and the Revival of Social Protest in Bolivia*. In: *Latin American Perspectives* 30/3, 14–36.

Bechtel Holdings Inc. (19.01.2006): *Cochabamba Water Dispute Settled*. <http://www.bechtel.com/newsroom/releases/2006/01/cochabamba-water-dispute-settled/> (Zugriff: 26.10.2016).

El Honorable Congreso Nacional (29.10.1999): *Ley de Servicios de Agua Potable y Alcantarillado Sanitario del 29 de octubre de 1999*. La Paz, Bolivien. <http://www.lexivox.org/norms/BO-L-2029.xhtml> (Zugriff: 26.10.2016).

Gill, Stephen/David Law (1989): *Global Hegemony and the Structural Power of Capital*. In: *International Studies Quarterly. The Journal of the International Studies Association* 33/4, 475–99.

Gill, Stephen/David Law (2005): *Conceptualizing the Global Restructuring of Public Services: Privatization, TRIPS & GATS*. In: *Juridikum. Zeitschrift im Rechtsstaat* 4/3, 126.

Gonzalez, Jose Antonio/Desmond McCarthy (14.06.1999): *Bolivia – Public Expenditure Re-view*. The World Bank. <http://documents.worldbank.org/curated/en/1999/06/439200/bolivia-public-expenditure-review> (Zugriff: 27.10.2016)

Hines, Sarah/Michael Shanks/Cristina Cielo (2009): *After the Water War. Contemporary Culture in Cochabamba, Bolivia*. Working Paper No. 25, Berkely: Center for Latin American Studies, University of California.

Huber Abendroth, Hans (2004): *Der „Wasserkrieg“ von Cochabamba. Zur Auseinandersetzung um die Privatisierung einer Wasserversorgung in Bolivien*. Wien: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte.

International Centre for Settlement of Investment Disputes (21.10.2005): *ICSID Case No. ARB/02/3, Aguas del Tunari, S.A. v. Republic of Bolivia*. Washington D.C. http://www.iisd.org/pdf/2005/AdT_Decision-en.pdf (Zugriff: 27.10.2016).

Ledo García, María del Carmen (2008): *El Agua Nuestra de Cada Día. Retos e iniciativas de una Cochabamba incluyente y solidaria*. CEPLAG, Cochabamba. <http://genderandwater.org/es/biblioteca/publicaciones/el-agua-nuestra-de-cada-dia-retos-e-iniciativas-de-una-cochabamba-incluyente-y-solidaria/> (Zugriff: 21.11.2016).

Morales, Juan Antonio (30.9.1995): *Bolivia and the Slowdown of the Reform Process*. The World Bank. <http://documents.worldbank.org/curated/en/1995/09/441711/bolivia-slowdown-reform-process> (Zugriff: 27.10.2016).

Morston, Andrea J. (2015): *Autonomy in a post-neoliberal era: Community water governance in Cochabamba, Bolivia*. In: *Geoforum* 64, 246–256.

Nickson, Andrew/Claudia Vargas (2002): *The Limitations of Water Regulation: The Failure of the Cochabamba Concession in Bolivia*. In: *Bulletin of Latin American Research* 21/1, 99–120.

Olivera, Oscar/Tom Lewis (2004): *¡Cochabamba! Water War in Bolivia*. Cambridge, Massachusetts: South End Press.

Schorr, Bettina (2012): *Mobilisierung, Protest und Strategien in Aktion: Bolivians Protestwel-le 2000–2005: Ausbruch, Verlauf und politische Folgen*. Wiesbaden: VS, 123–148.

Servicio Municipal de Agua y Alcantarillado Sanitario (2015): *Evaluación trimestral poa Gestión 2015*. <http://www.semapa.gob.bo/archivos/INDICADORES%20DE%20GESTION%20TERCER%20TRIMESTRE%20202015.pdf> (Zugriff: 30.10.2016)

Spronk, Susan (2007): *Roots of Resistance to Urban Water Privatization in Bolivia: The “New Working Class”, the Crisis of Neoliberalism, and Public Services*. In: *International Labor and Working-Class History* 71/1, 8–28.

Shultz, Jim (2009): *The Cochabamba Water Revolt and Its Aftermath*. In: ders. (Hg.)/Melissa Crane Draper (Hg.): *Dignity and Defiance. Stories from Bolivia’s Challenge to Globalization*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press, 9–43.

Victor Paz Estenssoro, Presidente Constitucional de la Republica (29.08.1985): *DECRETO SUPREMO N° 21060*. La Paz, Bolivien. <http://riosmauricio.com/wp-content/uploads/2012/11/Decreto-21060-del-29-de-agosto-de-1985.pdf> (Zugriff: 26.10.2016).

WKO Stabsabteilung Statistik (2016): *Länderprofil Bolivien*. <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-bolivien.pdf> (Zugriff: 30.10.2016).

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE AUSWIRKUNGEN DER PALMÖLPRODUKTION IN LÄNDLICHEN GEMEINDEN

Eine Fallstudie aus Tomé-Açu, Brasilien

Charlotte Kottusch

Palmöl ist eines der weltweit am meisten konsumierten Pflanzenöle (vgl. UNEP 2011). Laut dem RSPO (Roundtable on Sustainable Palm Oil), einer 2004 gegründeten Organisation für nachhaltige Palmölproduktion, befinden sich durchschnittlich in mehr als 50 Prozent der verarbeiteten Produkte in einem Supermarkt Palmöl (vgl. Borras et al. 2015). Dabei steht dem globalen Konsum ein in tropischen Regionen Asiens, Lateinamerikas und Afrikas konzentrierter Anbau gegenüber, wo die Palmölplantagen die am schnellsten wachsende Monokultur der Welt darstellen (vgl. Gerber 2011).

Mit welchen Auswirkungen die Produktion in diesen Regionen verbunden sein kann, wird in dem Artikel am Beispiel der Mikroregion Tomé-Açu im Norden Brasiliens diskutiert. Dabei steht neben der Einbettung der Produktion in die dortige Landnutzung im Vordergrund, welchen Einfluss die politischen Rahmenbedingungen zur Regulierung der Produktion haben. Konkret stellt sich die Frage, welche Veränderungen in der Landnutzung verursacht oder verhindert werden und auf gesellschaftlicher Ebene, inwiefern die Produktion lokaler Grundnahrungsmittel beeinflusst wird (1).

Warum Palmöl?

Die vielseitige Einsetzbarkeit in Lebensmitteln, Kosmetik, Tierfutter und zunehmend auch als Agrartreibstoff ist eine wesentliche Triebkraft für die Produktion von Palmöl. Diese Bandbreite an Einsatzmöglichkeiten macht die Früchte der Ölpalme, wie auch Zuckerrohr, Soja, Sonnenblumen oder Mais, zu einer der global genutzten ‚flex crops‘

(vgl. Alonso-Fradejas et al. 2015; Hunsberger/Alonso-Fradejas 2015), also flexibel und vielseitig einsetzbaren Ernteprodukten. Nach der Definition von Borras et al. (vgl. 2015: 94) sind drei, auf Palmöl zutreffende Tatsachen für den hier untersuchten brasilianischen Kontext wesentlich: die materielle Flexibilität, Palmöl je nach Marktpreis als Speiseöl, in der Industrie oder als Treibstoff zu verwenden, die Rolle, die technische Entwicklungsschritte dabei spielen, ob bspw. die Verwendung als Treibstoff rentabel ist, und der Einfluss, den politische Entscheidungen und Förderungen darauf haben, in welchem Ausmaß und für welche Zwecke Palmöl produziert wird. Dieser Hintergrund und das zunehmende Interesse an erneuerbaren Energien vor allem auch in Europa, lässt die Palmölproduktion besonders seit den 1990er-Jahren beträchtliche Zuwächse verzeichnen. Die Nachfrage wächst besonders in China, Indien und der EU (vgl. UNEP 2011). Gedeckt wird sie hauptsächlich durch Palmöl aus Indonesien, wo 2011 rund 48 Prozent des weltweiten Palmöls produziert wurden. An zweiter Stelle steht Malaysia mit rund 38 Prozent (vgl. Brad et al. 2015).

Palmölproduktion in Brasilien

In Brasilien finden hingegen nur etwa 0,5 Prozent der weltweiten Palmölproduktion statt, wodurch Brasilien in Lateinamerika hinter Kolumbien, Costa Rica, Honduras und Ecuador steht (vgl. Governo Federal Brasil 2010; Governo Federal Brasil 2010; Kaltner et al. 2005). Die afrikanische Ölpalme (*Elaeis guineensis*) wurde im 16. Jahrhundert von SklavInnen aus Westafrika eingeführt und wurde ursprünglich

vornehmlich in Bahia, dem Nordosten Brasiliens angebaut. Bis heute ist das gewonnene Öl wichtiger Bestandteil der afro-brasilianischen Küche (Rebello 2012). In das Amazonasbecken kam die Pflanze erstmals 1942, wo ihr Anbau ab den 1970er-Jahren als Wiederaufforstungsmöglichkeit und vielversprechende Kultur für die „Erschließungspolitik des Amazonasbeckens“ (Backhouse 2013: 11) gehandelt wurde. Infolge des abnehmenden politischen Interesses wurde ihre Kommerzialisierung in den 1980ern jedoch wieder aufgegeben (FAO 2009). Ziel dieser ersten Anbaubestrebungen ebenso wie des 2004 eingeführten Programms für die Produktion und Nutzung von Biodiesel (Programa Nacional de Produção e Uso de Biodiesel – PNPB), ist die Förderung der Energiesicherheit des Landes durch die Diversifizierung der Biodieselbasis (vgl. FAO 2009). 2010 folgte ein Programm, das PPSPO (Programa de Produção Sustentável de Palma de Óleo), das die Palmölexpansion im Land maßregeln soll indem es „Instrumente bietet, die die Ausweitung der Palmölproduktion auf eine ökologisch und sozial nachhaltige Weise garantieren [Übers. C.K.]“⁽ⁱ⁾ Diese Programme und mit ihnen die kommerzielle Palmölproduktion sind in das

auf erneuerbaren Ressourcen fußende Energiemodell Brasiliens eingebettet. Rund 40 Prozent der genutzten Energie in Brasilien kommen aus sogenannten erneuerbaren Quellen und besonders in der Ethanolproduktion aus Zuckerrohr, die den größten Teil der erneuerbaren Energien ausmacht, kann das Land langjährige Erfahrung vorweisen (vgl. EPE 2014). Initiiert wurde das PPSPO in der Gemeinde Tomé-Açu von Luiz Inácio Lula da Silva, dem damaligen brasilianischen Präsidenten (vgl. D’Agosto et al. 2015). Vielversprechend äußerte sich der damalige Präsident zu dem Programm mit den Worten: „Até eu vou querer plantar palma“ („Auch ich werde Palmen pflanzen wollen“ [Übers. C.K.]) (vgl. Biodieselbr 2010). Das Programm zielt darauf ab, den ökologisch und sozial negativen Auswirkungen des Monokulturanbaus von Palmöl entgegenzuwirken und diesen ausschließlich auf abgeholzten Flächen voranzutreiben, die durch das Zonierungsprogramm ZAE (Zoneamento Agroecológico) bemessen wurden sowie lokale KleinbäuerInnen in die Produktion zu inkludieren. Damit will Brasilien sich von den Negativbeispielen Malaysia und Indonesien abgrenzen (vgl. Englund et al. 2015).



Abb. 1: Palmölplantage eines individuellen Produzenten in Moju, 25.11.2015. Foto: Charlotte Kottusch

Palmöl in den Landnutzungsfolgen der Mikroregion Tomé-Açu

Ausgehend von diesem politischen Kontext stehen hier mögliche sozio-ökologischen Auswirkungen, die mit der Ausweitung der Palmölplantagen in der Mikroregion Tomé-Açu einhergehen im Zentrum. Die Fallstudie, für die eine regionale Materialflussanalyse (rMFA) durchgeführt wurde (2), konzentriert sich dafür auf die Mikroregion Tomé-Açu, im Nordosten des Bundesstaates Pará. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass rund 70 Prozent der Palmölproduktion Pará's hier stattfinden, da in der Mikroregion besonders große, zusammenhängende Flächen für den Anbau ausgewiesen wurden. Pará wiederum ist für etwa 80 Prozent des in Brasilien produzierten Palmöls verantwortlich, wodurch die Region einen Anteil von über 50 Prozent an der Palmölfruchtentnahme Brasiliens hat (3). In dieser Dimension ist der Palmölanbau in der Mikroregion ein relativ neues Phänomen und durch die produktionsfördernden Programme PNPB und PPSPO eng mit dem auf globaler und nationaler Ebene geführten Diskurs um Agrartreibstoffe und erneuerbare Energie verknüpft. Auch wenn trotz der politischen Bestrebungen in Brasilien seit 2008 durchschnittlich weniger als 0,5 Prozent Biodiesel aus Palmöl produziert wird (vgl. Villela et al. 2014).

Die Mikroregion Tomé-Açu ist eine Region – das bestätigten landwirtschaftliche Produktionsdaten und ausgedehnte Busfahrten zu den Gemeinden –, in der die Holzwirtschaft und extensive Weideviehhaltung die Gesellschafts-Naturinteraktion bestimmen. Die verhältnismäßig niedrige Produktivität wesentlicher Feldfrüchte wie Maniok und die geringe Viehbestandsdichte deuten auf einen niedrigen Grad der Industrialisierung in der Landwirtschaft der bis in die 1980er-Jahre gegründeten Gemeinden hin.

Die Feldforschung identifizierte die Reihenfolge der Biomasseentnahme als einen ‚klassischen Landnutzungszyklus‘ der Region, in den die Palmölproduktion eingebettet ist: anfänglich (ca. 1990–2000) dominiert die Entnahme von Holz, das als leicht erschließbare Ressource ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in den entstehenden Gemeinden ist und außerdem für die Erschließung des Gebietes eine wichtige Rolle spielt. So sind es oft die ‚madeireiros‘ (Holzfäller), die einen Großteil der Verkehrswege und

Flusshäfen anlegen (vgl. IMAZON 2002) und damit den Zugang zu Land für die Viehwirtschaft bereiten. Diese weitet sich typischerweise infolge der Abholzung aus. Rinderhaltung ist eine vergleichsweise ökonomisch weniger aufwendige Nutzform und spielt zur ‚Landbesetzung‘ eine wichtige Rolle (vgl. Coy/Klingler 2014), was teilweise die Extensivität der Weidelandnutzung erklärt. Auf den dadurch vorbereiteten Flächen können nun Dauer- oder jährliche Kulturen angelegt werden. Wann oder ob Weiden in Ackerfläche umgewandelt werden, richtet sich primär nach der Marktlage oder staatlichen Produktionssubventionen. In diesem Muster ist die Ausweitung der Palmölplantagen eine mögliche Folgelandnutzung nach der Nutzung abgeholzter Flächen als Weideland. Durch die politische Forcierung und gleichzeitige Restriktion auf bereits abgeholzten Flächen, findet die Landnutzung für Ölpalmen aber in flächenmäßig größeren Ausdehnungen als bei den meisten anderen Nutzpflanzen statt. Das Muster erklärt zudem, warum die Mikroregion in der südöstlichen Amazonasregion so sehr im Zentrum der Ausweitungsbestrebungen der Palmölproduktion steht. Durch die intensive Abholzungsentwicklung der frühen 1990er-Jahre, bietet sie, neben den passenden klimatischen und topologischen Bedingungen, große, bereits abgeholzte Weideflächen.

Schwerpunkt 1: Landnutzungsveränderung

Weideland spielt somit eine dominante Rolle in der Landnutzung der Gemeinden, auch wenn die Viehhaltung mit durchschnittlich weniger als einem Rind pro Hektar, sehr extensiv ist. Die Intensivierung der bestehenden Weidenutzung wird daher als Möglichkeit diskutiert, um Weideland für das Anlegen von Palmölplantagen zu nutzen:

„Pará is the second state in the region with the highest deforested land-use for pastures. Given that the Pará State currently has around 18 million ha of land in pasture, and the possibility of increasing the livestock density from 1.08 head/ha/yr to 2.7 head/ha/yr, considerable land areas could be allocated to oil palms cultivation“ (Delivand/Gnansounou 2013: 439).

Tatsächlich zeichnete sich – entgegen der konstanten Zunahme im restlichen Bundesstaat – ab 2008 ein Rückgang des Viehbestands in der Mikroregion ab und gut erhaltenen

Grasweiden weichen zunehmend den weniger gut erhaltenen oder regenerierenden Weiden (vgl. INPE 2014). In der Gemeinde Acará seien rund 80 Prozent der Weideflächen in Palmölplantagen umgewandelt worden, wodurch sich der Viehbestand drastisch reduziert habe. Das bedeutet, dass Weideflächen häufig brach liegen gelassen werden, um sie profitbringend in den Palmölsektor zu integrieren, da sie als abgeholztes Land im politisch legitimierten Zentrum des Interesses der Palmölunternehmen stehen. Vor dem Hintergrund der stark angestiegenen Landpreise in den letzten Jahren (vgl. Silva 2015), erlangt diese Erklärung zusätzliche Plausibilität.

Die unübersichtlichen Landbesitzverhältnisse in Pará und der Mikroregion erleichtern Tendenzen der Landaneignung und Eingliederung in die Palmölproduktionskette. Große Teile des Landes in Pará sind bis heute ohne offizielle Besitztitel und viele Flächen wurden nicht rechtmäßig erworben (vgl. IMAZON 2015). Von vielen InterviewpartnerInnen wird daher die öffentliche Politik als ein totales Versagen wahrgenommen (4).

Somit fügt sich die Palmölproduktion einerseits in ein historisch gewachsenes Landnutzungsmuster ein, führt gleichzeitig aber auch zu einer Dynamisierung der traditionellen Landnutzung. Sie resultiert primär aus der Inwertsetzung von Landressourcen, indem sie, auch wenn sie sich in einem der Degradation nahen Zustand befinden, sowohl einen symbolisch als auch monetär angestiegenen Wert bekommen und sie als Verkaufsgegenstand bessere Wertschöpfung versprechen.

Ein trotz der Maßnahmen zur Verhinderung neuer Abholzungen bestehendes Risiko, ist, dass sich, infolge der Weidenutzung für Palmölplantagen, Weideflächen in andere Regionen verlagern und dort zu indirekten Abholzungen führen. In Zusammenhang mit dem Sojaanbau im Bundesstaat Mato Grosso wurde dieser Trend bereits festgestellt. Barona et al. (2010: 8) unterscheiden daher, dass „even if the proximate cause of deforestation was mainly ranching, it is likely that soy cultivation is a major *underlying* cause“ [Hervorhebung C.K.]. Ähnlich wie die Landpreisentwicklung im Fall der Palmölexpansion, hat die Erhöhung der Landpreise in den Sojaanbaugebieten dazu geführt, dass viele ViehfarmerInnen ihr Land verkauften und mit den Gewinnen neue Flächen weiter im Norden aufkauften, wo damit verbundene indirekte Abholzungen beobachtet wurden (vgl. Nepstad et al. 2006).

Schwerpunkt 2: Palmölproduktion und die lokale Produktion von Maniok

Maniok und das daraus gewonnene Maniokmehl ist das wichtigste Grundnahrungsmittel im Bundesstaat Pará. Dessen Produktion findet primär in kleinbäuerlichen Strukturen statt (vgl. Embrapa 2008). Zwischen 2008 und 2014 fand in der gesamten Mikroregion jedoch eine rapide Halbierung der Maniokproduktion statt und die kleinteiligen, von KleinbäuerInnen genutzten Flächen sind zwischen 2008 und 2010 um über 100.000 Hektar zurückgegangen (3).

Auch wenn die Analyse eindeutiger Zusammenhänge zwischen dieser Entwicklung und der Palmölausweitung herausfordernd ist, ist in drei Bereichen der Einfluss der Palmölproduktion nachvollziehbar. Zum einen im Bereich des Landmarktes. Mehrere zuvor kleinbäuerlich genutzte Flächen, also primär solche, die für die Maniokproduktion genutzt wurden, wurden bis 2010 von Palmölunternehmen aufgekauft. Diese Praxis sollte durch die im PPSPo forcierte Inklusion der KleinbäuerInnen in den Palmölsektor beendet werden, führte aber häufig zu einer direkteren Konkurrenz um Fläche und Arbeitskraft. Aus Platz- und oft vor allem Zeitmangel, hörten viele der inkludierten Familien auf, Nahrungspflanzen wie Maniok zu pflanzen (vgl. Mota et al. 2015). Starke Anreize auf die Palmölproduktion umzusteigen, sind die Aussicht auf Kredite, die für Palmöl um ein vielfaches über denen für andere Feldfrüchte liegen und die Erwartung eines besseren Einkommens durch die Abnahme der Palmölfruchternte durch die Unternehmen (vgl. Brandão/Schoneveld 2015).

„Für jemanden in der Situation [der KleinbäuerInnen], der keinen Ausweg hat, kann die Palmölproduktion nicht komplett dämonisiert werden. Wir wissen, dass es bessere Alternativen gibt als Palmöl, aber diese Kultur wird eben durch die öffentliche Politik gefördert [Übers. C.K.]“ (ii)

berichtete ein Wirtschaftsprofessor der staatlichen Universität in Pará, UFPA. Zum anderen hat der Arbeitsmarkt zu Veränderungen der Arbeitskraft- und Zeitzuwendung in kleinbäuerlich geprägten Regionen geführt. Das Aufkommen neuer Arbeitsplatzmöglichkeiten in den Plantagen hat Abschätzung einer Vertretung der ländlichen Angestellten zufolge, seit 2008 zu über tausend neuen Arbeitsplätzen



Abb. 2: In die Palmölproduktion inkludierte Familien beim Einbringen der Ernte, São Domingos do Capim, 18.11.2015. Foto: Charlotte Kottusch

und mehreren hundert indirekt an die Palmölproduktion gekoppelten Stellen geführt. Die Arbeit sei prekär, berichtete ein Interviewpartner der Vertretung der landwirtschaftlichen ArbeiterInnen (CONTAG), bedeute für viele durch das regelmäßige Einkommen und die Krankenversicherung jedoch einen enormen Fortschritt (Interview am 07.01.2016). Hinzu kommt, dass die neu geschaffenen Arbeitsplätze nur einer bestimmten Zielgruppe neue Chancen bieten. Besonders junge, männliche Arbeitskräfte sind für die körperlich schwere Arbeiten in den Plantagen gefragt (vgl. Monteiro 2014). Das bedeutet, dass der größte Teil der Angestellten die körperlichen Voraussetzungen für physisch anspruchsvolle Arbeit erfüllen, was sowohl in den Palmölplantagen, als auch in der Maniokproduktion wichtige Voraussetzungen sind.

„Die Söhne und Neffen arbeiten auf dem Grundstück des Vaters oder Großvaters, der schon alt ist und auch wenn sie nicht viel machten, arbeiteten die meisten Jugendlichen mit ihnen. Als das Unternehmen (Biopalma) hierher kam, zwischen 2008 und 2009 und später, hörten die Jugendlichen auf Maniok auf dem Grundstück der Alten zu pflanzen, auch wenn sie weiterhin dort wohnten. Sie begannen als Angestellte und von den Alten produzierten nur noch wenige weiterhin, viele sind schon pensioniert. Und deswegen hat der [Maniok] abgenommen. [Übers. C.K.]“ (iii)

Zu den häufig prekären Arbeitsverhältnissen kommt, dass diese Arbeitsplätze, ebenso wie die Bezahlung der inkludierten KleinbäuerInnen, am weltmarktbasieren Rohöl- und Palmölpreis hängen. Rezente Entlassungen mehrerer hundert PalmölarbeiterInnen, von denen in drei Gemeinden berichtet wurde und proportional zum Einkommen der inkludierten KleinbäuerInnen wachsende Ausgaben für Lebensmittel oder zusätzliche Arbeitskräfte, verdeutlichen diese Problematik. Die meist gewerkschaftliche Organisation und damit die Verhandlungsmacht der KleinbäuerInnen und ArbeiterInnen, spielt deshalb eine wesentliche Rolle. Das Beispiel der japanischen Kooperative Gemeinde CAMTA (Cooperativa Agrícola Mista de Tomé-Açu) in Tomé-Açu veranschaulicht, dass für KleinbäuerInnen, die aufgrund der Abnahme und Vermarktung ihrer Feldfrüchte durch die Kooperative in einer gestärkten Position sind, der Einstieg in die Palmölproduktion eine von mehreren Möglichkeiten darstellt, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Vor dem Hintergrund

des vor 2008 stark gesunkenen und regelmäßig schwankenden Maniokpreises zeigte sich, dass besonders das Zusammenspiel verschiedener Einflüsse zur Abkehr von der Maniokproduktion führen kann. So ist es verlockend, die unsichere Maniokproduktion gegen einen Arbeitsplatz mit gesichertem Einkommen einzutauschen oder das Land für einen scheinbar guten Preis zu verkaufen. Dadurch wird deutlich, dass auch Faktoren abseits des Einflusses des Palmölsektors, wie die Maniokpreisdynamiken, durch das Aufkommen alternativer Produktions- und Einkommensmöglichkeiten, neue Bedeutung bekommen können. Dazu kommt, dass der infolge des Produktionseinbruches nach 2008 angestiegene Maniokmehlpriest nicht nur die unmittelbar an der Produktion beteiligte Bevölkerungsgruppe betrifft, sondern ebenso KonsumentInnen dieses Grundnahrungsmittels im urbanen Raum.

Conclusio

Die beschriebenen politischen Rahmenbedingungen, insbesondere das PPSPPO, das die Palmölproduktion in der Mikroregion reglementieren soll, machen die starke, regulative Präsenz des Staates deutlich. Durch die Gegenüberstellung mit der Implementierung vor Ort, zeigte die Feldforschung jedoch Umsetzungsschwierigkeiten der vorgesehenen Maßnahmen auf, vor allem betreffend Landfragen und Titulierungen sowie in Bezug auf die Integration von KleinbäuerInnen, die auf sehr vielen Ebenen, je nach Unternehmen, uneinheitlich umgesetzt wurde.

Die Reaktion im Rahmen des PPSPPO gewisse Regelungen für die Palmölproduktion einzuführen, sei in der „Idee sehr gut, aber es [die Palmölproduktion] bleibt eine Aktivität mit vielen Risiken [Übers. C.K.]“ (iv), kommentierte eine Juristin, die sich in der Staatsanwaltschaft einer Gemeinde mit den Unternehmensverantwortlichkeiten im Palmölsektor befasst. Denn sowohl in dem Landnutzungsmuster als auch in den sozialen Strukturen gliedert sich die Palmölproduktion in gegebene Strukturen und Dynamiken ein. Schon vor Palmöl diktierte die Aussicht auf finanzielle Förderungen und sicheres Einkommen die Anbauentscheidungen von KleinbäuerInnen. Dadurch resultiert die Komplexität der Implementierung angestrebter Verbesserungen in der Palmölproduktion, wie das PPSPPO sie anstrebt, aus dem Kontext, in den die Produktion eingebettet ist. Auch wenn das Programm genaue Maßnahmen vorschreibt, die

theoretisch negative Auswirkungen der Palmölproduktion abschwächen könnten, ist ein über den Palmölsektor hinausgehender Ansatz erforderlich, der Verbindungen mit anderen landwirtschaftlichen Sektoren und indirekte Verstrickungen mitdenkt. Wie ein Interviewpartner, Geografieprofessor der UFPA, formulierte, ist das Problem nicht das Palmöl an sich, das Problem ist systemischer Natur (vgl. Interview am 11.11.2015 in Belém). Auch wenn die Auswirkungen aufgrund der verhältnismäßig geringen Ausdehnung der Palmölproduktion geografisch limitiert sind, zeigen sie, dass das Auftauchen einer neuen, intensiv vorangetriebenen Kultur mehr als nur Veränderungen der landwirtschaftlichen Produktionsmuster mit sich bringen kann. Es werden gesellschaftliche Veränderungen hervorgerufen, die besonders in den untersuchten Gemeinden stark mit den räumlich-territorialen Veränderungen verwebt sind und als sozial-territoriale Rekonfigurierungen verstanden werden müssen.

Charlotte Kottusch ist Sozialökologin, im Vorstand von FIAN Österreich aktiv und interessiert sich für Fragen der Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität im Spannungsfeld gesellschaftlicher Naturverhältnisse sowie nachhaltige Ressourcennutzung und Palmölproduktion mit Schwerpunkt Brasilien. Institut für Soziale Ökologie, Alpen Adria Universität Klagenfurt.

Anmerkungen:

- (1) Die vorliegende Arbeit basiert auf der Masterarbeit „Die sozial-ökologischen Auswirkungen der Palmölproduktion in ländlichen Gemeinden. Eine regionale Materialflussanalyse in der Mikroregion Tomé-Açu, Brasilien“, die am Institut für Soziale Ökologie, Wien geschrieben wurde.
- (2) Die regionale Materialflussanalyse ist eine Version der nationalen Materialflussanalyse und basiert auf dem Konzept des sozio-ökonomischen oder industriellen Metabolismus (vgl. Fischer-Kowalski et al. 1997; Matthews et al. 2000), der die Wechselwirkungen zwischen den biophysischen Strukturen der Gesellschaft mit seiner natürlichen Umwelt beschreibt (vgl. Haberl et al. 2004).
- (3) Die Ergebnisse stammen aus eigenen Berechnungen der regionalen Materialflüsse mithilfe offizieller Statistiken (vgl. IBGE 2015).
- (4) Zur Wahrung der Anonymität der Interviewpartner, werden diese im Artikel nicht beim Namen genannt.

Originale Zitate:

- (i) „Instrumentos para garantir uma produção em bases ambientais e sociais sustentáveis.“ (MDA 2010: 2)
- (ii) „Do ponto de vista ecológica temos que ver, tem muitas inseticidas, pesticidas, mas para alguém nessa situação, que não tem escapatória o dende não pode ser totalmente demonizado. Sabemos que tem alternativas muito melhores que o dendê, só tem as políticas públicas que apoem essa cultura.“ (Interview am 30.11.2015 in Belém)
- (iii) „Os filhos, netos trabalham no terreno do pai, do avô, que já tá velinho, aposentado, mas aí mesmo que o pai, o avô não fazia muita coisa, mas os mais jovens trabalharam lá com eles. Quando começou a empresa de empregar aqui de 2008 e 2009 para frente, esse jovem passa a trabalhar e deixa de plantar manioca lá no terreno do velho, mesmo que ficou morando ainda com o velho, mas vai como empregado e aí os velhos poucos passam a produzir mais, estão aposentadas a maioria. E aí tem essa queda aí, é por isso que caiu.“ (Interview am 10.12. 2015 in Acará)
- (iv) „A ideia é muito boa, mas é uma atividade de muitos riscos.“ (Interview am 19.11.2015 in Belém)

Alonso-Fradejas, A./J. Liu/T. Salerno/Y. Xu (2015): *Inquiring into the political economy of oil palm as a global flex crop*. In: *The Journal of Peasant Studies* 43/1, 141–165.

Backhouse, M. (2013): *Palmölproduktion in Pará – Eine neue, grüne Landnahme? Fair Fuels?* Working Paper 6, Berlin.

Barona, E./N. Ramankutty/G. Hyman/O. T. Coomes (2010): *The role of pasture and soybean in deforestation of the Brazilian Amazon*. In: *Environmental Research Letters* 5/2, 1–9.

Barros, A. C/A. Veríssimo (2002): *A Expansão madeireira na Amazônia: Impactos e perspectivas para o desenvolvimento sustentável no Pará*. Belem: Imazon.

Biodieselbr (2010): „*Até eu vou querer plantar palma*“, diz o presidente Lula em Tomé-Açu. <http://www.biodieselbr.com/noticias/biodiesel/querer-plantar-palma-presidente-lula-tome-acu-060510.htm> (Zugriff: 02.11.2015).

Borras, S. M./J. C. Franco/S. R. Isakson/L. Levidow/P. Vestervest (2015): *The rise of flex crops and commodities: implications for research*. In: *The Journal of Peasant Studies* 43/1, 93–115.

Brabo Alves, R. N./C. E. Leite Cardoso (2008): *Sistemas e Custos de Produção de Manioca Desenvolvidos por Pequenos Agricultores Familiares do Município de Moju*. Revista Raízes e Amidos Tropicais (RAT), Belém, PA: Embrapa Amazônia Oriental. <http://irriga.fca.unesp.br/index.php/rat/article/view/1276/525> (Zugriff: 17.11.2016).

Brad, A./A. Schaffartzik/M. Pichler/C. Plank (2015): *Contested Territorialization and Biophysical Expansion of Oil Palm Plantations in Indonesia*. In: *Geoforum* 64, 100–111.

- Brandão, F./G. Schoneveld (2015): *The state of oil palm development in the Brazilian Amazon. Trends, value chain dynamics, and business models*. Center for International Forestry Research (CIFOR), Working Paper 198.
- Brito, B/D. Cardoso Jr. (2015): *Regularização Fundiária no Pará: Afinal, qual o problema?* Belem: Imazon.
- César, A. d. S./M. O. Batalha (2013): *Brazilian biodiesel: The case of the palm's social projects*. In: *Energy Policy* 56, 2013, 165–174.
- Coy, M./M. Klingler (2014): *Die sozial-ökologischen Kosten des Wachstums. Ein Bericht von der Pionierfront*. In: G. Drekonja-Kornat/U. Prutsch (Hg.): *Brasilien 2014. Aufbruch und Aufbruch*. Münster: Lit, 85–108.
- D'Agosto, M. de Almeida/Marcelino Aurélio Vieira da Silva/Cíntia Machado de Oliveira/L. S. Franca/Luiz Guilherme da Costa Marques/Aurélio Lamare Soares Murta/Marcos Aurelio Vasconcelos de Freitas (2015): *Evaluating the potential of the use of biodiesel for power generation in Brazil*. In: *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 43, 2015, 807–817.
- Delivand, M. K./E. Gnansounou (2013): *Life cycle environmental impacts of a prospective palm-based biorefinery in Pará State-Brazil*. In: *Bioresource technology* 150, 438–446.
- Englund, O./G. Berndes/U. Martin Persson/G. Sparovek (2015): *Oil palm for biodiesel in Brazil—risks and opportunities*. In: *Environmental Research Letters* 10/4, 1–10.
- EPE (2014): *Balanço Energético Nacional 2014*. <https://ben.epe.gov.br/BENRelatorioFinal.aspx?anoColeta=2014&anoFimColeta=2013> (Zugriff: 21.11.2016).
- FAO (2009): *Case studies on bioenergy policy and law: options for sustainability*. FAO Legislative Study 102. <http://www.fao.org/docrep/012/i1285e/i1285e00.pdf> (Zugriff: 17.11.2016).
- Fischer-Kowalski, M./H. Haberl (1997): *Stoffwechsel und Kolonisierung. Konzepte zur Beschreibung des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur*. In: M. Fischer-Kowalski/H. Haberl/W. Hüttler/H. Payer/H. Schandl/V. Winiwarter/H. Zangerl-Weisz (Hg.): *Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in Sozialer Ökologie*. Amsterdam: Gordon & Breach Fakultas, 3–12.
- Gerber, J.-F. (2011): *Conflicts over industrial tree plantations in the South. Who, how and why?* In: *Global Environmental Change* 21/1, 165–176.
- Governo Federal Brasil (2010): *Programa de Produção Sustentável da Palma no Brasil*. http://www.agricultura.gov.br/.../Palma_de_oleo/1_reuniao/Programa.pdf (Zugriff: 17.11.2016).
- Haberl, H./M. Fischer-Kowalski/F. Krausmann/H. Weisz/V. Winiwarter (2004): *Progress towards sustainability? What the conceptual framework of material and energy flow accounting (MEFA) can offer*. In: *Land Use Policy* 21/3, 199–213.
- Hunsberger, C./A. Alonso-Fradejas (2015): *The discursive flexibility of 'flex crops': comparing oil palm and jatropha*. In: *The Journal of Peasant Studies* 43/1, 225–250.
- IBGE (2015): *SIDRA. Produção Física Industrial, segundo as seções e atividades industriais - Brasil*. <http://www.sidra.ibge.gov.br/> (Zugriff: 02.12.2016).
- INPE (2014): *Projeto TerraClass 2012. Mapeamento do Uso e Cobertura da Terra na Amazonia Legal Brasileira*. http://INPE.br/noticias/arquivos/pdf/TERRACLASS_2012.pdf (Zugriff: 21.11.2016).
- Kaltner, F. J./G. F. Azevedo/I. A. Campos/A. O. Mundim (2005): *Liquid Biofuels for Transportation in Brazil. Potential and Implications for Sustainable Agriculture and Energy in the 21st Century*. <http://www.fbds.org.br/IMG/pdf/doc-116.pdf> (Zugriff: 17.11.2016).
- Matthews, E./C. Amann/S. Bringezu/M. Fischer-Kowalski/W. Hüttler/R. Kleijn/Y. Moriguchi/E. Rodenburg/D. Rogich/H. Schandl/H. Schütz/E. Van der Voet/H. Weisz (2000): *The Weight of Nations. Material Outflows from Industrial Economies*. World Resources Institute, Washington D.C.
- MDA (2010): *Programa de Produção Sustentável de Óleo de Palma no Brasil*. http://www.agricultura.gov.br/arq_editor/file/camaras_setoriais/Palma_de_oleo/1_reuniao/Programa.pdf (Zugriff: 16.06.2015).
- Monteiro, M. de Almeida (2014): *De campones a assalariado agrícola: impactos da expansão de dendê na Amazônia*. In: M. C. Bahia/D. M. Nascimento (Hg.): *Estado, Sistemas Produtivos e Populações Tradicionais*. Belém: NAEA, 221–242.
- Mota, D. M. d., E. M. d. Silva/H. Schmitz/L. N. Alves/M. d. S. G. Ferreira (2015): *Produção de cultura alimentares e dendê nos estabelecimentos familiares no nordeste paraense*. Seminário Internacional América Latina: políticas e conflitos contemporâneos - SIALAT/2015, Belém: UFPA.
- Nepstad, D. C./C. M. Stickler/O. T. Almeida (2006): *Globalization of the Amazon soy and beef industries: opportunities for conservation*. In: *Conservation biology: the journal of the Society for Conservation Biology* 20/6, 1595–1603.
- Rebello, F. K. (2012): *Da lenha ao óleo de Palma: a transformação da agricultura no Nordeste Paraense*. Doktorarbeit, Universidade Federal Rural da Amazônia e Embrapa Amazônia Oriental, Belém.
- Silva, E. P. d. (2015): *Agroestratégias e monocultivos de dendê: a transferência silenciosa das terras da reforma agrária para o grande capital na Amazônia paraense*. Masterarbeit, Universidade Federal do Pará, Belém.
- UNEP (2011): *Oil palm plantations: threats and opportunities for tropical ecosystems*. http://www.unep.org/pdf/Dec_11_Palm_Plantations.pdf (Zugriff: 17.11.2016).
- Villela, A. A./D. B. Jaccoud/L. P. Rosa/M. V. Freitas (2014): *Status and prospects of oil palm in the Brazilian Amazon*. In: *Biomass and Bioenergy* 67, 270–278.

ÖLSCHIEFER

Estlands ökologischer Rußabdruck

Von Tobias Mayr

Neunzig Prozent der Energie Estlands werden durch die Verbrennung von Ölschiefer gewonnen. Dadurch hat sich der kleinste der drei baltischen Staaten zum weltweiten Vorreiter in Sachen Ölschiefertechnologien gemacht und gleichzeitig sicherheitspolitische Langzeitziele erreicht – zum Schaden der Umwelt. 1991 erlangten die baltischen Staaten ihre Unabhängigkeiten wieder, doch mehr als 45 Jahre sowjetische Integrationspolitik hatten deutliche Spuren hinterlassen. „Ölschiefer in Estland, muss deshalb immer im Kontext einer breiten Transformation weg von der ehemaligen Sowjetunion gesehen werden“, erklärt Matthew Crandall, Politikwissenschaftler an der Universität Tallinn im Interview (1). Der Versuch sich von Russland zu lösen war kein leichter und er dauert vor allem bis heute an. Besonders in der Energieinfrastruktur stand die junge estnische Regierung der 1990er-Jahre vor großen Herausforderungen, da die Energieträger (zum Großteil Gas) fast gänzlich über die bestehenden Pipelines aus Russland geliefert wurden. Weil sich Erdgas effizient nur über Leitungen transportieren lässt, wäre eine auf Gas basierende Energiepolitik auf das bestehende Pipelinesystem angewiesen und damit weiterhin von Moskau abhängig gewesen. Was Estland gebraucht hätte, wäre ein neues, nach Westen orientiertes Pipelinesystem gewesen, doch das war zu teuer. Daran hat sich auch 25 Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion nichts geändert. Auch heute noch fließt Gas aus Lettland nur durch die zentrale sowjetische Verteilungsstelle St. Petersburg nach Estland, beschreibt Crandall im Interview. Für die estnische Republik war es daher wichtig, ihre Energiepolitik grundlegend neu zu gestalten. Es begann die Ära eines Rohstoffes, den man eigentlich schon tot geglaubt hatte: Ölschiefer.

Ölschiefer ist ein Sedimentgestein, in das organisches Material eingeschlossen ist. Damit es entsteht, braucht es wie bei anderen fossilen Energieträgern große Mengen organisches Material und, hervorgerufen durch anaerobe Bedingungen (Sauerstoffausschluss), ein Ausbleiben des Zersetzungsprozesses. Die besten Bedingungen für die Entstehung

herrschen in Gegenden, die vor Millionen von Jahren von Seen, Mooren oder Meerwasser-Reservoirs bedeckt waren. Diese einst günstigen Bedingungen spiegeln sich heute in den großen Reserven in den USA (72 % der globalen Vorkommen), Brasilien (5,4 %) und Jordanien (4,2 %) wider (vgl. Konist 2013: 13). Estland liegt mit 16,3 Milliarden Barrel Vorkommen auf Platz 8 des globalen Rankings (vgl. Enefit 2016). Hier sind 3.000 km² größtenteils unbesiedeltes Land von Ölschiefervorkommen bedeckt, das entspricht in etwa 6,6 Prozent der Landesfläche. In den letzten hundert Jahren wurden dort eine Milliarde Tonnen des Rohstoffes abgebaut. Laut Angaben der größten estnischen Energiefirma Eesti Energia sind noch weitere ein bis zwei Milliarden Tonnen förderbar (vgl. Eesti Energia 2016a). Derzeit werden jährlich 15 Millionen Tonnen Ölschiefer verarbeitet. Im Vergleich zu den Hochzeiten der frühen 1980er-Jahre, als fast doppelt so viel Ölschiefer gefördert wurde, ist das aber wenig (vgl. Konist 2013: 15).

Plötzliches Revival

Damals war der Ölschiefermarkt auf den Export in andere Sowjetrepubliken ausgelegt. Im Zuge der Auflösung der Sowjetunion brachen diese Abnehmer weg, was die Industrie nicht überlebte. Minen wurden stillgelegt, Kraftwerke gedrosselt und Mitte der 1990er-Jahre fand die estnische Ölschieferförderung ihr vorläufiges Ende.

Doch als die Preise für Rohöl in den Jahren 2004–2008 stark zu steigen begannen, wurde die Extraktion von Öl aus dem Schiefergestein wieder lukrativ. Vereinfacht gesprochen, wird dabei unter hohem Druck das Öl aus dem Stein gepresst. Der Prozess ist zwar arbeitsaufwändig und kostenintensiv, lohnte sich aber auf dem globalen Markt plötzlich wieder. Denn besonders für Schiffstreibstoff eignet sich das Schieferöl gut und weil gleichzeitig zum Anstieg der Ölpreise auch der Schiffsverkehr auf der Ostsee zunahm, fand das estnische Schieferöl regen Absatz (vgl. Helcom



Abb. 1: Ölschieferförderung im Tagebau nahe der ost-estnischen Stadt Narva. Foto: Tobias Mayr

2010: 8). Mit der neuen Nachfrage erlebte auch ein zweiter Verarbeitungsprozess einen Aufschwung. Viel einfacher als Schieferöl für Treibstoffe zu extrahieren ist es nämlich, das Gestein pulverisiert zu verbrennen um so Elektrizität zu erzeugen. Im Zuge der ansteigenden Rohstoffpreise war auch das im Vergleich plötzlich günstiger als die Energie aus Gaskraftwerken. Gleichzeitig stärkten politische Konflikte mit Russland den Glauben Estlands in die neue, alte Ressource. Uneinigkeiten zwischen den baltischen Staaten und der Russischen Föderation führten 2003 zu einem Versorgungsstopp für Lettlands Energieversorger Ventspils Nafta und im Juli 2006 für Litauens Mazeikiu Nafta, der größten Ölraffinerie in Zentral- und Osteuropa (vgl. Baran 2007: 132f.). Obwohl Russland gegenüber Estland zwar ein stabiler und verlässlicher Energielieferant war, wurden die Vorkommnisse in den Nachbarstaaten in Tallinn mit zunehmender Sorge wahrgenommen. Die eigene Abhängigkeit von Russland war den estnischen EntscheidungsträgerInnen schon seit Beginn unangenehm, so entschloss man sich auch aus politischen Gründen in den günstigen, heimischen Ölschiefer zu investieren. Alternative Energieformen wären zwar angedacht worden, waren aber nicht Teil eines ernsthaften

Diskurses, sagt Crandall. Estlands Energieverbrauch ist zu klein für Nuklearenergie. Zudem hat das Land nicht die Kapazitäten mit atomarem Müll und Urananreicherung umzugehen. „Es wäre damit wiederum abhängig von Russland gewesen“, so Crandall. Das erklärt, dass abseits von Ölschiefer noch am ehesten in Windenergie investiert wird. Der ökologische Gedanke steht hier aber im Hintergrund, denn wichtiger ist die politische Unabhängigkeit. Estlands Energiepolitik wird seit 1991 maßgeblich von Security-Themen geprägt, daran hat sich bis heute kaum etwas geändert (vgl. Interview Crandall).

Günstig aber schmutzig

Windparks findet man heute dennoch spärlich an der Küste Estlands. Denn die Ölschiefertechnologie ist wirtschaftlich wie politisch nach wie vor zu lukrativ. Die hundertjährige Geschichte des Abbaus stellt eine funktionierende Infrastruktur bereit und das fünf Milliarden Tonnen große Vorkommen wird nicht so schnell aufgebraucht sein (vgl. Konist 2013: 16). Wenn der Abbau konstant bei 15 Millionen

Tonnen jährlich bleibt, würde Estland für die nächsten 333 Jahre genug Rohstoff zur Verfügung stehen. Nur leider ist es eine ebenso praktische wie auch schmutzige Energie. Bei der Verbrennung entstehen höhere Kohlenstoffdioxid-Abgase als das bei einer Verbrennung von herkömmlichen fossilen Energieträgern, sogar höher als bei Kohle (vgl. ebd.: 7). Estlands Pro-Kopf-Emissionen sind höher als die Russlands oder Deutschlands und doppelt so hoch wie die von Österreich oder Großbritannien (vgl. World Bank 2013). Besonders schädlich sind zudem SO_2 - und NO_x -Gase in den Verbrennungsemissionen – sie verursachen den sogenannten ‚sauren Regen‘. Zwar rüstet Estlands größte Energiefirma Eesti Energia, die mehr als drei Viertel des Ölschiefers abbaut und verarbeitet, Filteranlagen nach, dennoch erreichten die CO_2 -Emissionswerte weiterhin Spitzenwerte per Kilowattstunde, kritisiert Greenpeace Finnland (vgl. Harkonen 2013). Immerhin, in den neueren Anlagen, die seit 2000 gebaut werden, wird fast 100 Prozent des SO_2 durch Calcium als Calciumsulfat in der Asche gebunden. Hier entweicht kein SO_2 mehr in die Atmosphäre und auch die CO_2 -Bilanz ist etwas besser. Diese neueren Kraftwerke haben derzeit aber nur einen Anteil von 25 Prozent auf dem

estnischen Energiemarkt (vgl. Konist 2013: 26). Durch die Absorption von SO_2 in der Asche sind notwendigerweise noch keine Umweltprobleme gelöst. Ölschiefer verbrennt nur zur Hälfte, so bleiben 45–50 Prozent des Materials als Asche und Schlacke zurück. Mangels Alternativen wird der Großteil der Verbrennungsreste mit Wasser gebunden und auf Aschefeldern und -bergen verteilt. Tõnis Meriste, Umweltbeauftragter von Eesti Energia betont, dass die Ölschieferasche durchaus recycelt werden kann (2). Durch die zementähnliche Härtefähigkeit könne man sie problemlos im Straßenbau einsetzen. Doch in der Realität sprechen die Zahlen für sich: Fünf bis sieben Millionen Tonnen Asche entstehen jedes Jahr, davon enden mehr als 90 Prozent auf den Ascheendlagerstätten neben den Ölschieferkraftwerken. Zudem beschränken die bei der Verbrennung absorbierten Calciumsulfate den Einsatz der Asche im Baugewerbe. In den letzten 65 Jahren wurden so 280 Millionen Tonnen Asche ohne Wiederverwertungszweck deponiert (vgl. ebd.: 17, 21). Die Ascheberge stechen in der sonst flachen Landschaft Estlands stark hervor. Unmittelbar umwelt- und gesundheitsgefährdend sind sie jedoch nicht. Jedenfalls nicht so lange kein Wasser aus den Aschefeldern austritt oder das



Abb. 2: *Imposante Erscheinungen in der flachen Landschaft Estlands: Ascheberge.* Foto: Tobias May.

Grundwasser mit der Asche in Kontakt kommt. Im Ölschiefer ist nämlich auch ein hoher Anteil an Kalkstein. Während der Verbrennung wird dieser durch die Hitze aufgebrochen und es entsteht Calciumoxid. Dieses reagiert wiederum mit dem Wasser in den Deponien und erhöht dessen pH-Wert, das Wasser wird also alkalisch. „Obwohl die Aschefelder vielleicht etwas beängstigend und groß aussehen, sind sie immer noch so sicher, wie eine Industrieanlage nur sein kann“, versichert Meriste. Jahrzehntelange Erfahrung und hoch technologisierte Grundwasserüberwachung würden es möglich machen Lecks, aus denen alkalisches Wasser austritt, sofort zu erkennen. Auf Nachfrage gesteht man bei Eesti Energia aber auch ein, dass es „den ein oder anderen Vorfall“ in der Vergangenheit gegeben habe, so Meriste.

Hoch technologisiert ist die Ölschiefertechnologie aber ohne jeden Zweifel. Es wird laufend in moderne Technik investiert, die „sauberer, aber noch lange nicht sauber“ ist, unterstreicht Crandall. Die neue Kraftwerkgeneration von Eesti Energia besitzt nun das entscheidende Feature, mit dem der Ausstoß an fossilem CO₂ drastisch gesenkt werden könnte: Bis zu 50 Prozent des Brennmaterials kann in den neuen Boilern substituiert werden, zum Beispiel durch Biomasse. Der Rohstoff Biomasse ist in Estland großflächig vorhanden, so sind beispielsweise 50 Prozent der Landesfläche von Wald bedeckt. Bereits jetzt ist ein Viertel der estnischen Kraftwerke mit dieser Technologie ausgerüstet. Das Potential bleibt aber dennoch ungenutzt. Bei Eesti Energia gibt man zu, dass man nahezu keinen Ölschiefer durch Biomasse substituiert. Biomasse sei einfach zu teuer, sagt Meriste und sieht die Fehler in der Politik und nicht bei Eesti Energia. Gerade gäbe es zu wenig finanzielle Unterstützung von nationaler und europäischer Ebene, heißt es vom Konzern, der sich selbst bis 2020 als größten erneuerbaren Energieproduzenten der Region sieht. „Derzeit hängt alles von der Marktsituation und vom Staat ab“, so Meriste, „technisch wäre es möglich, aber es braucht zusätzliche politische Maßnahmen.“ Diese lägen nicht in den Kompetenzen der Firma, so der Umweltbeauftragte.

Europäische Energieintegrität und stärkere Diversifizierung

Bisher sind es wohl nur vorsichtige 10–15 Prozent, die Ökostrom (vornehmlich aus Windenergie) in den estnischen Stromleitungen ausmacht. Crandall rechnet damit,

dass sich Estland aufgrund der ökologischen Probleme bald mehr um die Ressource Wind kümmern muss. Grundsätzlich wird das Land auch vom Gedanken wegkommen, man müsse alles selbst produzieren. Viel mehr wird man darauf bauen die Energieintegrität mit „freundlichen Nachbarn“, also den skandinavischen und den anderen baltischen Ländern, zu vertiefen. Zwischen Estland und Finnland gibt es bereits jetzt die beiden Unterseekabel Estlink 1 und 2. Außerdem sieht Crandall auch den Ausbau von Gaspipelines zwischen den baltischen Staaten und Finnland kommen. Damit hätte man endlich ein ‚eigenes‘ Gassystem geschaffen, von dem Russland sowohl infrastrukturell als auch binnenmarkttechnisch ausgeschlossen wäre.

Die Vertreter der estnischen Ölschieferindustrie werden eine solche Entwicklung jedenfalls mit Sorge betrachten. Denn seit die Ölpreise 2014 nach unten gegangen sind, steht die Industrie sowieso wieder auf wackeligeren Beinen. Insbesondere der Schieferöl-Wirtschaftszweig wäre auf lange Sicht nicht mehr rentabel, würden die Preise stagnieren. Darüber hinaus entfachen die ehrgeizigen EU-Klimaziele, die die Treibhausgasemissionen um 80–95 Prozent des Niveaus von 1990 senken wollen, Angst in der Wirtschaftssparte. Es wird erwartet, dass die Preise für Emissionszertifikate pro Tonne CO₂ von 12–15 Euro (2015) auf 100 Euro (2050) ansteigen werden (vgl. Kallemets 2016: 278). Da der estnische Staat auf diese Entscheidungen kaum Einflussmöglichkeiten hat, erwartet man sich dafür flexiblere Steuern und geringere Emissionsgebühren auf nationaler Ebene. Gerade hier fürchten sich die VertreterInnen der Ölschieferwirtschaft vor dem Staat: Strategiewechsel in der Energiepolitik sehen sie als größten Risikofaktor für die Industrie. Ein Richtungswechsel hin zu mehr Quellendiversifizierung und Energieintegrität, wie ihn Crandall kommen sieht, würde den fossilen Brennstoff langfristig verdrängen (vgl. ebd.: 281, 297).

Solche Szenarien sind derzeit aber noch Zukunftsmusik. Etwa 90 Prozent der estnischen Energie werden durch Ölschiefer erzeugt und jährlich immer größere Mengen Elektrizität nach Lettland und Finnland exportiert. Genauso geht Schieferöl als Schiffstreibstoff an Länder rund um die baltische See. Mehr als 7.000 MitarbeiterInnen erwirtschaften jährlich einen Gesamtumsatz von einer Milliarde Euro (vgl. ebd.: 273). In ruralen Gebieten ist der Ölschieferabbau üblicherweise der einzige Arbeitgeber weit und breit. Das estnische Know-How wird international geschätzt und Tochterfirmen von Eesti Energia,

genannt Enefit, arbeiten daran Ölschiefer in den USA und in Jordanien nutzbar zu machen. Und daran liegt es wohl auch, dass es kaum zivilen Widerstand gegen das schmutzige Geschäft gibt: Auf das internationale Alleinstellungsmerkmal ist man in dem kleinen Ostseestaat sehr stolz. In den USA gibt es große BürgerInnenbewegungen wie die Utah Tar Sands Resistance, die gegen die Ölschieferunternehmungen mobilisieren; in Australien scheiterte der Ölschieferabbau 2004 sogar komplett am Protest von Umweltschutzorganisationen und EinwohnerInnen. Davon ist in Estland nichts zu spüren. Das heißt nicht, dass sich die Bevölkerung des dreckigen ökologischen Fußabdrucks ihres Landes nicht bewusst wäre, doch der Rohstoff ist eng mit der wechselhaften Geschichte Estlands und seiner BewohnerInnen verschlungen. Die Ölschieferindustrie ist nicht nur der wichtigste und größte Arbeitgeberin des Landes, ihr ist auch die energetische und symbolträchtige Unabhängigkeit von Russland zu verdanken. Gleichzeitig wird estnische Ölschieferexpertise international teuer gehandelt. Beides ist für den kleinen Staat mit seinen 1,3 Millionen EinwohnerInnen derzeit überlebenswichtig. Die Frage ist aber, was das für die energiepolitische Zukunft Estlands bedeutet, und ob der Rußabdruck, den das Land bislang hinterlässt, irgendwann ein nachhaltiger werden kann.

Tobias Mayr arbeitet für die Stiftung Energie und Klimaschutz Baden-Württemberg und studierte von August 2015 bis Juli 2016 an der Universität Tallinn Politikwissenschaft.

Anmerkungen:

- (1) Interview mit Matthew Crandall am 27.05.2016 in Tallinn (Estonia's energy strategy regarding energy security).
- (2) Interview mit Tõnis Meriste am 13.06.2016 in Jõhvi (Oilshale mining and production at Eesti Energia).

Baran, Zeyno (2007): *EU Energy Security. Time to End Russian Leverage*. In: *The Washington Quarterly* 30/4, 131–144.

Eesti Energia (2016 a): *Oilshale in Estonia*. <https://www.energia.ee/en/polevkivi> (Zugriff: 28.10.2016).

Eesti Energia (2016 b): *History*. In: *100 Years of Oil Shale Mining*. <https://www.energia.ee/en/polevkivi-100/ajalugu> (Zugriff: 28.10.2016).

Enefit (2016): *Oil Shale*. <http://enefitutah.com/project/what-is-oil-shale/> (Zugriff: 28.10.2016).

AP Television (31.07.2015): *Interview with Jehki Harkonen, Greenpeace Spokesman*. In: *Estonia taps into global oil shale market*, AP Television, 26.03.2013. <https://www.youtube.com/watch?v=ViZSi-3QPnAI> (Zugriff: 29.10.2016); 02:54–03:21.

Helcom (2010): *Maritime Activities in the Baltic Sea – An integrated thematic assessment on maritime activities and response to pollution at sea in the Baltic Sea Region*. Baltic Sea Environment Proceedings 123. <http://www.helcom.fi/lists/publications/bsep123.pdf> (Zugriff: 13.11.2016).

Kallemets, Kalev (2016): *Economic Sustainability of Estonian Shale Oil Industry Until 2030*. In: *Oil Shale* 33/3, 272–289.

Konist, Allar (2013): *Environmental Aspects of Oil Shale Power Production*. Doctoral Thesis on Mechanical Engineering. Tallinn University of Technology, Tallinn: TUT Press.

World Bank (2013): *CO2 emissions (metric tons per capita)*. http://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.PC?year_high_desc=false (Zugriff: 29.10.2016).

Sowa Rigpa

Interview mit Stephan Kloos

Sowa Rigpa, die traditionelle Medizin Tibets, wird in allen vom tibetischen Buddhismus beeinflussten Gegenden Asiens praktiziert. Sowa Rigpa nimmt dabei vielfältige Funktionen ein: als traditionelle Medizin in Verbindung mit der tibetischen Philosophie und Ethik für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen zu sorgen; als wichtiges Symbol einer tibetischen kulturellen und nationalen Identität; und als zunehmend wichtiger Wirtschaftsfaktor. Aufgrund der gesteigerten Nachfrage in Indien und China spielen zunehmend wirtschaftliche Interessen in der pharmazeutischen Produktion tibetischer Arzneimittel eine Rolle, die besonders das Interesse chinesischer Investoren wecken. Die Inwertsetzung des kulturellen Erbes im industriellen Maßstab wirft zahlreiche Fragen auf, die die Machtverhältnisse zwischen den involvierten Gruppen betreffen. Wir haben mit Stephan Kloos, dem Leiter des vom europäischen Forschungsrates (ERC) finanzierten Projekts Reassembling Tibetan Medicine RATIMED am Institut für Sozialanthropologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, über seine Forschung zur entstehenden Sowa-Rigpa-Industrie und die Konstruktion der tibetischen Nation gesprochen.

Womit beschäftigt sich das Forschungsprojekt Ratimed?

Das Forschungsprojekt RATIMED beschäftigt sich mit der gerade in der Entstehung befindlichen Sowa-Rigpa-Industrie. Sowa Rigpa ist besser unter dem Namen tibetische Medizin bekannt, aber da diese Medizin auch von anderen Gruppen als den Tibetern praktiziert wird, ist Sowa Rigpa ein Überbegriff, den alle akzeptieren können. Zum Beispiel wird Sowa Rigpa auch von vielen Himalayabewohnern wie den Bhutanesen, Sherpa oder Ladakhi, aber auch den Mongolen und Burjaten praktiziert. Bis vor kurzem war Sowa Rigpa in Innerasien und dem Himalaya weit verbreitet, aber relativ klein: meist in Klöstern oder von Dorfärzten praktiziert, und es gab auch ein paar Medizininstitute zur Ausbildung, aber im Vergleich zu traditioneller chinesischer Medizin (TCM) oder Ayurveda, passierte das alles in sehr kleinem Maßstab. In den letzten zwanzig Jahren hat sich jedoch eine florierende pharmazeutische Industrie daraus entwickelt, die ein neues transnationales Phänomen darstellt, über das wir allerdings so gut wie nichts wissen.

Diese Industrie ist allerdings erst im Aufbau begriffen, und es ist noch nicht absehbar, ob und wie sie sich etablieren wird, auch wenn deren Produkte bereits von Millionen von Menschen nicht nur in Asien, sondern auf der ganzen Welt konsumiert werden. In unserem Projekt, das von der EU finanziert wird, sind wir in der glücklichen Lage, genug Budget zu haben, um das erforschen zu können. Wir sind ein Team von vier internationalen und interdisziplinären ForscherInnen, und haben knapp 1,5 Millionen Euro für fünf Jahre zur Verfügung. Wir sind also die ersten, die diese sich entwickelnde Industrie als Gesamtphänomen erforschen können. Es gab schon Forschungen zu Teilaspekten oder auf nationaler Ebene. Es gab auch ein zwei Bücher und Artikel darüber, aber es als transnationales, zusammenhängendes Phänomen zu betrachten, da sind wir die ersten.

Welche Rolle spielt Sowa Rigpa für die tibetische Kultur?

Eine sehr große. Es gibt fünf große und fünf kleine klassische tibetische Wissenschaften. Sowa Rigpa gehört neben der buddhistischen Philosophie zu den großen. Das heißt, die traditionelle Medizin hat immer schon einen großen Stellenwert im tibetischen Geistesleben gehabt. Tibetische Ärzte haben innerhalb der tibetischen Gesellschaft einen sehr hohen Status. Seit der Besetzung Tibets durch China 1959, und der teilweisen Abwanderung der tibetischen Gesellschaft ins Exil nach Indien, hat Sowa Rigpa eine besondere Rolle für die tibetische Identität angenommen. Tibetische Medizin und tibetischer Buddhismus sind sozusagen zwei verbindende Zivilisationsmerkmale der Tibeter, woran die tibetische kulturelle und nationale Identität besonders stark festgemacht und womit sie sehr gut transportiert werden kann. Nach außen, also der Welt gegenüber, kann man so die Größe und das Genie der tibetischen Kultur repräsentieren. Auch nach innen, also innerhalb der tibetischen Gesellschaft, ist die tibetische Medizin ein sehr starker Träger von Werten und der kulturellen Identität, welche besonders durch die Bemühungen des 14. Dalai Lama eng mit der tibetisch-buddhistischen Ethik des Altruismus, des Mitgefühls und der Selbstlosigkeit verknüpft ist. Vor den 1950er-Jahren gab es ja keinen modernen Nationalismus in Tibet, dieser entwickelte sich erst

im Zuge der Annexion durch China, und dann mit den Bemühungen im Exil, eine einheitliche nationale Identität zu schaffen. Diese Identität musste ortsunabhängig sein, um die drei Regionen Tibets - Zentraltibet, Kham und Amdo – einzuschließen und auch in der Diaspora zu funktionieren, und diese Aufgaben erfüllte eben die buddhistische Ethik. Die tibetische Philosophie und die tibetische Medizin sind besonders gute Vehikel, diese nationale Identität auch erfahrbar zu machen und zwar, weil diese Ethik auch in der tibetischen Medizin mitspielt. Wenn man die Ärzte fragt, was die tibetische Medizin zu etwas Besonderem und so wirksam macht, dann sagen alle: die Ethik. Natürlich sind die Kräuterpillen in erster Linie wegen ihrer Inhaltsstoffe wirksam, aber auch diese unmittelbare Wirksamkeit wird letztendlich auf die Ethik zurückgeführt. Dadurch dass die Pillen tatsächlich spürbare körperliche Wirkung haben, die dann mit dieser Ethik und somit der nationalen Identität verknüpft wird, bleibt die tibetische Kultur und Nation relevant und erfahrbar für die Menschen.

Inwiefern verträgt sich diese Ethik mit der Herausforderung einer steigenden Nachfrage und einer Massenproduktion?

Das ist für viele Ärzte ein Dilemma. Die eigentliche Motivation im Kapitalismus – nach Marx sogar dessen Grundformel – ist die Produktion von Mehrwert, also Profit. Genau diese Motivation ist für die Tibeter allerdings das Problem. Während es per se nicht schlecht ist, Profite zu machen, sollte das auf keinen Fall die Intention sein, warum man Medizin praktiziert. Tibetische Ärzte lösen das, indem sie sagen, „Wir müssen wachsen und wollen weiter expandieren, um mehr Menschen versorgen zu können, und dazu benötigen wir Geld. Wir machen also Profite nicht aus Geldgier, sondern um anderen besser helfen zu können.“ Das ist auch die Linie des Dalai Lama, und so werden Profite moralisch und sozial legitimiert. Es ist sozusagen ein ethisch-moralisches Projekt, um der ganzen Welt zu helfen, wobei der Kapitalismus einer tibetisch-buddhistischen Moralvorstellung untergeordnet wird.

Was gibt es noch für widersprüchliche Intentionen, welche Akteure*innen spielen bei der Implementierung von Sowa Rigpa in einen größeren Pharmahandel eine Rolle?

Die Ärzte selbst natürlich. Es wird per se keine Werbung betrieben, hauptsächlich Mundpropaganda von Patienten die wirklich geheilt wurden. Aber damit Sowa Rigpa als

Industrie funktionieren kann, braucht es staatliche Anerkennung, es darf nicht illegal sein oder bleiben. In China war Sowa Rigpa schon länger als Minderheiten-Medizin anerkannt, und auch in Bhutan ist Sowa Rigpa schon länger Teil des öffentlichen Gesundheitswesens. In der Mongolei wurde die „Traditionelle Mongolische Medizin“ (Sowa Rigpa) seit der Revolution 1990 in das staatliche Gesundheitswesen integriert, und in Indien seit Sowa Rigpas Anerkennung 2010. In Nepal und in den buddhistischen Teilen Sibiriens ist es noch nicht anerkannt, obwohl es in beiden Ländern Bemühungen gibt. Für diese offizielle Anerkennung benötigt es natürlich Politiker und Lobbyisten, die dann versuchen die Entscheidungsträger davon zu überzeugen, dass es auch in deren Interesse ist. Das ist dann natürlich umso leichter, wenn klar wird, dass das eine profitträchtige Angelegenheit ist. Das heißt die Industrie im Hintergrund ist umso attraktiver, wenn einerseits Geschäftsmöglichkeiten eröffnet werden, andererseits natürlich um Steuern einheben zu können und das Ganze ins Gesundheitssystem zu integrieren. Aber es hat auch die politische Funktion, dass in allen vier Ländern Asiens in denen Sowa Rigpa staatlich anerkannt ist, es als nationales kulturelles Erbe reklamiert wird, obwohl dessen Ursprünge natürlich tibetisch sind. So behaupten etwa die Inder, dass Sowa Rigpa „indisch“ ist, die Chinesen sagen, es ist „chinesisch“, die Mongolen, dass es sich um „mongolische Medizin“ handelt, und so weiter.

Was tun die Tibeter*innen um Sowa Rigpa für sich zu beanspruchen?

Je profitabler Sowa Rigpa wird, desto größer ist natürlich das Interesse für andere Gruppen, es sich anzueignen. Die Tibeter sind in einer schwierigen Position, weil sie keinen eigenen Staat haben. In China sind sie eine diskriminierte Minorität, in Indien meist nicht einmal Staatsbürger. Auch in der Mongolei und in Butan haben sie wenig Einfluss. Andererseits sind die Tibeter nach wie vor diejenigen, die die meiste Expertise in dieser Medizin haben, weshalb alle anderen mehr oder weniger auf sie angewiesen sind. Die tibetische Medizin muss in Hochschulen studiert werden, und bis vor Kurzem gab es das Studium nur auf Tibetisch und in der Mongolei auf Mongolisch. Das sind Fünf-Jahres-Programme, wie bei uns das Medizinstudium, plus einem sechsten Praxisjahr. Erst dann ist man berechtigt und qualifiziert zu praktizieren, nicht aber für die pharmazeutische Herstellung, was eine eigene Spezialqualifikation

benötigt. Dafür ist neben theoretischem Wissen auch viel praktische Erfahrung und Knowhow nötig, welches nur an wenige weitergegeben wird. Für Nichttibeter ist es daher fast unmöglich, dies zu erlernen. Das war bis jetzt die Strategie der Tibeter, ihr Wissen für sich zu behalten.

Wenn die Produktion und der Zugang zum Wissen darum so schwierig ist, wie wollen sie dann am Weltmarkt mithalten?

Das ist tatsächlich ein Hindernis für das Wachstum dieser Industrie. Vor allem in Indien kann ich das gut beobachten. Da ist die Nachfrage sicher doppelt so groß wie das Angebot. Es gibt genug Raum für mehr praktische Ärzte und vor allem für die, die die Medizin herstellen. Die Produzenten sind gestresst und produzieren so viel wie möglich, aber es ist nicht genug. Viele werden alt und müssen aufhören, und es kommen nur wenige Junge nach.

Das heißt, die gestiegene Nachfrage verändert die Struktur und Art der Produktion?

Die Medizin wurde früher mit der Hand hergestellt, jetzt oft mit Maschinen. Es wird in Massenproduktion immer mehr hergestellt.

Gibt es genügend natürliche Ressourcen für eine Massenproduktion?

Nein, gibt es nicht. Nicht einmal nur für Indien. Absehbare aktuelle Folgen in einem größeren Kontext sind, dass durch das Wachstum natürlich der Bedarf an Rohmaterialien steigt und der Großteil sind kultivierbare Pflanzen. Aber ein gewisser Prozentsatz sind Bergkräuter aus dem Himalaya und aus Tibet, die nicht kultiviert werden können. Das heißt sie werden wild gepflückt, und das kann zu einem Raubbau an der Natur führen, wenn nicht mehr genug Zeit bleibt, dass sie nachwachsen können. Das ist ein Umweltproblem, für das aber in erster Linie nicht Sowa Rigpa, sondern die wachsende Ayurveda-Industrie verantwortlich ist. Da gibt es zum Beispiel in Indien einen Big Player, Patanjali, der alles an Rohmaterialien aufkauft. Für die anderen bleibt nichts übrig und das treibt die Preise in die Höhe. Die Umweltschutzgesetze werden allerdings in China und Indien immer strenger angewandt. Die Behörden schauen genauer darauf, besonders wenn es über Grenzen hinweg geht. Der Gesetzgeber unterbindet das oft. Das sieht man am Beispiel von Rhododendronblüten sehr gut. Von denen gibt es mehr als genug, aber es ist jetzt

in manchen Gegenden wie zum Beispiel dem umweltfreundlichen nordostindischen Bundesstaat Sikkim verboten, die Blüten zu pflücken, und durch die Knappheit steigt wiederum der Preis.

Welche politischen Veränderungen gibt es für Tibet durch die staatliche Anerkennung von Sowa Rigpa in China und Indien?

Wirtschaftlich gesehen hat die staatliche Anerkennung Sowa Rigpa längerfristige Auswirkungen. Sowa Rigpa ist ein unproblematischer, weil potentiell unpolitischer, Teil der tibetischen Kultur. Das heißt, die chinesische Regierung kann es offiziell unterstützen und sich das dann an die Fahnen heften und sagen: „Wir unterstützen die tibetische Kultur“. Deswegen konnte sich diese Industrie überhaupt erst entwickeln. Wenn man den Weltmarkt an Sowa-Rigpa-Pharmazeutika hernimmt, sieht man, dass 99 Prozent der Produktion in China stattfindet. Im Moment ist es jedoch so, dass die Exilgemeinschaft in Indien international stärker vernetzt ist, weil sie keinen politischen Restriktionen von Seiten der indischen Regierung unterworfen ist. Die Ärzte können reisen wie sie wollen. Das heißt die meisten Tibeter, die woanders auf der Welt Medizin praktizieren, sind Exiltibeter aus Indien.

Doch wenn Sowa Rigpa erst einmal über den tibetischen Einflussbereich hinaus anerkannt ist und es dann offiziell möglich ist, tibetische Medizin zu exportieren, dann werden die Produzenten aus China alleine schon wegen deren Größe am meisten davon profitieren. Das ist natürlich ein gutes Geschäft für China, welches dementsprechend große Anstrengungen zur internationalen Anerkennung Sowa Rigpas unternimmt.

*Geführt von Mara Colnago am 28.10.2016 in Wien, unter Mitarbeit von Melanie Konrad.

Für weitere Informationen zu Stephan Kloos und dem ERC-Projekt RATIMED siehe www.ratimed.net

„LAND GRABBING“ & SEINE LANGZEIT-AUSWIRKUNGEN AUF EUROPA ANGESICHTS DER „FLÜCHTLINGSKRISE“

Amin Elfeshawi

In Zeiten der Globalisierung lassen sich Transformationen in vielen Bereichen ausmachen, etwa auch in der Reproduktion von Ressourcen, die das menschliche Leben wesentlich prägen. Vor allem ist dem Sektor der Landwirtschaft anzumerken, dass sich neoliberale Ansätze breit gemacht haben. So veränderten sich in den letzten Jahrzehnten die Besitzverhältnisse von Agrarböden, weil insbesondere internationale Unternehmen, aber auch Regierungen und andere Organisationen, in der Landwirtschaft ein lukratives Geschäft sehen und dies eine Profitorientierung mit sich bringt.

Das Streben nach Gewinn ist aus vielerlei Hinsicht etwas, das sich mehrheitlich auf Staaten und AkteurInnen der Nordhalbkugel bezieht (vgl. GRAIN 2014: 14). Die Ausbeutung von Landwirtschaftsflächen in ärmeren Ländern Asiens, Afrikas und Südamerikas basiert auf Interessen der Nahrungssicherung, der Herstellung von Biokraftstoff und einer Preisspekulation. „Land Grabbing“ hat keine einheitliche Definition, meint aber die Landnahme, den kommerziellen Druck auf Land, großflächige Landkäufe und -pachten, die in den meisten Fällen auf ausländische AkteurInnen zurückgehen (vgl. Kress 2012: 21). Ein ausschlaggebendes Moment für das Land Grabbing des 21. Jahrhunderts war die Nahrungsmittelkrise von 2007 bis 2008, die zu einer Erhöhung der Preise führte. Sie steigerte das Bedürfnis nach Lebensmittelsicherheit, nach Billigfutter für Tiere, aber auch nach einer Abkoppelung in der Abhängigkeit von Rohöl durch den bereits oben erwähnten Biokraftstoff. Insbesondere reichere Staaten weiteten ihre landwirtschaftlichen Produktionsflächen auf ärmere Länder aus. Dass Land Grabbing nicht nur GewinnerInnen, sondern auch

VerliererInnen erzeugt, wird aus Sicht der handelnden AkteurInnen nicht zu Genüge berücksichtigt. Was westliche StrategInnen übersehen, sind langfristige Auswirkungen in den betroffenen Gesellschaften der Gastländer hinsichtlich ihrer Demographie, welche auf lange Sicht auch in Europa spürbar sein könnten.

Die handelnden Institutionen und ihre Hintergründe

Die Industrie für Nahrungsmittel kann sich dessen sicher sein, dass die Nachfrage nach Konsumgütern nicht weniger wird. Das liegt unter anderem daran, dass ein stetiges Bevölkerungswachstum zu verzeichnen ist und auch bestimmte Ernährungsgewohnheiten, wie etwa der Fleischkonsum, direkt beziehungsweise indirekt das Bedürfnis nach landwirtschaftlichen Produkten steigern. Spekulationen auf Lebensmittel sind mitverantwortlich für steigende Preise. Geldflüsse in Land Grabbing stammen sowohl aus dem privaten, als auch dem öffentlichen Sektor. Unter den privaten InvestorInnen finden sich Banken, Investitionsfirmen, privates Aktienkapital, Pensions- und Hedgefonds wieder, während sich von staatlicher Seite unter anderem Ministerien, Staatskonzerne, Staatsfonds und Regierungsinstitutionen beteiligen (vgl. Kress 2012: 46ff.). Alleine im Jahr 2012 wurden rund 83,2 Millionen Hektar Ländereien in Entwicklungsländern für reichere Staaten „dienlich“ gemacht, was etwa der Hälfte aller Ackerböden innerhalb der Europäischen Union entspricht (vgl. GRAIN 2014: 10). Zu Beginn des Jahres 2008 waren es in Afrika zunächst

golfarabische Staaten, die mit der Begründung ihrer eigenen Ernährungssicherung Land Grabbing betrieben. Reiche Wüstenstaaten aus dem arabischen Golf oder Nordafrika wollten beispielsweise Reis anbauen, um nicht mehr vom internationalen Handel abhängig zu sein. Bei der Suche nach passenden Böden waren auf Seiten der landsuchenden Länder hochrangige staatliche RepräsentantInnen involviert, die politische, wirtschaftliche und finanzielle Kooperationen als Anreiz für begünstigtes Land Grabbing in den Verhandlungen offerierten. Als sich die Finanzkrise in der zweiten Jahreshälfte 2008 verschärfte, begannen vor allem US-amerikanische Hedgefonds, private Aktienfonds, Anlagbanken und andere private und öffentliche AnlegerInnen, Geld in Nahrungssicherheit zu investieren. Ihre hauptsächliche Motivation dürfte aber nicht in der Sicherung ihrer eigenen landwirtschaftlichen Grundversorgung liegen. Sie gingen eher von einem rasanten weltweiten Bevölkerungswachstum, einer mittel- und langfristigen Erhöhung der Lebensmittelpreise und der Möglichkeit des billigen Erwerbs von Agrarböden aus, wodurch ein rentables Geschäft als sicher erschien (vgl. Cotula et al. 2009: 4).

Auch wenn Staaten wie Saudi Arabien oder China aufgrund ökologischer oder demographischer Faktoren ihre Nahrungsmittelversorgung durch Land Grabbing sicherstellen wollen, sind es letzten Endes private Firmen, welche für das Management des erworbenen Agrarbodens zuständig sind und die Kontrolle darüber haben (vgl. GRAIN 2014: 11). Um es anhand eines Beispiels zu veranschaulichen, kann etwa das chinesische Staatsunternehmen China National Agricultural Development Group Corporation (CNADC) herangezogen werden. Der Staat bietet privaten InvestorInnen Anreize und Unterstützungen an, wie etwa Subventionen, die Bereitstellung von Marktstudien oder diplomatische Unterstützung durch das Außen- oder Handelsministerium (vgl. Kress 2012: 47f.). Ähnliche Vorgehensweisen lassen sich auch bei anderen Staaten ausmachen: wie bei Libyen, das einen eigenen Hedgefond zur Verwaltung und Ausweitung der Ländereien im Ausland gründete, oder Südkorea, das 2011 etwa 35 Millionen US-Dollar in Form von Krediten PrivatunternehmerInnen zur Verfügung stellte, damit diese Ackerflächen im Ausland erwerben konnten (vgl. ebd.: 48). Es kann also keine strikte Trennung zwischen staatlichen und privaten InvestorInnen vollzogen werden, da InvestorInnen aus dem Privatsektor sehr oft von Regierungen beziehungsweise Staatsfonds unterstützt werden.

Implikationen in den betroffenen Ländern

Land Grabbing ist auf eine industrialisierte Form der Massenproduktion ausgerichtet, weshalb allein in Afrika schätzungsweise 80 Millionen lokale KleinbäuerInnen einem erhöhten Druck ausgesetzt werden. Bei der Vergabe von Agrarböden an ausländische Interessensverbände, wird eine Diskrepanz zwischen formalen juristischen Herangehensweisen und traditionellen Gepflogenheiten sichtbar, welche nicht immer Berücksichtigung in den Gesetzestexten der betroffenen Länder finden. Böden, die als unbenutztes Staatsgebiet angeführt werden, werden vielfach informell von KleinbäuerInnen als Weidegebiet oder von DorfbewohnerInnen als Sammelort für Nahrung, Medizin und Feuerholz verwendet (vgl. Havnevik 2011: 25).

In nicht wenigen afrikanischen Staaten werden Landflächen als unbewohnt deklariert, um ausländische InvestorInnen anzulocken, wenn auch teils mehrere Parteien behaupten in deren Besitz zu sein. Staaten wie Tansania und Äthiopien überlassen das Management den Dörfern, wodurch auch Konflikte entstehen können, wenn die Klassifizierung der Liegenschaft nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen (vgl. Kachika: 12ff.). Das sind Beispiele eines fragwürdigen Umgangs mit Menschen, die zuvor die Flächen als Teil ihres natürlichen Lebensraumes erachteten. Die betroffenen Personengruppen machen ‚Traditionsrecht‘ für die Benutzung des Gebietes geltend, welches aber nicht immer von den Regierungen anerkannt wird. Wenn es im Zuge von Verhandlungen zwischen ausländischen InvestorInnen und der Regierung des Gastlandes zu einem Verkauf kommt, werden die Interessen der betroffenen Menschen nur selten gebührend wahrgenommen. Etwas, das auf alle Geschädigte zutrifft – also nicht ausschließlich auf KleinbäuerInnen – ist eine unzureichende Konsultation, die nicht in allen Staaten gleich verläuft (vgl. ebd.: 31). In vielen Fällen werden ausschließlich Verhandlungen mit der politischen Elite geführt, wodurch Personen die ihre lokalen Gebiete als ihren Lebensraum erachten, unzureichend bis gar nicht über einen geplanten Verkauf an ausländische InvestorInnen aufgeklärt werden. Dies hängt häufig auch von der Stabilität und Durchsetzungskraft des jeweiligen politischen Systems ab. Ebenso fehlt es in einigen Ländern an korrespondierenden Gesetzen, die GroßlandbesitzerInnen juristische Schranken auferlegen könnten. Wenn bei Verhandlungen traditionell legitimierte Führungskräfte eingebunden werden, stellt sich

die Frage, ob alle Parteien gleichermaßen vertreten werden und inwiefern es ihnen gelingt sich Gehör zu verschaffen. Des Öfteren wurde ersichtlich, dass bei getroffenen Abkommen zwischen dem beziehungsweise der ausländischen InvestorIn mit traditionellen Führungspersonen Frauen ausgegrenzt wurden und kein Mitspracherecht hatten (vgl. ebd.: 32). Einige Regierungen, InvestorInnen und vereinzelt AkademikerInnen argumentieren, dass das landwirtschaftliche System von Klein- und mittelgroßen BäuerInnen nicht so effektiv sei, wie jenes der industriellen Landwirtschaft (vgl. Havnevik 2011: 26). Sie preisen den Verkauf als entwicklungspolitischen Fortschritt.

Nach der Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den ausländischen InvestorInnen und dem Staat als Landbesitzer ist es für die betroffenen Menschen nur bedingt möglich mit Rechtsmitteln dagegen vorzugehen. Bei näherer Betrachtung der Verträge wird zudem ersichtlich, dass diese nicht selten zu Ungunsten der landofferierenden Partei sind. Die dabei angewendeten Methoden sind vielfältig. Ausländische InvestorInnen schrecken offenbar nicht davor zurück, die lokalen AkteurInnen bewusst zu täuschen. So brachte eine norwegische Firma einen analphabetischen kommunalen Landbesitzer aus Ghana unter dem Vorwand, die größte Purgiernussplantage auf seinem Feld zu bauen, mit seinem Fingerabdruck dazu, unfreiwillig 38.000 Hektar an ein europäisches Unternehmen abzutreten (vgl. Kachika: 33). Zudem werden nicht bei allen Verkäufen die Personengruppen, welche ihrer bis dahin genutzten Landflächen beraubt werden, im Vorfeld darüber in Kenntnis gesetzt. Verhandlungen in Tansania zwischen einem dänisch-belgischen Unternehmen und der Lokalregierung wurden im Geheimen geführt, während die DorfbewohnerInnen keine Informationen darüber erhielten (vgl. ebd.: 34).

Fehlende Transparenz zeigt sich auch bei vielen anderen Vertragsabschlüssen. Nach der Übergabe von landwirtschaftlichen Nutzflächen an ausländische InvestorInnen tendieren sowohl Regierungen mit schwacher politischer Durchsetzungskraft, als auch Großunternehmen dazu, die vormaligen NutzerInnen des Bodens nicht adäquat zu kompensieren. Eine Entschädigung kann nicht nur eine finanzielle Entschädigung sein. Es müssen auch alternative Nutzflächen angeboten werden, um die Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung nicht noch mehr zu mindern. Selbst unter den Umständen, dass die Betroffenen eigenständig den Vertrag aushandeln können, ist eine faire Entschädigung nicht garantiert, weil sie wie etwa in Ghana mit den

lokalen Eliten in Verhandlung treten müssen, die ebenfalls dazu neigen, Lücken des Vertrages zu Ungunsten der anfänglichen LandbesitzerInnen auszunutzen (vgl. ebd.: 36). Dabei übersehen InvestorInnen, dass nicht wenige jener Staaten, die im Fokus des Land Grabbing stehen, selbst damit zu kämpfen haben, eine flächendeckende Nahrungsvorsorgung für die heimische Bevölkerung sicherzustellen. Durch den Verkauf von Ackerland und den fehlenden Schadenersatz intensiviert sich die Nahrungsunsicherheit in den landverkaufenden Staaten, zumal die Erträge der von Land Grabbing betroffenen Ackerflächen für den Export bestimmt sind (vgl. Cotula et al. 2009: 5f). Zur Bearbeitung des erworbenen Ackerbodens wird in einigen Staaten auf lokale ArbeiterInnen zurückgegriffen, die meistens unterbezahlt sind. Ausländische InvestorInnen importieren sogar Facharbeitskräfte und unterbinden dadurch einen Wissenstransfer an das Gastgeberland (vgl. Kachika: 37f).

Neben Erschwernissen für die indigene Bevölkerung hat Land Grabbing auch negative Auswirkungen auf die Umwelt vor Ort. Lokale Regierungen beachten bei Landverkäufen an ausländische InvestorInnen nicht explizit, ob dabei auch Waldflächen betroffen sein oder ob durch unmittelbar angrenzende landwirtschaftliche Tätigkeiten, Schäden an Forstböden entstehen könnten (vgl. Friis/Reenberg 2010: 11ff.). Bei der Bewässerung der Ackerböden greifen überdies ausländische InvestorInnen auf Wasserressourcen zurück, welche von den ansässigen Personengruppen seit Generationen genutzt werden, nicht nur um ihre eigenen Felder damit zu kultivieren, sondern auch als Trinkwasser. Zu Gunsten der ausländischen InvestorInnen werden große Mengen an Wasser umgeleitet, was sich nicht nur auf die lokalen BewohnerInnen, sondern auch auf die Tierwelt und das gesamte Ökosystem negativ auswirkt. Der Gebrauch von Pestiziden, Düngemitteln und der Anbau einer Monokultur sind weitere Faktoren für die Zerstörung der Flora und Fauna der ärmeren Staaten (vgl. Havnevik 2011: 33).

Langfristige Effekte auf Europa

Land Grabbing sichert Staaten der Nordhalbkugel Reichtum und Wohlstand und scheint dahingehend ein profitables Geschäft zu sein. Kalkulationen hinsichtlich jener Menschen, die dabei Grund, Besitz und ihren Lebensraum verlieren, werden ebenso wenig in Erwägung gezogen wie

erwirkte Umweltzerstörungen, welche Flora und Fauna nachteilig und dauerhaft verändern. Mit Land Grabbing werden geographische, biologische, wirtschaftliche, politische und demographische Veränderungen hervorgerufen, die nach wie vor keine umfassenden Prognosen – jedoch diverse Vergleiche mit historischen Entwicklungen – zulassen. Land Grabbing zielt auf die Ausbeutung von ärmeren Staaten, Menschen und der Umwelt ab, wodurch eine Ungleichheit von Menschen impliziert und den Fragen nach ethischen Normen und moralischen Werten kaum Beachtung geschenkt wird. Aufgebaute Frustration und fehlende Lösungsansätze können zu gewaltsamen Konflikten führen. So kostete der Kampf gegen ausländische InvestorInnen in Honduras bereits mehreren Dutzend KleinbäuerInnen und politischen AktivistInnen das Leben (vgl. Kerssen 2013: 42ff.). Wenn sich diese Form der Ausbeutung weltweit weiter verschlimmert und immer größere Menschengruppen davon betroffen werden, kann davon ausgegangen werden, dass Staaten mit ohnehin schwachen politischen Systemen in ihrer Existenz bedroht sind und ähnliche Flüchtlingsbewegungen ausgelöst werden können, wie es im Zuge des Arabischen Frühlings beobachtet wurde (vgl. Ostheimer 2015: 51ff.). Durch das Land Grabbing verursachte Ressourcenknappheit (vor allem Wasserknappheit), könnte ohne ausreichende ausgleichende Maßnahmen in gewaltsame politische Auseinandersetzungen münden. Durch die Flüchtlingsbewegung, die seit dem syrischen Bürgerkrieg und dem Terrorismus des selbsternannten ‚Islamischen Staats‘ Europa getroffen hat, ist ein europaweiter Trend des Erstarkens rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien zu erkennen, was womöglich zumindest auf eine politische Überforderung großer Teile der Gesellschaften und der etablierten Parteien hinweist. Sollte sich im politischen Denken Europas kein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer ethisch und moralisch vertretbaren globalen Wirtschaftsweise durchsetzen, ist es nicht unwahrscheinlich, dass sich europäische Gesellschaften und PolitikerInnen weiterhin mit großen Flüchtlingsbewegungen konfrontiert sehen werden.

Amin Elfeshawi ist Politikwissenschaftler und islamischer Religionslehrer. Er ist Mitglied der politix-Redaktion und der „European Union of Independent Students and Academics“.

Cotula, L./S. Vermeulen/R. Leonard/J. Keeley (2009): *Land grab or development opportunity? Agricultural investment and international land deals in Africa*. <http://pubs.iied.org/pdfs/12561IIED.pdf> (Zugriff: 28.11.2016).

Friis, C./A. Reenberg (2010): *Land grab in Africa: Emerging land systems drivers in a teleconnected world*. GLP Report 1, Kopenhagen: GLP-IPO.

GRAIN/J. Martinez-Alier/L. Temper/S. Munguti/ P. Matiku/H. Ferreira/Soares, W./M.F Porto/V.Rahanirina /W.Haas/ S.J. Singh/A. Mayer (2014): *The many faces of land grabbing. Cases from Africa and Latin America*. *EJOLT Report 10*. www.ejolt.org/wordpress/wp-content/uploads/2014/03/140305_EJOLT10.pdf (Zugriff: 28.11.2016).

Havnevik, K. (2011): *Grabbing of African lands for energy and food: implications for land rights, food security and smallholders*. In: Matondi, Prosper B./Havnevik, Kjell/Beyene, Atakilte: *Biofuels, Land Grabbing and Food Security in Africa*; Zed Books; New York.

Kachika, T. (2010): *Land Grabbing in Africa. A Review of the Impacts and the Possible Policy Responses*. <http://www.oxfamblogs.org/eastafrica/wp-content/uploads/2010/11/Land-Grabbing-in-Africa.-Final.pdf> (Zugriff: 28.11.2016).

Kerssen, T.M. (2013): *Grabbing Power. The New Struggles for Land, Food and Democracy in Northern Honduras*. Oakland: Food First Book/Institute for Food and Development Policy.

Kress, D. (2012): *Investitionen in den Hunger? Land Grabbing und Ernährungssicherheit in Subsahara-Afrika*. Wiesbaden: Springer VS.

Ostheimer, A.E./T. Birringer/B. Gorawantsch (2015): *Flucht weltweit - Kurze Bestandsaufnahme aus drei Weltreligionen*. In: *Die Politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur* 534/60, 51–60.

Ein „vergessenes Tal“ im ecuadorianischen Hochland

Interview mit Petra Machold

Wie kam es dazu, dass die Kultur, Sprache sowie die äußerlichen Merkmale einer Bevölkerungsgruppe eines einzelnen Tales sich so stark von der des restlichen Landes unterscheiden? Sowohl wirtschaftlich, als auch gesellschaftlich hinterlässt die Unterdrückung und Ausbeutung von verschleppten und versklavten Bevölkerungsgruppen, insbesondere AfrikanerInnen, massive Spuren und prägte die Geschichte ganz Südamerikas, auch geopolitisch. Heute wird diese Geschichte durch solche und ähnliche Fragestellungen nach und nach in den einzelnen Regionen und Ländern aufgearbeitet.

Petra Machold erforschte diese Themen im Valle del Chota-Mira, das ca. 100 km nördlich von Quito in Ecuador. Im Rahmen ihres Dissertationsprojektes *Sugarcanehaciendas in the 18th century and its effects on the environment* am Institut für Soziale Ökologie der Universität Klagenfurt analysierte sie das agroökologische System der Zuckerrohr-Haciendas im späten 18. Jahrhundert in dieser Gegend. Des Weiteren befasste sie sich auch damit, inwieweit das damalige Handeln nachhaltige Effekte auf die heutige Landschaft, die Bevölkerung und das sozioökologische Gefüge hat.

Was hat Sie dazu gebracht, sich mit diesem Thema zu befassen?

Das Wundern über die nach wie vor dort lebende Bevölkerung. Das Valle del Chota-Mira (VCM) ist ein interandines Tal, also ein Binnental der Anden ohne Küstenzugang. Fährt man mit dem Bus durch, so kommt man von der Andenhochebene hinunter in ein V-Tal und beinahe die gesamte Bevölkerung ist schwarz. Das hat einen tiefen Eindruck hinterlassen und ich hab begonnen zu recherchieren. Es hat sich herausgestellt, dass es ein Zuckerrohranbaugebiet gewesen ist und die schwarze Bevölkerung von ehemaligen SklavInnen dieses Anbaugebietes abstammt. AfroecuadorianerInnen werden auch heute vor allem auf die Provinz Esmeraldas reduziert, doch das VCM ist kein Einzelfall. Es gibt mehrere solche Regionen, die bis heute sehr abgeschlossene Siedlungsgebiete darstellen. In weiterer Folge dieser Recherchen über Sklaverei und Zuckerrohranbau habe ich mich immer mehr mit den Besonderheiten dieses Tals beschäftigt.

Können Sie auf die allgemeinen Umstände genauer eingehen und auch erklären, was im Falle des VCM genau besonders ist?

Das VCM war ein kleines Zuckerrohranbaugebiet, es wurde entlang der Ebenen am Fluss angebaut. In den Zeitraum, den ich bearbeitete, fällt das Verbot und die Vertreibung der Jesuiten aus dem spanischen Reich. Dieses Verbot wurde 1767 umgesetzt. Im Zuge dessen wurden von Beamten der spanischen Krone, die die Besitztümer übernommen hatte, weitreichende und sehr detaillierte Inventare angefertigt. Unter anderem auch von den Zuckerrohr-Haciendas im VCM. Insgesamt gab es zu dem Zeitpunkt ca. 1.500 SklavInnen im Tal. Die Hacienda, die ich bearbeite, La Concepción, hatte alleine 302 SklavInnen. In den Inventaren wurden SklavInnen per Stückzahl, Namen und Familienstand vermerkt. Also Vater, Mutter und Kinder galten als Kleinfamilie und wurden als eine Einheit geführt. Die Geschlechterverteilung war sehr ausgeglichen, beinahe bei 50:50. Im Inventar waren fast nur verheiratete Paare vermerkt, die in Familienstrukturen eingebettet waren. Der Anteil der Kinder unter 15 bei 40 Prozent. Auch sind namentlich genannte SklavInnen teilweise über einen langen Zeitraum hinweg zu verfolgen. Dies sind alles sehr unübliche Merkmale. Im Tal war La Concepción die Hacienda mit den meisten SklavInnen und der größten Fläche. Jedoch waren die Flächen im internationalen Vergleich für die Anzahl der SklavInnen gering. Ungefähr die Hälfte der Zuckerrohrernte wurde zu Zucker verarbeitet. Der Rest wurde zu verschiedenen Melassen, so genannten Mielles, und Schnaps (Aguardiente) gemacht. Der Anbau von Zucker in Plantagen war zu Zeiten kolonialer Herrschaft nur mit unfreien ArbeiterInnen möglich und die Zuckerwirtschaft hatte im großen Stil Anteil am Export nach Amerika. Es war die Lösung des Mangel an indigenen Arbeitskräften: In den Tallagen des VCM bestand seit Beginn der Inbesitznahme durch die Spanier ein Mangel an Arbeitskräften, da der Talboden schon vor der Ankunft der Spanier kaum dauerhaft besiedelt gewesen ist. Und es erwies sich bald, dass die Indigenas, die ins Tal gebracht wurden, dass Klima nur sehr schlecht vertrugen und in großer Zahl starben – was dem Tal auch den Beinamen ‚Valle sangriento‘ eintrug, ein blutiges Tal. Es gibt auch ein altes Gesetz aus dem 17. Jahrhundert, das dann festgelegt

hat, dass zum Schutz der Bevölkerung Indigenas nicht in Tallagen arbeiten dürfen. Im VCM war der Import von SklavInnen afrikanischer Herkunft sehr stark mit der ‚Gesellschaft Jesu‘ verbunden. Diese kam im 17. Jahrhundert in das Tal und wurden zu einem wichtigen Großgrundbesitzer, indem sie bald mehrere Zuckerrohr-Haciendas besaßen. Ein Grund für ihren Erfolg war, dass sie über die finanziellen Mittel verfügten, die es ihnen ermöglichten in den Ankauf von SklavInnen zu investieren.

Eine christliche Glaubensgemeinschaft als SklavInnenhalter – ist das nicht widersprüchlich?

Meine Recherchen haben bisher ergeben, dass es den SklavInnen im VCM wahrscheinlich etwas ‚besser‘ ging, als in Haciendas üblich. Zumindest scheinen ihnen unter den Jesuiten gewisse Grundrechte zugestanden worden zu sein, wie das Recht auf Familie, das auch beinhaltete, dass Familien nicht durch Verkauf getrennt werden konnten. Jedoch muss man anmerken, dass möglicherweise auch aufgrund der Lage des Tals im Gegensatz zur Karibik und dem klassischen Bild der Zuckerrohrplantage, der Ankauf und Transport dorthin sehr aufwendig war. Die SklavInnen waren nicht leicht zu ersetzen. Sie kamen vor allem in Cartagena an Land, wo sie eingekauft wurden, um dann zu Fuß quer durch Kolumbien bis ins VCM gebracht zu werden. Es ist also anzunehmen, dass man sehr interessiert daran war, ihre Arbeitskraft möglichst lange ausbeuten zu können. Eine Möglichkeit dafür war, für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu sorgen, Familienstrukturen zu fördern. Eine weitere Möglichkeit war, ihnen ein Stückchen Land zur ‚eigenen‘ Bewirtschaftung zu geben, um ihrem Impuls zu fliehen entgegen zu wirken. Die Zahl der SklavInnen der Hacienda entsprechen einer solchen Strategie: Zum Zeitpunkt der Vertreibung der Jesuiten gab es rund 300 versklavte Frauen und Männer, wovon nur 40 Prozent Erwachsene waren und der Anteil der von Männern im besten Arbeitsalter lag bei knapp 25 Prozent. Hingegen war bei klassischen Zuckerrohr-Haciendas dieser Zeit Frauenmangel üblich, die Sterblichkeitsrate hoch, es gab kaum Kinder und der Männeranteil lag bei über 70 Prozent.

Spielte das Gesetz zum Schutz der indigenen Bevölkerung eine Rolle?

Zu Beginn der Inbesitznahme des Tals durch die Spanier gab es noch die alten Machtstrukturen der indigenen Bevölkerung. Diese besiedelten die höheren Lagen und

bewirtschafteten die fruchtbaren Tallagen. Die Indigenen wurden kontinuierlich durch den Aufkauf von Land und den Erwerb der Wasserrechte zurückgedrängt. Viele von ihnen starben an Krankheiten, insbesondere jene, die in den Haciendas in der subtropischen Tallage lebten. Dort war es die meiste Zeit sehr heiß und trocken. In den Tallagen ist Landwirtschaft nur mit Bewässerung möglich. Wer die Rechte an den Bewässerungsanlagen besaß – deren Ursprung auf präkolumbianische Zeit zurückgeht –, der hatte das Recht über das Land. Die Jesuiten sind innerhalb von 150 Jahren zum größten Grundbesitzer im Tal aufgestiegen. Im globalen Vergleich war das VCM jedoch unwichtig, weil niemals für den Weltmarkt produziert wurde, sondern nur für den Binnenmarkt.

Welche Auswirkungen hatte der Zuckerrohranbau im 18. Jahrhundert auf die damalige Umwelt und inwiefern wirkt sich das noch heute aus?

Zuckerrohranbau in Plantagen hat großflächige Entwaldung in den Anbaugebieten zur Folge. Dies ist auch heute noch sichtbar. Einerseits war es notwendig, Land zu roden um Zuckerrohr anzubauen, andererseits bestand ein sehr hoher Bedarf an Brennholz. Im Falle Kubas war es so, dass zur Zeit der Ankunft spanischer Eroberer die ganze Insel einer dicht bewaldeten Fläche glich. Der Schiffbau und der Zuckerrohranbau standen dort in Konkurrenz zueinander. Heute gibt es dort nur mehr Sekundärwälder. Im VCM selbst gibt es massive Erosionsprobleme; die Steilhänge sind nicht mehr bewaldet. Die Ursprungsvegetation war wahrscheinlich großflächiger Trockenurwald: Das sind keine üppigen Wälder, aber die Bäume, die dort wachsen, haben eine sehr wichtige Funktion als Erosionsbekämpfer, sie halten das ganze Erdreich. Die heutigen Folgen der Erosionen sind gewaltig: Die oberen Erdschichten der meisten Hänge sind schon bis auf den steinernen Untergrund abgetragen. In den fruchtbaren Tallagen aber findet noch Bewirtschaftung statt – wo hingegen die abgetragenen Hanglagen schwer wieder aufforstbar sind. Dort fand die totale Entwaldung aber wohl erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts statt. Es gibt verschiedene Projekte, die allerdings zu wenig finanziellen Rückhalt von größeren Institutionen bekommen. Deshalb wird das Aufforsten eher von einzelnen Personen oder kleinen Organisationen vor Ort betrieben.

Welche Auswirkungen der Sklaverei auf die heutige Gesellschaft kann man im Tal noch erkennen?

Die Aufteilung des Landes ist ein zentraler Aspekt. In Ecuador wurde die Sklaverei ca. 1830 abgeschafft. Danach ging die Bewirtschaftung der Zuckerrohr-Haciendas über in das schon vorhandene aber davor nur mit Indigenas betriebene, klassische System der ecuadorianischen Hacienda mit Huasipungo. Das ist ein vertraglich geregeltes Schuldsystem, bei dem jedem Familienvater ein kleines Stück Land zu Verfügung gestellt wurde, um die eigene Subsistenz zu erwirtschaften. Dieses Land war jedoch nie groß genug, um die Bedürfnisse der Menschen ausreichend abdecken zu können. Damit ist ein vererbbares Schuldsystem entstanden, das eine doppelte Ausbeutung etablierte. Dieses Huasipungo-System ist bis in die 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts beinahe unverändert aufrecht geblieben, als die große Agrarreform kam und eine Neuaufteilung des Landes begonnen wurde. Das hat in vielen Fällen nicht gut geklappt. Die Menschen haben zwar Land bekommen, aber eher zu kleine Flächen, um eine eigene Erwerbslandwirtschaft aufbauen zu können. Die Landwirtschaft im VCM ist heute noch von Subsistenz geprägt, deren Überschüsse ins nahegelegene Ibara verkauft werden.

Inwiefern hat die geographisch besondere Lage die Ausbeutung und die Landwirtschaft geprägt?

Meines Erachtens spielt die Geographie des Tales eine sehr große Rolle, da Plantagenwirtschaft in ein Tal mit sehr starken naturräumlichen Grenzen eingebracht wurde. Einerseits durch die Binnenlage: Es gab keinen Zugang zum Weltmarkt und damit auch nicht die Anforderung für diesen zu produzieren, sondern es wurde für einen kleinen Markt produziert. Damit war wenig Konkurrenz gegeben und das während der ganzen Kolonialzeit. Andererseits sind die engen Grenzen dadurch gesetzt, dass das Tal steil ist und Zuckerrohranbau nur auf den bewässerbaren Flächen am Talboden möglich war.

Damit war keine kontinuierliche Ausweitung der Zuckeranbauflächen möglich. Die Beschaffung von Brennholz war nur eingeschränkt möglich und die Versorgung der Region von außerhalb sehr teuer und aufwändig. Meine Theorie ist, dass das System der Plantagenwirtschaft einerseits das Tal maßgeblich verändert hat und sich gleichzeitig aber das System durch die naturräumlichen Voraussetzungen angepasst werden musste. Das wirkte sich auf die Umgangsweise mit den SklavInnen vor Ort aus. Sie unterscheidet sich in vielen Aspekten von dem klassischen Bild der Plantage.

Wie strukturierten die damaligen Verhältnisse die kulturellen Eigenheiten sowie die Gesellschaft und Wirtschaft im Tal?

Im Endeffekt wurde eine neue Bevölkerungsgruppe heringebracht, es fand fast ein kompletter Austausch statt. Das Tal war vorher nicht dicht besiedelt, aber es war bewirtschaftet. Mit der Verbreitung des Zuckerrohranbaus im späten 16. bis frühen 17. Jahrhundert kamen schwarze SklavInnen ins Tal. Heute ist die Bevölkerung zu 95 Prozent schwarz. Zuckerrohranbau in Plantagen war Ausbeutung von Natur und Arbeitskraft in einer sehr klaren Form: Die Besitzer hatten wenig Bezug zum Land, sie wollten eigentlich nur den Gewinn. Im VCM hatten die Jesuiten eine regionale Vernetzung ihre landwirtschaftlichen Güter aufgebaut. Sie betrieben Haciendas mit verschiedenen Produktionsschwerpunkten, die miteinander verbunden waren. Das bedeutet, die Zuckerrohr-Haciendas wurden mit Produkten von anderen Haciendas versorgt und konnten so die vorhandene Arbeitskraft besser auf den Zuckerrohranbau fokussieren. Einerseits wurde für die Welt draußen produziert und andererseits kamen damit auch Produkte des Alltags ins Tal hinein, aber alles von oben organisiert. Die Jesuiten hatten eine etwas andere Haltung gegenüber Menschenausbeutung. Denn es gab auch innerhalb des Ordens Stimmen, die sich gegen Sklaverei aussprachen. Sie hatten also einen internen Rechtfertigungsdruck, wodurch gewisse Instruktionen für den Umgang mit SklavInnen erhalten blieben, in denen ein ‚menschlicher‘ Umgang als ‚good practice‘ angeführt wurden. Deshalb wurden den Menschen eben auch gewisse Rechte zugestanden und darüber hinaus wird die Notwendigkeit einer angemessenen Ernährung betont sowie natürlich auch das Recht auf kirchliche Seelsorge. Jesuiten durften selbst keinen körperlichen Züchtigungen durchführen, sondern delegierten diese.

Was fällt heute besonders ins Auge, wenn man das Tal besucht?

Was sich bis in die 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts gehalten hat, ist das Huasipungo-System. Die Hacienda-Besitzer waren daran interessiert, ihre ArbeiterInnen im Tal zu halten und versuchten jegliche Außenbeziehung zu kontrollieren. Das führte zu einer extremen Isolation. Deshalb wird das VCM heute auch gerne als ein vergessenes Tal in Ecuador bezeichnet. Mittlerweile findet eine Aufarbeitung der eigenen Geschichte statt. Das Tal ist durch den Fußball wieder bekannt geworden, da einige

berühmte Spieler der Ecuadorianischen Fußballnationalmannschaft aus dem VCM stammen. Ein allgemeines Interesse an der eigenständigen Kultur des Tals wurde geweckt: Seine EinwohnerInnen, die Choteños, haben einen eigenen Dialekt, eigene Musik, eigene Erzählungen. Diese Geschichten wurden allerdings nur oral vermittelt. Es gibt keine Geschichte der Afrochoteños in den Schulbüchern.

Die wirtschaftliche Isolation bleibt nach wie vor erhalten: Es gibt hauptsächlich Subsistenzlandwirtschaft mit vielen kleinbäuerlichen Betrieben, die Überschüsse nach außen verkaufen. Geographisch ist das Tal eigentlich nicht so abgeschnitten. Durch einen Teil führt sogar die Panamericana. Es gäbe also Handelswege, aber abgesehen von den Subsistenzlandwirtschaften und einem Rest der Zuckerrohrwirtschaft gibt es wenig Erwerbsmöglichkeiten. Es ist kein wirklicher Arbeitsmarkt vorhanden. Das hat eine hohe Abwanderungsrate zur Folge, wobei der Bezug bestehen bleibt. Viele der Abgewanderten schicken Geld ins Tal um ihre Familien zu unterstützen.

Welches Fazit ziehen Sie aus Ihrer Forschung?

Ich habe meine Recherche mit den großen Institutionen, die in dem Tal wirksam waren, begonnen: mit den Jesuiten und Zuckerrohrbau und übergeordnet den spanischen Eroberern und dem Einbringen von importierten SklavInnen. Jedoch habe ich mich zunehmend den Eigenheiten

des Zuckerrohrbaus in diesem speziellen Tal zugewandt. Die Arbeit behandelt ein Stück kolonialer Geschichte aus umwelthistorischer Sicht, Zuckerrohrbau als ein Agro-Ökosystem, in dem sich naturräumliche Gegebenheiten und Mensch gegenseitig bedingen und verändern.

Zuckerrohrbau kann als eine Vorstufe einer Industrie bezeichnet werden, weil es mit technischem Fortschritt und agroindustriellem Arbeitsbedingungen einhergegangen ist. Die Produktion musste vor Ort passieren, das Zuckerrohr musste nach der Ernte binnen 24 Stunden weiterverarbeitet werden. Das bedeutet, dass in der Erntezeit ein extremer Arbeitsaufwand ohne Ruhepausen bestand, die Menschen ihren fixen Arbeitsbereich hatten.

Alle diese Strukturen kamen ins Tal und mussten angepasst werden. Aber der große Punkt ist die Abgeschlossenheit. Kein Zugang zum Meer bedeutete nicht nur kein Export, sondern auch keine Importmöglichkeiten. Diese engen Grenzen, die dieses Tal gesetzt hat und innerhalb derer man wirtschaften musste, das hat das auferlegte System so verändert, dass es im Endeffekt über 300 Jahre funktioniert hat. Es wurde sicherlich eine arme Gegend hinterlassen, in der sich aber eine eigene Gesellschaft mit eigenen Strukturen bilden und erhalten konnte.

*Geführt von Mara Colnago am 06.10.2016 in Maria Anzbach.





„Seid weiter solidarisch mit uns!“

Interview mit Celil Kaya

Wie geht es nach dem Putschversuch und den Repressionen gegen AkademikerInnen, JournalistInnen, OppositionspolitikerInnen und Intellektuellen unseren KollegInnen in der Türkei? Die 1859 als osmanische Beamtenschule gegründete historische Mülkiye wurde 1936 von Istanbul nach Ankara verlegt und 1938 in Siyasal Bilgiler Okulu (Schule für Politikwissenschaft) umbenannt. 1950 wurde sie als Fakultät für Politikwissenschaft in die 1946 gegründete Ankara Universität eingegliedert. Bis heute gilt die Mülkiye als wichtigste Politikwissenschaftliche Fakultät in der Türkei, auf der viele bekannte PolitologInnen, PolitikerInnen und DiplomatInnen studiert haben.

Thomas Schmidinger, der im Februar 2016 als Gastlektor an der Mülkiye aktiv war, führte am 06. November über Skype ein Interview mit Celil Kaya, der bis zum 01. September wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Mülkiye war. Er ist einer jener Universitätsangehörigen, die nach dem Putschversuch durch ein Regierungsdekret entlassen wurden.

Diese Woche wurde in der Türkei die Spitze der Oppositionspartei Halkların Demokratik Partisi (HDP) verhaftet. Wenige Tage davor wurden führende Redakteure der letzten noch nicht auf Regierungslinie befindlichen Tageszeitung, der kemalistischen Cumhuriyet verhaftet. Welche Folgen erwarten Sie von der jüngsten Repressionswelle gegen PolitikerInnen, JournalistInnen und Intellektuelle in der Türkei? Wie ändert sich das politische System der Türkei durch die Repression gegen die Opposition?

Ich glaube es geht hier vor allem um die nationalistische Politik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Seine Perspektive ist einfach die, dass er ein mächtiger Präsident mit einem Präsidialsystem werden will. Für dieses Ziel braucht er die Unterstützung nationalistischer WählerInnen. Ich glaube nicht, dass er es schaffen wird sein Präsidialsystem durchzusetzen, bin allerdings davon überzeugt, dass das für die Türkei ein sehr gefährliches Spiel ist. Das führt in einigen Jahren zu einer Spaltung des Landes und ich meine damit nicht eine geistige oder intellektuelle Spaltung, sondern eine territoriale Spaltung.

Diese Politik führte schon zu einem erneuten Bürgerkrieg in den kurdisch besiedelten Gebieten im Südosten der Türkei. Könnte sie auch zu einem Bürgerkrieg im Rest des Landes führen?

Kurzfristig nicht, weil es keine starke Kraft gibt, die Erdogans Autorität wirklich herausfordern könnte. Die Kemalisten sind sehr schwach und einige stimmen mit Erdogans Politik sogar überein. Potentielle Herausforderer wie die AlevitInnen oder SozialistInnen sind unorganisiert. Diese Politik wird aber zu einer ökonomischen Krise führen, die sich kurz- und mittelfristig auswirken wird. Wir sehen schon jetzt deren Symptome.

Die Repression gegen AkademikerInnen an türkischen Universitäten hat schon vor dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 begonnen. Was ist an Ihrer Universität, speziell an der Mülkiye vor dem Putschversuch geschehen?

Am 15. Oktober 2015 haben unsere Studierenden am Campus eine Demonstration zur Unterstützung von Kobanê organisiert. Damals sind einige Mitglieder unserer Fakultät, darunter auch ich, aus unseren Büros gegangen, um im Konflikt zwischen den DemonstrantInnen und den Sicherheitskräften zu vermitteln und deeskalierend zu wirken. Die Sicherheitskräfte waren allerdings extrem aufgebracht und haben auch uns verhaftet. Seit damals begann die Repression gegen uns. Im Jänner 2016 wurde dann die Petition der ‚Academics for Peace‘ verabschiedet, in der die Regierung aufgerufen wurde, die Gewalt gegen die KurdInnen einzustellen und den Friedensprozess wieder aufzunehmen.

Ich war einer der Unterzeichner dieses Aufrufs. Nachdem dann Präsident Erdoğan begonnen hat die Petition und die Unterzeichner anzugreifen und uns als ‚Verräter‘ und ‚PKK-Unterstützer‘ gebrandmarkt hat, haben alle Universitäten Disziplinarverfahren gegen die UnterzeichnerInnen eröffnet.

Wie viele KollegInnen sind an Eurer Fakultät von diesen Disziplinarverfahren betroffen und wie sind diese ausgegangen?

An meinem früheren Institut, dem Institut für Internationale Beziehungen, waren wir acht UnterzeichnerInnen. Insgesamt waren wir an unserer Fakultät, der Mülkiye,

aber über 40 UnterzeichnerInnen und über 100 an der ganzen Universität. Die Verwaltung der Universität hat von allen von uns Untersuchungsunterlagen an den YÖK (Yükseköğretim Kurulu), den Rat für Höhere Bildung [Anm.: staatliches Gremium zur Registrierung und Aufsicht über die Universitäten] geschickt und vorgeschlagen uns alle zu entlassen. Bis jetzt sind diese Untersuchungen noch nicht zu Ende. Aber kurz gesagt: Unser Rektor will alle, die die Petition ‚Academics for Peace‘ unterzeichnet haben entlassen.

Das heißt, die Untersuchungen sind noch im Gange und bisher wurde niemand entlassen?

Nein, bisher wurde deswegen noch niemand entlassen. Aber ich wurde mit acht Kollegen dann nach dem Putschversuch durch ein Regierungsdekret hinausgeschmissen. Das war dann aber erst am 01. September.

Was bedeutet das konkret? Dürfen Sie nicht mehr lehren? Erhalten Sie Ihr Gehalt noch oder wurde Ihr Arbeitsverhältnis mit der Universität völlig beendet?

Wir wurden komplett gekündigt und erhalten auch kein Gehalt mehr. Man hat uns sogar verboten den Universitäts-campus wieder zu betreten. Wir sind nicht mehr Mitglieder einer Universität und keine öffentlichen Angestellten mehr.

Und das wurde ausschließlich mit einem Regierungsdekret beschlossen?

Ja, sie haben dieses Dekret veröffentlicht und uns entlassen.

Wie waren die Reaktionen darauf innerhalb und außerhalb der Türkei? Wie haben die KollegInnen reagiert?

Wir haben sehr positive Reaktionen von innerhalb und außerhalb der Türkei erlebt. Fast alle unsere KollegInnen von der Mülkiye haben sofort eine Solidaritätserklärung für uns unterzeichnet, in der sie erklärt haben, dass sie auf unserer Seite stehen. Unsere Gewerkschaft Eğitim-sen organisierte Proteste gegen unsere Entlassung. Die ‚Academics for Peace‘ haben zur Solidarität mit den entlassenen AkademikerInnen aufgerufen.

Andere Universitäten waren ja genauso von diesem Dekret betroffen. Wie viele AkademikerInnen wurden insgesamt nach dem 15. Juli von türkischen Universitäten entlassen?

Insgesamt sind es genau 3.613, die entlassen wurden. Allein von unserer Gewerkschaft Eğitim-sen, einer sozialistischen Gewerkschaft, wurden 60 entlassen. Über 50 waren von den ‚Academics for Peace‘.



Celil Kaya. Foto: zur Verfügung gestellt von Celil Kaya

Ich nehme an, dass Sie noch in Kontakt mit Ihren früheren KollegInnen stehen. Wissen Sie wie sich diese Maßnahmen auf die akademische Freiheit innerhalb der Universität ausgewirkt haben? Die Mülkiye ist bekannt für ihre fortschrittlichen Lehrenden und Studierenden. Ist es da innerhalb des Unterrichts noch möglich frei über türkische Politik zu diskutieren?

Die Freiheit der Wissenschaft wird in der Türkei massiv angegriffen, aber einige Institutionen wie die Mülkiye, die ODTU (1) oder die Boğaziçi University kämpfen immer noch darum ihre akademischen Freiheiten und Werte zu verteidigen. Das ist heute viel schwieriger als früher, allerdings immer noch möglich. Andererseits gibt es Studierende, die Informationen über ihre ProfessorInnen an Sicherheitskräfte weiterleiten. Damit wissen die Sicherheitskräfte über alle politischen Meinungen Bescheid, die während des Unterrichts geäußert werden. Wegen dieses Denunziantentums sind Universitätslehrende unweigerlich zu einer Art Selbstzensur gezwungen.

Das klingt sehr nach dem Verhalten von Studierenden in faschistischen Regimen. An unserem Institut an der Universität Wien gibt es auch sehr viele Studierende aus der Türkei. In den letzten Jahren sahen wir immer wieder Druck von AKP-nahen (Adalet ve Kalkınma Partisi) und

nationalistischen Studierenden aus der Türkei gegen linke und kurdische Studierende. Ich habe das vielleicht in meinen Kursen über Kurdistan noch mehr mitbekommen als andere Lehrende, aber überall in Österreich und Deutschland wurden von AKP-UnterstützerInnen starke regimetreue Organisationen aufgebaut, die für eine erfolgreiche Diaspora-Politik der AKP genutzt werden. Wie würden Sie mit solchen Versuchen umgehen, die Diaspora für die Unterstützung des Regimes zu missbrauchen?

Ich denke, dass das Studierende sind, die starke wirtschaftliche Verbindungen mit der türkischen Regierung haben. Andererseits muss man wahrscheinlich auch sagen, dass die meisten Expats sich selbst wahrscheinlich als ausgebeutete Opfer betrachten (2). Ich kann jetzt auch keinen genauen Rat geben, wie man damit umgehen sollte aber ich denke, dass man diesen Leuten jedenfalls ein Verständnis für die politischen und kulturellen Forderungen der KurdInnen vermitteln sollte. Aber wir haben ganz ähnliche Probleme hier in der Türkei.

Der Senat unserer Universität hat im Frühling eine Solidaritätserklärung mit den türkischen AkademikerInnen verabschiedet (3). Nach dem Putschversuch kam dann auch noch eine kritische Stellungnahme von Rektorat und Senatsvorsitzendem (Engl et al. 2016). Viele unserer KollegInnen unterzeichneten Solidaritätserklärungen mit den KollegInnen in der Türkei. Was erwarten Sie von Ihren europäischen KollegInnen? Was sollen wir tun?

Das habe ich gar nicht mitbekommen, mit diesen Statements der Universität Wien. Wenn wir fühlen, dass wir nicht allein sind, dann gibt uns das Kraft für unseren Widerstand und den Kampf um unsere Rechte. Wenn unsere europäischen KollegInnen mit ihrer Unterstützung weitermachen und unsere Stimmen weiter in ihre Bereiche verbreiten, dann wird das für uns genug sein. Seid weiter solidarisch mit uns!

Anmerkungen:

(1) Orta Dogu Teknik Universitesi, Nahöstliche Technische Universität, an der nicht nur technische sondern auch sozialwissenschaftliche Fächer unterrichtet werden.

(2) Expats werden Fachkräfte genannt, die vorübergehend in einer ausländischen Zweigstelle eines internationalen Unternehmens beschäftigt sind.

(3) Die Erklärung des Senats der Universität Wien, die sich mit den verfolgten „Academics for Peace“ solidarisierte war bis zum Sommer unter: <https://www.univie.ac.at/ueber-uns/weitere-informationen/tuerkei-solidaritaetserklaerung/> abrufbar (leider nicht mehr online).

Heinz W. Engl, Eva Nowotny, Michael Viktor Schwarz (22.07.2016): *Universität Wien zur Situation an türkischen Universitäten*. <http://mediportal.univie.ac.at/presse/aktuelle-pressemeldungen/detailansicht/artikel/universitaet-wien-zur-situation-an-tuerkischen-universitaeten/> (Zugriff: 08.11.2016).

Skandinavien, 2015. Foto: Stefan Leimer



Tagungsbericht: Foucault und die Krise der Linken

„Foucault Revisited“, 4./5. Oktober 2016, Universität Wien

Johannes Siegmund, Rahel Süß und Anna Wieder

Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen sind auf dem Vormarsch, das linkspolitische Narrativ in der Krise. Digitale Technologien fungieren als Steuerungs- und Überwachungsmechanismen in einer zunehmend narzisstischen Gesellschaft. Vor dem Hintergrund dieser Zeitdiagnosen wendete sich die Tagung ‚Foucault Revisited‘ erneut dem Denken Michel Foucaults zu, um dessen Lösungspotential für aktuelle Fragestellungen auszuloten. Das Ergebnis: Foucaults Antworten auf die Krise der Kritik können gerade heute Impulse für die Politische Theorie liefern und uns Wege aufweisen, „nicht dermaßen regiert zu werden“.

Die Tagung fand am 04. und 05.11.2016 an der Universität Wien statt und zeichnete ein Panorama der gegenwärtigen Foucault-Rezeption im deutschsprachigen Raum. Organisiert vom Lehrstuhl für Politische Theorie der Universität Wien (Prof. Dr. Oliver Marchart) und der Universität Duisburg-Essen (Prof. Dr. Renate Martinsen) fand die Tagung zudem ihre Einbettung im Rahmen der Themengruppe ‚Konstruktivistische Theorien der Politik‘ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. In 36 Vorträgen aus verschiedenen Fachbereichen – neben der Politikwissenschaft waren etwa auch Philosophie, Soziologie, Romanistik, Geschichte, Kunst- und Kulturwissenschaften und Theologie vertreten – wurden zentrale Begriffe Foucaults, der dieses Jahr seinen 90. Geburtstag gefeiert hätte, kritisiert, aktualisiert und weiter gedacht. In vier Panels wurden Grundprobleme und Grundbegriffe des Foucault’schen Denkens für die Politische Theorie fruchtbar gemacht, Theorievergleiche von Marx bis zum New Materialism angestellt, Themengebiete von der Biopolitik bis zum Grenzregime mit Foucault problematisiert und die jüngst veröffentlichten Vorlesungen am Collège de France hinsichtlich politik-theoretischer Fragestellungen untersucht.

Philipp Sarasins schlug in seinem Eröffnungsvortrag vor, von einer Wende Foucaults zu sprechen. Ausgehend von Foucaults Interpretation der iranischen Revolution, der späten Vorlesungen und seiner Texte nach 1978 zeichnete Sarasins Foucaults Abrücken von ‚der Linken‘ nach und fasste Foucaults Überlegungen zur Möglichkeit von Kritik bzw. den Impetus einer kritischen Haltung, „nicht

dermaßen regiert zu werden“, als Ausdruck einer radikalen Freiheit des Subjekts. Der späte Foucault habe sich von seinen systematischen Gesellschaftsanalysen und dem Panoptismus abgewandt, sich Sartre wieder angenähert und so den Willen des Subjekts, seine Möglichkeit zu Distanzierung, Kritik und Widerstand ins Zentrum seines Denkens gerückt. Sarasins Vorschlag löste einige Kontroversen aus: Dem Begriff der Wende wurde vorgeworfen die Kontinuitäten in Foucaults Denken aus dem Blick zu verlieren. Den späten Foucault als Indikator des Anbruchs der neoliberalen Ära und als einen liberalen Denker darzustellen, ging vielen zu weit.

Auch Thomas Lemke bezog sich in seiner Keynote auf Foucaults Begriff der Kritik. Sein Interesse galt dabei besonders dem Verhältnis von Erfahrung und Kritik. Ausgehend von der These, dass das Wiederauftauchen des Begriffs der Erfahrung in Foucaults späten Arbeiten mit einer signifikanten Verschiebung im Konzept der Kritik eng verbunden ist, entwickelt Lemke in seinem Vortrag die Idee einer experimentellen Kritik. Drei Implikationen eines solchen Kritikverständnisses hob Lemke hervor: erstens den Grundsatz der prinzipiellen Unabschließbarkeit von Kritik, das heißt der Selbstbegrenzung im Sinne einer permanenten Kritik unserer selbst. Zweitens, ein Offenlegen transformierender Singularitäten im Sinne eines Sichtbarmachens dessen, was zwar für andere sichtbar ist, aber zu eng mit uns selbst verbunden, um es wahrnehmen zu können. Und drittens, die Bedeutung von Affekten für Kritik, die es anzuerkennen gelte. Während die Idee einer experimentellen Kritik bei den Tagungsgästen auf Interesse und Zustimmung stieß, wurden Fragen nach dem Verhältnis von Subjekt, Kollektiv und Erfahrung kritisch diskutiert: Ist Erfahrung immer als kollektive Erfahrung konzipiert? Ist das Subjekt immer an eine kollektive Erfahrung rückgebunden?

Susanne Krasmann überführte im dritten Keynote-Vortrag Foucaults Überlegungen aus Überwachen und Strafen ins digitale Zeitalter und ging der Frage nach, inwiefern Foucaults Analyse von Sichtbarkeitsregimen uns heute erneut einen spezifischen Zugang zu unserer Gegenwart

ermöglichen. Dabei vertrat Krasmann die These, dass die Befragung der Bedingungen des Sehens und Wissens mit einer Überschreitung der Grenzen unserer Perspektive einhergeht. Wie der Vortrag aufzeigte, ist die Frage nach Sichtbarkeitsregimen gerade angesichts der umfassenden Zurschaustellung des eigenen Lebens in sozialen Medien politisch höchst aktuell. Das digitale Subjekt fungiert, so Krasmanns Diagnose, als Chiffre für die gegenwärtigen Machtregime, insofern es nicht bloß passives Objekt der Macht, der Datenanalysten und der Geheimdienste ist, sondern als aktives, datengenerierendes Subjekt die Mechanismen einer ‚Kontrollgesellschaft 2.0‘ mitproduziert und verkörpert. Zum Widerstand gegen solche digitalen Kontrollmechanismen bedürfte es daher eines Konzepts der visuellen BürgerInnenenschaft, das es erlaubt, eine Form der Kritik der Macht zu denken, die über die doppelte Bindung von Subjektwerdung und Unterwerfung im Begriff der Subjektivierung hinausgeht, und eine emanzipatorische ZuschauerInnenrolle einzunehmen, die gleichzeitig eine andere Perspektive eröffne.

Foucault Revisited, dieser Anspruch wurde über die drei Impulsvorträge hinaus in zahlreichen Panels mit einer Vielzahl an Anknüpfungspunkten verfolgt. So wurden nicht nur die Kategorien der Freiheit und der Gleichheit bei Foucault auf den Prüfstein gebracht und ihr Potential für politische Mobilisierungsprozesse ausgelotet, auch die Frage der Rechte und Foucaults Ruf nach einem neuen Recht, frei vom Prinzip der Souveränität, wurde mit Blick auf den Begriff der BürgerInnenenschaft kritisch beleuchtet. Insgesamt war das Interesse an Fragen zur Möglichkeit und Kritik von Widerstand groß, wie sich etwa an der Diskussion um die Krise linkspolitischer Narrative zeigte. Demnach sehe sich die Linke gegenwärtig mit der Herausforderung konfrontiert, vor dem Hintergrund einer autoritären Wende und einer Herrschaft des Algorithmus in einer narzisstischen Gesellschaft die eigene Position zu festigen. Fraglich erscheint also, wo eine widerständige Kritik heute konkret ansetzen kann. Die Vorschläge dazu reichten von einem utopischen Lokalismus, dem präfigurativen Blick in die Zukunft bis hin zur Idee einer experimentellen Kritik. Dabei blieb offen, wie das Verhältnis von normativer und deskriptiver Dimension von Kritik beschaffen sein sollte, ob es notwendig ist, eine normative Dimension von Kritik einzuführen und ob auf eine solche Dimension überhaupt verzichtet werden kann.

Abschließend wurde auch Foucaults Rolle für die Politische Theorie thematisiert. Eine stärkere, über den theoretischen Rahmen hinausgehende Politisierung hätte der Tagung wahrscheinlich gutgetan. Foucault war ein Meister darin, über geschichtliche Entwicklungen zu sprechen und dabei gleichzeitig den Blick auf die Gegenwart zu lenken. Solche Foucault-Momente stellten sich nur dann und wann ein. So wurde in erster Linie Foucaults begriffliches Denken problematisiert, aber etwas zu selten auf dessen praktische Implikationen für aktuelle politische Entwicklungen Bezug genommen. Um dieses (selbst-)kritische Potential des Foucault'schen Denkens fruchtbar zu machen, bedürfte es einer genaueren Berücksichtigung der wirklichkeitsproduktiven Effekte von Theoriebildung. Es gilt, anders gesagt, Foucaults Einsicht Rechnung zu tragen, dass theoretische und ontologischen Setzungen nicht streng voneinander zu trennen sind. Eine genauere Ausarbeitung dieses Verhältnisses – insbesondere unter Berücksichtigung materieller Aspekte – bleibt auch über die Tagung ‚Foucault Revisited‘ hinaus ein zentrales Desiderat der Foucault-Forschung. Ähnliches gilt für die thematisierten Diskussionen um die affektive Verfasstheit von Subjekten, die vor allem in Foucaults Auseinandersetzung mit Nietzsche und Deleuze thematisiert werden, oder um die alteritätstheoretischen Anklänge im Foucaults Spätwerk, die einen neuen Blick auf Fragen der Individualisierung in Aussicht stellen. Gerade an diesen Verschiebungen im Denken des späten Foucaults zeigt sich, dass er auch heute, da ein Großteil seiner Begriffe im politikwissenschaftlichen Kanon angekommen zu sein scheint, die klassischen politischen Konzepte noch immer zu beunruhigen vermag.

Johannes Siegmund, Rahel Süß und Anna Wieder lehren Politische Theorie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Konferenzbericht: Building Bridges

„2. internationale marxistisch-feministische Konferenz“, 07.–09. Oktober 2016
Akademie der Bildenden Künste, Wien

Elisabeth M. Bauer und Melanie Konrad

Von 07. bis 09. Oktober 2016 fand im Atelierhaus der Akademie der Bildenden Künste in der Lehargasse 6 unter dem Motto ‚Building Bridges – Shifting and Strengthening Visions – Exploring Alternatives‘ die zweite internationale marxistisch-feministische Konferenz statt. Das Programm war ambitioniert und versuchte möglichst viele Weltregionen und ein weites Feld an Forschungsansätzen abzudecken. Geladen waren unter anderem auch feministische Größen wie Frigga Haug und Gayatri Chakravorty Spivak. Die räumliche Verortung in der Akademie und das rahmende Kulturprogramm brachten die politikwissenschaftlichen Inhalte letztlich auch in einen Dialog mit künstlerischen Auseinandersetzungen.

Das Spektrum der Themen reichte grob von Paper-Präsentationen zu marxistisch-feministischen Inhalten innerhalb theoretischer Auseinandersetzungen bis hin zu solchen, wo eher eine marxistisch-feministische Perspektive auf bestimmte Problemstellungen eingenommen wurde. Bei ersteren sind jene gemeint, die sich aus einer kritischen Sicht mit (neo-)marxistischen Ansätzen beschäftigen und Klasse sowie Geschlecht intersektional darin verorten möchten bzw. ältere Ansätze dahingehend kritisieren, dass sie geschlechterblind formuliert wurden. Es ging teilweise also um ideengeschichtliche Analysen und Verortungen u.a. in der Kritischen Theorie und Verknüpfungen sowie Verschiebungen im Verhältnis von marxistischen und feministischen Theorien. Eine wichtige Frage stellt sich hier in Bezug auf das Verhältnis von feministischen und queer-feministischen Zugängen sowie in Bezug auf postkoloniale Theorien, relationale Ontologien und ökofeministische Ansätze. Unterschiede in den Standpunkten zu Neoliberalismus, Intersektionalität und Geschlecht in kapitalistischen Produktionsverhältnissen bieten nach wie vor viel Diskussionsstoff. Insbesondere die Vermittelbarkeit all dieser Ansätze zueinander gestaltet sich gelinde gesagt schwierig. Problemwahrnehmungen divergieren ganz beträchtlich, was nicht unbedingt ein Nachteil ist, solange keine Grabenkämpfe ausbrechen. Unter marxistisch-feministische Theorie als Perspektive fielen beispielsweise Analysen zu European Governance und Geschlecht, Anti-Genderismus als

politischer Kitt für rechte Positionen und Rhetoriken, eine empirische Feldforschung zu Sexismus und Islamophobie in Quebec oder ein Vortrag über Lesbian-Led Movements in der ganzen Welt. Weitere Themen in diesem Bereich umfassen feministische Bewegungen im Globalen Süden und feministische Proteste in Ländern des Nahen Ostens bzw. mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung. Natürlich wurden auch Klassiker wie marxistisch-feministische Auseinandersetzungen mit Mutterschaft, globalisierter Reproduktionsarbeit, Arbeiterinnenbewegungen und -kämpfen sowie mit dem Widerstand gegen politischen und religiösen Fundamentalismus thematisiert.

Im Folgenden möchten wir insbesondere auf zwei Panels eingehen: ‚Feministische Organisation außerhalb Europas: Der Globale Süden‘ (Ana González, Patrícia Trópia Vieira und Khayaat Fakier/Jacklyn Cock, Chair: Antje Géra) am Samstag, den 08. Oktober und ‚Marxist-Feminist Perspectives on Nature and Labour: Marxismus und Ökofeminismus‘ (Ariel Salleh, Discussant: Nora Räthzel) am Freitag, den 07. Oktober.

‚Feministische Organisation außerhalb Europas: Der Globale Süden‘

„Um unsere Utopie zu erbauen, müssen wir sie zunächst in unserer eigenen konkreten und schmerzhaften Geschichte begründen.“ Dies führte Ana González als grundsätzliches imperialistisches Problem des marxistischen Feminismus an. González wurde zusammen mit Patrícia Vieira Trópia und Khayaat Fakier eingeladen, jeweils einen Vortrag zu dem Panel ‚Feministische Organisation außerhalb Europas: Der Globale Süden‘ zu halten. Im Fokus standen die kritische Auseinandersetzung mit der Entstehung der feministischen Bewegung in Argentinien bei González, die Veränderungen der Klassenstruktur und des Arbeitsmarktes im Kontext der feministischen Arbeiterbewegung in Brasilien bei Trópia und die Initiative ‚Der Feministische Tisch‘ in Südafrika, was umfassend bei Fakier thematisiert wurde. González ist eine feministische Sozialanthropologin aus Argentinien, die sich auf die Menschenrechte von Frauen und indigener Bevölkerung sowie auf ihre ökonomischen,

sozialen und kulturellen Rechte spezialisiert hat. Ehemals war sie Vertreterin der Vereinten Nationen im guatemaltekischen Friedensprozess (MINUGUA) und Mitglied der Forschungsgruppe der CEH (Kommission zur Aufklärung der Geschichte) zum guatemaltekischen Genozid. Der feministischen Mobilisierung in Form einer Vielzahl von politischen Organisationen im heutigen Argentinien liegt eine eigene lateinamerikanische Denktradition zugrunde. Marxismus wird auf zwei Ebenen verstanden: Zum einen als Methode der Analyse und zum anderen als Form historischer und politischer Identitäten, was die Anerkennung von Klassen- ebenso wie von ethnischen Gegensätzen unter Frauen umfasst. González appellierte hier an eine allgemein erstrebenswerte Toleranz, die das Akzeptieren der verschiedenen Forderungen der Gruppierungen untereinander möglich macht.

Besonders wurde die Funktion der Fraueninitiative #NI UNA MENOS („Nicht eine weniger“) in Argentinien, aber auch ihre Auswirkungen auf ganz Lateinamerika, hervorgehoben. Diese initiiert regelmäßig Proteste gegen Gewalt an Frauen, die vor allem in Argentinien nach wie vor ein großes Problem darstellt. Allein im Jahr 2015 wurden 286 Femizide sowie 3.764 Vergewaltigungen verzeichnet. Begründet sieht González diese entstandene „Machogesellschaft in Argentinien“ u.a. in den sozioökonomischen Veränderungen des Landes im 20. Jahrhundert und dem damit einhergehenden Identitätsverlust der Gesellschaft.

Hierin bestehen Parallelen zum Diskurs über die politischen Veränderungen in Brasilien, welche von Patrícia Vieira Trópia in ihrem Vortrag ‚Frauen in der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung‘ dargelegt wurden. Trópia, Professorin an der Universität Uberlandia in Brasilien und Autorin von (u.a.) *Women workers: (in)visible?* (2016), führte die in der Vergangenheit durchaus schwierige Zusammenarbeit von Frauen aus der Arbeiterklasse mit Akademikerinnen als Grundlage für feministische Bewegungen (z.B. Central Woman Union [CWU]) der letzten hundert Jahre in Brasilien an.

‚Marxist-Feminist Perspectives on Nature and Labour: Marxismus und Ökofeminismus‘

Ökofeminismus ist für manche Feminist_innen aufgrund von essentialistischen Zuschreibungen geradezu ein rotes Tuch. Marxistischer Ökofeminismus kann diese Gefahr jedoch durch die Orientierung an der sozialen Praxis umschiffen, so die Australierin Ariel Salleh. Salleh macht ihren

Ansatz als eine Kritik an der ökologischen Krise im Sinne gesellschaftlicher Naturverhältnisse stark. Denn marxistischer Ökofeminismus ist sowohl globalisierungs- als auch geschlechterkritisch und versucht Prozesse in der Aneignung von Natur durch menschliche Arbeit zu analysieren. Mit Salleh wird durch einen ‚verkörperten Materialismus‘ ein herrschaftskritischer Fokus auf das gelegt, was im Verhältnis von Arbeit und Natur geschieht. Marxistischer Ökofeminismus nimmt daher reichlich Anleihen bei den Peasant Studies, ökologischen Grassroots-Bewegungen und Widerstandsbewegungen indigener Völker.

Trotz der Bemühungen aus einem anglo-europäischen Kanon auszubrechen waren afrikanische und asiatische Beiträge wieder einmal leider kaum vertreten. Auch Queer-Feminismus, Sexarbeit und ökologische Fragen fristeten ein Nischendasein. In der Tradition des alten Bias zwischen Arbeiter_innen- und Frauenbewegung wurden die Themen der Neuen Sozialen Bewegungen eher am Rande behandelt. Manchen Paper-Präsentationen konnte man leider nur schwerlich folgen, denn einige Vortragende lasen einfach theoretisch sehr dicht geschriebene Texte relativ schnell vor, anstatt dass sie sich auf diese andere Möglichkeit, die mündliche Präsentation, einließen, und ihre Inhalte dahingehend auf Verständlichkeit aufbereiteten. Die Zeit für Diskussionen war deshalb auch zu kurz, weil man die komplexen Inhalte in dieser Kürze gar nicht so schnell verarbeiten konnte und viele ihr Zeitlimit bis zur letzten Minute ausreizten. Mehr Interaktion und das Eingehen auf spezifische Fragen von Seiten des Publikums wären daher wünschenswert gewesen.

Elisabeth M. Bauer und Melanie Konrad studieren am ipw und sind Mitglieder der Redaktion.

Le Monde diplomatique – Kolleg Postwachstumsgesellschaften (2015): *Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr*

Berlin: taz

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.) (2015): *Mehr geht nicht. Der Postwachstumsreader*

Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH

Die durch die Weltfinanzkrise ab 2007 verstärkte Beunruhigung über die Zukunft des Planeten hatte damals den deutschen Bundestag veranlasst, der Frage nach einer Postwachstumsgesellschaft durch eine Enquete-Kommission nachzugehen, die ihren Bericht 2013 vorgelegt hat. Doch fast scheint es, als sei für die institutionelle Politik eben damit die Frage nach den Grenzen des Wachstums auch wieder ad acta gelegt. Umso wichtiger, dass die Jenaer Soziolog_innen des DFG-Kollegs Postwachstumsgesellschaften in der von Le Monde diplomatique und taz edierten Reihe *Atlas der Globalisierung* nun einen Postwachstumsatlas herausgebracht haben. Er ist, wie auch die vorangehenden Atlanten der Globalisierung, im Hinblick auf öffentliche Bildungs- und Lernprozesse konzipiert: Mit drei bis fünf Graphiken auf den DIN-A4-Doppelseiten wird der empirische Hintergrund der Artikel beleuchtet und klug und variantenreich pointiert, oft als Blicköffner für das jeweilige Problemfeld, das auf zwei, manchmal vier Seiten thematisiert wird. Die Texte haben einführenden, aufschließenden Charakter und legen Wert darauf, die Grundlogiken der jeweiligen Problemzusammenhänge herauszupräparieren. Das ist angesichts der sachlich wie diskursiv komplexen Themen nicht einfach, gelingt aber überwiegend, sodass durchweg adressat_innenbezogen konzipierte, erklärungskräftige Texte entstanden sind.

Dem Band kommt zugute, dass die beteiligten Wissenschaftler_innen Soziologie als eine öffentliche Aufgabe verstehen und zudem etliche der Autor_innen nicht nur als Wissenschaftler_innen, sondern auch als Fachjournalist_innen tätig sind. Um die Hinweise zu den didaktischen Gebrauchswerten zu vervollständigen: Der Band enthält knappe Verweise auf Bücher und – etwas ausführlicher – Links zu den Themenfeldern, einen Glossar und einen Download-Code zum elektronischen Gebrauch. Gewiss, die 52 Artikel des Bandes wollen Basisinformationen



liefern, doch sind sie keineswegs enzyklopädisch gehalten, sondern argumentativ. Denn sie agieren auf umstrittenem Terrain. Auch wenn es unangemessen wäre, von einer gemeinsamen Argumentationslinie zu sprechen, so ist doch deutlich, für welche Problemsichten und welche Lösungswege die Autor_innen sensibilisieren wollen: Ein ‚Weiter so‘, wie es für die Wirtschaftspolitik auch nach dem Schrecken der Krise leitend ist, wird die Probleme nur vergrößern; auch ein ‚grünes Wachstum‘ scheint kein Ausweg zu sein, weil es doch die notorischen Wachstumstreiber nicht stillstellen würde: die Permanenz einer rentablen Kapitalverwertung und die Erweiterungs- und Steigerungsfähigkeit von Konsumbedürfnissen.

Diesen beiden Feldern gelten vor allem die kritischen Diagnosen des Bandes: von einer erdgeschichtlichen Einbettung des ‚Kapitalozäns‘ (vgl. Elmar Altvater) über die ‚Finanzialisierung der Welt‘ als neuestem Treibsatz (vgl. Christoph Deutschmann), ‚die Verdichtungen der Zeit‘ (vgl. Hartmut Rosa), die unermesslichen Kosten der ‚imperialen Lebensweise‘ des Westens (vgl. Uli Brand) und ihrer Übernahme etwa durch aufstrebende Mittelschichten in China (vgl. Li Ming) oder Lateinamerika (vgl. Kristina Dietz) bis hin zu den sprunghaften und zerstörerischen Erweiterungen industrieller Landwirtschaft (vgl. Hilal Sezgin, Annette Jensen, Beatriz Rodriuez-Labajos u.a.) – um nur einige der Analyse-Aspekte zu nennen. Welche Wege in eine Welt ohne Wachstum könnten gangbar sein? „Es ist ein Dilemma“, resumiert Ulrike Herrmann.

„Ohne Wachstum geht es nicht, komplett grünes Wachstum gibt es nicht, und normales Wachstum führt unausweichlich in die ökologische Katastrophe. Der Kapitalismus erscheint wie ein Fluch. Er hat den Reichtum und den technischen Fortschritt ermöglicht, der es eigentlich erlauben würde, mit wenig Arbeit auszukommen. Aber stattdessen muss unverdrossen weiterproduziert werden, obwohl das in den Untergang führt.“ (107)

Es bleibe nur „ein pragmatisches Trotzdem“ (ebd.). Auf der Linie dieses pragmatischen Trotzdem stellt der Band eine Reihe von Denkansätzen und Projekten alternativer, solidarischer Ökonomien vor: seien es Überlegungen zu einem alternativen Entwicklungsmodell der menschenreichen Volkswirtschaften Asiens (vgl. Chandran Nair) oder zu Stadt-Land-Bündnissen regionalisierter Agrarproduktion (vgl. Christiane Grefe), seien es schlaue technische und organisatorische Ideen zu effizienteren Recycling-Prozessen (vgl. Elisabeth von Thadden, Thomas Köhlere, Jonas Abraham, Andrae Vetter), Konzepte des Buen Vivir, kollektiver Autonomien des Guten Lebens oder der Rückeroberung von Gemeingütern (vgl. Johanna Sittel, Reiner Metzger, Judith Dellheim). Kann der Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft gelingen? Der einleitende Beitrag von Matthias Greffrath kontrastiert die Herkules-Aufgabe mit der unübersehbaren Schwächung der Demokratie, also des Handlungsrahmens, den die vielen doch brauchen, wenn eine solche Umwälzung gelingen soll. Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa zeigen abschließend, dass es die Idee der Gleichheit sein könnte, die den Veränderungsprozess antreiben und leiten könnte, nicht nur weil die krassen Skandale der Ungleichheit empören (die 62 Reichsten besitzen so viel wie die ganze ärmere Hälfte der Weltbevölkerung), sondern vor allem, weil die Idee der Gleichheit andere Maßstäbe des Glücks und des sozialen Handelns hervorbringen und Ungleichheit als Stachel des Wachstums stillstellen kann.

Der fast gleichzeitig erschiene *Postwachstums-Reader* der *Blätter für deutsche und internationale Politik* bildet eine unerlässliche Ergänzung. So vorteilhaft die Darstellungsweise des *Postwachstumsatlas* für den didaktischen Gebrauch ist, so hat sie doch den – unvermeidbaren – Nachteil, gedankliche Ansätze und Begründungsgänge oft kurz halten zu müssen. Der *Reader*, der Aufsätze zu Wachstums-Problematik aus den letzten vier Jahrgängen der *Blätter* zusammenstellt, vermag das zu einem guten Teil

auszugleichen. Das betrifft vor allem die historische Dimension der Wachstumskritik. „Wie das Wachstum in die Köpfe kam“, zeigt etwa Harald Welzer, indem er in historischer Rekonstruktion herausarbeitet, wie „mit der Errichtung der materiellen und institutionellen Infrastrukturen der Moderne sich zugleich die mentalen Infrastrukturen ihrer Bewohner verändert haben“ (35), bis sie als Selbstzwang zur kaum ablegbaren zweiten Natur geworden sind. Auch für Serge Latouche ist der Rückgriff auf Geschichte unerlässlich, um eine Idee des Glücks zu konturieren, die sich aus der Verschränkung mit Wohlstand und Konsum herauslösen ließe und so eine wachstumsunabhängige Orientierung guten Lebens bilden könnte.

Wie für den *Atlas* gilt auch für den *Reader*, dass die Vielzahl der Beiträge und wichtigen thematischen Aspekte hier auch nicht annähernd angemessen erwähnt werden können. Nach einer ziemlich umfassenden Kritik des Konsumismus wendet sich der Band dem ‚Krieg gegen die Erde‘ zu, um die ökologisch gewalttätigen Wirkungen des herrschenden Ökonomismus auf etlichen Feldern zu dokumentieren, setzt sich mit dem Projekt des ‚Grünen Wachstums‘ auseinander und stellt schließlich eine ganze Reihe von Denkanstößen und theoretischen wie praktischen Ansätzen für eine Gesellschaft nach dem Wachstum vor. Dabei profitiert der *Reader* auch von der sukzessiven Produktionsweise einer Zeitschrift, weil Kontroversen – etwa um die Möglichkeit eines ‚grünen Wachstums‘, also eines ökologisch gezähmten Kapitalismus – sich besser entfalten und in einem lebendigen Für und Wider transparent gemacht werden können.

Gerd Steffens ist emeritierter Professor für Didaktik der politischen Bildung (PoWi) im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel und Mitherausgeber des Jahrbuch für Pädagogik.

*Bearbeiteter Wiederabdruck aus *Journal für Politische Bildung* 4/2016

Deutscher Bundestag (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf> (Zugriff: 25.10.2016).

Uwe Krüger (2016): *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*

München: CH Beck

Nicht erst seit der Einführung des Begriffs ‚Postdemokratie‘ durch Colin Crouch wissen wir, dass Demokratie eine schwierige Angelegenheit ist. Nicht nur bedarf sie komplexer Institutionen und der ständigen Aufrechterhaltung von politischen Prozessen, sondern auch die Beteiligung ihrer BürgerInnen. Diese sind dabei auf Hintergrundinformationen angewiesen, die verlässlich und nachvollziehbar sein müssen, um wirksam die demokratischen politischen Prozesse abzubilden und den BürgerInnen eine sinnvolle Beteiligung zu ermöglichen.

Das Buch von Uwe Krüger zeigt, an welchen Stellen dieser Informationsprozess so aus dem Ruder läuft, dass Demokratie nur mehr schwer möglich ist. Krüger setzt mit dem Beispiel der Ukraine-Berichterstattung an und versucht nachzuzeichnen, was passieren muss, damit sich BürgerInnen in Un-BürgerInnen verwandeln. Wie durch die Beteiligung der Medien aus jenen Menschen, die notwendig sind um demokratiepolitische Prozesse am Laufen zu halten, Menschen werden, die die Demokratie rundweg ablehnen. Dabei versucht er aufzuzeigen, wie der „deutsche Medien-Mainstream“ ein „sehr enges Meinungsbild präsentiert“ und eine „Reihe von Falschinformationen, falschen Bebilderungen“ (10) zugunsten der Maidan-Bewegung in Kauf genommen hat. Was die Demokratie am Leben erhält, das System aus checks and balances, das die beständige gegenseitige und möglichst transparente (Selbst-)Kontrolle aller Teile des politischen Systems ausmacht, wird allzu leicht durch Konzentration gesellschaftlicher Macht ausgeschaltet. Krüger interessiert sich in seiner Analyse besonders für die journalistische Arbeitswelt und ihre Art Informationen aufzubereiten und zu präsentieren. Diese steht unter dem Druck der Professionalisierung (hier identifiziert mit technischem, wirtschaftlichem und zeitlichem Druck) und lässt das Leitbild des InformationsjournalistInnen und Content Manager entstehen (vgl. 39). Damit einher geht etwa eine Verringerung der Recherchezeit von JournalistInnen von 140 Minuten pro Arbeitstag 1993 auf 117 Minuten 2005 (vgl. 40). *Mainstream* entsteht unter Sparzwang und Zeitdruck, wenn JournalistInnen sich, um ihre Effizienz zu steigern, zusehends an anderen Medien zu orientieren beginnen (vgl. 42). „*Mainstream* schlägt Relevanz, Beschleunigung



schlägt Recherche“ (43). Die mittlerweile durchschnittlich aufgewendeten elf Minuten für Quellencheck und Faktenkontrolle reichen nicht mehr, um alles was man berichtet selbst verantworten zu können. Inhalte basieren nicht auf eigenständigen Themenideen und Recherchen, „sondern auf der Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen, Ministerien, Behörden, Parteien, Verbänden, NGOs und anderen Institutionen“ (51). Mithin stellt sich hier konzentrierte gesellschaftliche Macht dar, die direkten Einfluss auf die Berichterstattung nimmt und so die MitarbeiterInnen großer Medien dazu anhält, sich „Rückendeckung aus dem Establishment“ (59) zu holen. Dies führt zu einer homogenen Berichterstattung die wichtige politische Interessen im Sinne der Lobbys gleichmäßig problematisiert oder verteidigt. Links ist dieser *Mainstream* laut Krüger allerdings nicht, aber „sozialdemokratisiert“ (72).

Oft fehlen durch diese Verbindung zum Establishment die journalistischen VertreterInnen, welche in der Lage wären auf hohem Niveau alternative Perspektiven aufzuzeigen, statt auf rechtspopulistischem (vgl. 102). Die öffentlich geführten, politischen Debatten sind durch die NLP (Neuro-linguistic Programming) geschulten Vertreter rechter Parteien ohnehin schon ihrer inhaltlichen Dimension entleert. Die vom *Mainstream* frustrierten BürgerInnen erhalten durch die rechten KritikerInnen des *Mainstreams*, die mit Begriffen aus dem Nazi-Jargon (wie Lügenpresse) arbeiten, genau das was sie ohnehin erwarten: Inhalts- und Niveaulosigkeit, die völlige Verweigerung sich einem politischen Gegner argumentativ zu stellen und die Unfähigkeit so manches Populisten inhaltlich-argumentativ zu überzeugen. Hier wird die Schwäche von Krügers Buch sichtbar, der

die Problematik des Mainstreams auf Seiten der Elite sucht. Dabei gerät ein wenig aus dem Blick, dass Verschwörungstheorien und Eliten-Bashing eine lange politische Tradition haben, angefangen bei den denunziatorischen Flugblättern, in denen vor der französischen Revolution Stimmung gegen den Adel mittels der Verbreitung privater Informationen geschürt wurde. Dabei gerät aus dem Blick, dass die, die sich jetzt abwenden und begeistert einen Präsidenten Hofer oder Trump wählen, vielleicht auch schon bevor die Medien zum Mainstream übergegangen sind, keine hohe Meinung von der Demokratie in ihrer jetzigen Form gehabt haben.

Das Bedürfnis nach starker Herrschaft in unsicheren Zeiten, lässt viele die Destruktion der Inhalte durch Demagogen vielleicht als Zeichen der Einfachheit und der Lösbarkeit von Problemen ansehen, aber genau dadurch entsteht die allgemein wahrgenommene „Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung“ (103). Es handelt sich also nicht nur um ein Repräsentationsproblem, sondern um eine Dialektik von Anspruch und Erwartung, Enttäuschung und Vertrauen.

Trotzdem ist Krügers Kritik an der Flüchtlingsberichterstattung des von ihm identifizierten Mainstreams richtig. Hier herrschte das Bestreben in deutschen Redaktionen vor, „fremdenfeindlichen Pauschalierungen keinen Vorschub zu leisten“ (123). Aber, es ist gerade nicht die Aufgabe des Journalismus, die politische Öffentlichkeit vor unangenehmen Wahrheiten zu schützen.

Diese Art von Zurückhaltung konnte von einem Publikum schwerlich goutiert werden, das seit 2008 mit der Wahrnehmung einer großen Krise des eigenen Systems umgehen muss und darüber hinaus im postfaschistischen Register nur zwischen Totalitäten unterscheidet, anstatt sich schrittweise an der Krise abzuarbeiten. Die dabei aufgestaute „Enttäuschungswut“ (135) über die Medien legt sich daher

konsequent über alle Bereiche politischer Tätigkeit und lässt notwendige Differenzierungen sowohl in der Berichterstattung als auch in der Wahrnehmung der RezipientInnen nur mehr schwer zu. Die Abwendung vom Mainstream hin zum Internet scheint in diesem Zusammenhang einer eigenen Paradoxie zu unterliegen, sind doch die Inhalte die dort zu finden sind, im Gegensatz zu denen aus dem so genannten Mainstream, meist wirklich völlig undemokratisch und intransparent entstanden.

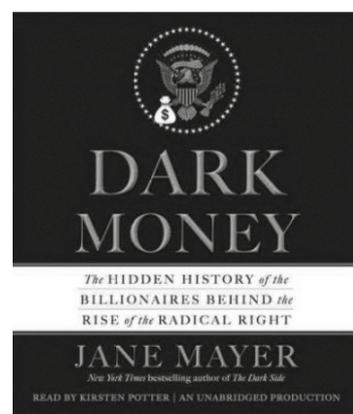
Krüger schlägt zum Abschluss seines Textes einen Lösungsweg vor, der angesichts der Beschaffenheit des davor dargestellten Problems ein wenig unglaubwürdig wirkt. Um die beschriebene Vertrauenskrise zu überwinden, sollten die empörten NutzerInnen mit „mehr Empathie als bisher auf die Bedingungen schauen, unter denen Journalisten ihre Inhalte produzieren“ (140). Auf der anderen Seite müssten sich JournalistInnen aus den „Verantwortungsschwörungen mit den Trägern politischer Macht“ (142) lösen und ihre pädagogisch paternalistische Haltung aufgeben. Es braucht „Grundvertrauen in die Mündigkeit des Publikums“ (143), also ein intersubjektiv erzielt Einverständnis, sich gegenseitig wieder vertrauensvoll zu begegnen. Aber wie soll das erreicht werden, wenn sich Mainstream und WutbürgerInnen gerade erst mit Grauen voneinander abgewandt haben? Vielleicht wäre es in so einer Situation sinnvoller eine Kritik der Evidenzen von Informationsvermittlung anzustreben, und eher eine Ethik der Dissidenz zu betreiben, als dort Vertrauen einzufordern wo dieses, bedingt durch den attestierten allgemeinen Unwillen und Sachzwänge, die unwahrscheinlichste Lösung sein dürfte?

Stefan Alexander Marx, Lehrbeauftragter an der Universität Wien und praktischer Philosoph in der Praxis Märzstraße.

Mayer, Jane (2016): *Dark Money. The Hidden History of the Billionaires Behind the Rise of the Radical Right*

New York: Doubleday

Die US-Autorin Jane Mayer befasst sich in ihrem jüngsten Buch mit der Beeinflussung der Politik und der öffentlichen Meinung der USA durch eine kleine, vermögende



Personengruppe. Sie beleuchtet dabei vor allem die Familie Koch, die unter der Führung der Brüder Charles und David seit über 30 Jahren mit erheblichen finanziellen Mitteln ihre Weltanschauung im ganzen Land durchzusetzen versuchen.

Beginnend mit dem Familienpatriarchen, Fred Koch, wird die Geschichte der Familie und ihr politisches Wirken detailreich dargestellt. Dieser hatte als ideenreicher Ölmagnat zum Aufbau seines Vermögens auf die Kooperation mit der UdSSR und mit dem nationalsozialistischen Deutschland gesetzt. Er erwies sich als eine der Schlüsselfiguren für die Formung der libertären, minimalstaatlichen und anti-regulatorischen Ideologie seiner Söhne Charles und David. Mayer beschreibt den Einfluss der harten und unbarmherzigen Erziehung des Vaters, die die Koch-Brüder prägte, und seine Todesangst vor einer Ausbreitung des Kommunismus. Als Fred Koch 1967 starb, hinterließ er seinen Söhnen ein Unternehmen mit einem jährlichen Gewinn von 177 Millionen Dollar. Charles und David kauften einige Jahre später die Anteile ihrer restlichen Brüder auf und besitzen gegenwärtig das mit 87 Milliarden Dollar größte Privatvermögen in den USA. In den folgenden 40 Jahren setzten sie erhebliche Teile ihrer Ressourcen ein, um die USA nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Waren ihre frühen Versuche dieser Umgestaltung noch nicht von Erfolg gekrönt, so etwa bei den Präsidentschaftswahlen von 1980, als die von ihnen finanziell gestützten Libertären nur ein Prozent der Stimmen erhielten, so zeigten spätere, ausgeklügelte und diversifizierte Strategien, die von der Autorin detailliert rekonstruiert werden, bessere Wirkung.

Ab den späten 1970ern gewann innerhalb rechter Strömungen die Idee an Bedeutung, dass man ‚in die Köpfe der Menschen‘ eindringen müsse, um die bestehenden Zustände zu verändern. Die Angst vor dem Sozialismus war in dieser Bewegung allgegenwärtig. Um dieser vermeintlich kollektivistischen Tendenz in den USA zu begegnen, sei eine Schlacht der Ideologien notwendig, eine „Gegen-Intelligenzija“ (102), so der Geschäftsmann William E. Simon. Personen wie John M. Olin und die Bradley-Brüder – allesamt millionenschwere Unternehmer – unterstützten Colleges und Universitäten im ganzen Land mit hunderten Millionen Dollar und schafften Stipendien, eigene Institute mit eigener Personalwahl, um ihre minimalstaatliche, libertäre Ideologie unter Studierenden zu verbreiten, und verankerten sich dabei besonders tief in den rechtswissenschaftlichen Fakultäten.

Die massiven Investitionen dieses kleinen, schwerreichen Personenkreises spielten eine wichtige Rolle in der Gründung und Ausweitung der Tea-Party-Bewegung, wie auch bei den Kongresswahlen 2010 bis 2014, in denen die republikanische Mehrheit gefestigt wurde, und mit Unterstützung von VertreterInnen der Industrie der fossilen Energieträger der Kampf und das Bewusstsein über den Klimawandel entscheidend gedrosselt wurde. Auch bei der Umsetzung des REDMAP-Plans – eines Vorhabens, mit dem die nach der Volkszählung von 2010 neu gezeichneten Wahlbezirke so geformt werden sollten, dass sie die Wahlergebnisse der Republikaner durch die Praxis des Gerrymandering verbessern sollten – übten Eliten aus dem rechten Spektrum, darunter der Unternehmer James Arthur Pope und Spender aus dem Koch-Netzwerk, finanziellen Einfluss aus. Gerrymandering bezeichnet eine in Verhältniswahlsystemen angewendete Taktik, bei der durch die gezielte Einteilung von Wahlkreisen gewünschte Mehrheiten erreicht werden sollen. Viele dieser reichen Investoren konnten ihre Ausgaben, erfolgreich in den Mantel der Philanthropie eingewickelt, und in zahllose verschiedene Stiftungen und Denkfabriken (darunter etwa die Heritage Foundation und Americans for Prosperity) geleitet, steuerfrei tätigen.

Natürlich, so merkt die Autorin wiederkehrend an, sei der Lobbyismus in der Politik eine alltägliche Sache. Dennoch sind die in diesem Buch nachverfolgten Prozesse anders und in außerordentlicher Manier nicht mit vorherigen zu vergleichen, sowohl in ihrer Methodik wie auch im Umfang der eingesetzten Ressourcen. Seit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes im Jahr 2010 (die sogenannte Citizens-United-Entscheidung), die Unternehmen die finanzielle Unterstützung von politischen KandidatInnen in nahezu unbegrenztem Ausmaß erlaubt, sind die Investitionen der Reichen und Superreichen in die Politik so drastisch angestiegen, dass man von einer neuen Oligarchie sprechen kann, so Mark McKinnon, ein Politikberater über die Zeit nach „Citizens United“ (371). Das System wird von einer Handvoll Superreicher kontrolliert, die durch das System reich wurden und durch das System noch reicher werden. Allein bei den Präsidentschaftswahlen von 2012 überstiegen die privaten Gelder, die in die Beeinflussung der Wahlen flossen, die Marke von einer Milliarde Dollar, die für die Wahlen ausgegebenen Gelder der reichsten 0,04 Prozent der Bevölkerung entsprechen denen der ärmsten 68 Prozent. Dennoch sei der Feldzug der Ideen durch die „private Polit-Maschinerie“ der politisch rechten Koch-Brüder

und ihrer Berater „außergewöhnlich“, da „noch nie zuvor jemand etwas Ähnliches geschafft hatte“, so der politische Aktivist Rob Stein. Und obwohl sich das Vermögen der Koch-Brüder in den letzten acht Jahren fast verdreifacht hätte, seien keine Anzeichen dafür festzustellen, dass ihre Vorhaben ein Ende fänden. Das Wirken der Kochs, so Stein, sei mit einem enormen finanziellen und zeitlichen Aufwand verbunden. „Sie sind zutiefst leidenschaftlich, sie sind diszipliniert. Sie sind aber auch skrupellos“ (373).

Es ist schwer, nach dem Lesen von Mayers Buch nicht bedrückt oder gar entsetzt zu sein. Die von ihr beschriebenen Entwicklungen werden klar, verständlich und transparent

Wehling, Elisabeth (2016): *Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht*

Köln: Halem

Unser politisches Denken ist von Frames geprägt – Fakten werden nie objektiv und unvoreingenommen wahrgenommen und politische Begriffe geben in keinem Fall die Realität ohne ideologische Färbung wieder. Im Gegenteil, mit jedem Wort wird in der individuellen Wahrnehmung ein ganzes Set an Eigenschaften abgerufen, das in direkten Zusammenhang mit dessen Inhalt gebracht wird. „Frames führen also dazu, dass sich einzelne Worte über das aufgerufene singuläre Konzept hinaus auf unsere Wahrnehmung der Welt auswirken“ (33), so die an der University of California tätige Elisabeth Wehling in ihrem neuen Buch.

Das Wort ‚Asylant‘ etwa ist keineswegs eine vorurteilsfreie Beschreibung einer bestimmten Person. Ihm werden spontan eine ganze Reihe von Adjektiven zugeordnet, wodurch sich sein Bias von dem eines ‚Asylwerbers‘ deutlich unterscheidet. Eine solche Anordnung von Zuschreibungen nennt die Kognitionswissenschaft ‚Frame‘.

Wehling zeigt, dass das Framing von Begriffen nicht nur mitbestimmt, in welcher Weise Menschen von einem Begriff denken, sondern auch das Verhalten von Individuen lenkt. Mehr noch: Nicht nur Frames beeinflussen unser Verhalten und Denken, sondern auch Metaphern. So wird das Wort ‚Steuerlast‘ von den meisten Menschen als tendentiell negativ gewertet. Der Begriff ‚Last‘ hat in den meisten Bedeutungszusammenhängen keine neutrale Bedeutung und hilft,

aufgeschlüsselt, ohne dass die persönliche politische Neigung der Autorin im Weg steht oder den Ergebnissen ihrer intensiven, ausführlichen Recherche die Gültigkeit, oder die Brisanz nimmt. Obwohl die ausgiebigen Beschreibungen der vielen erwähnten Personen ermüdend wirken können, ist *Dark Money* eine packende Analyse des wachsenden Einflusses einer kleinen, mächtigen Gruppe von Personen und ihrer Interessen in den USA.

Florian Mark



einen komplexen Sachverhalt diskursiv einzuordnen. Bürger*innen haben demnach eine ganz bestimmte Beziehung zum Staat und werden von diesem mit der Verpflichtung, Steuern zu zahlen, ‚belastet‘.

Metaphern sind in der menschlichen Sprache allgegenwärtig; Wehling demonstriert das in zahlreichen Beispielen eindrucksvoll. Auf Frames und Metaphern zu verzichten, ist nicht möglich. Es muss vielmehr darum gehen, sich dessen bewusst zu werden, welche von ihnen mensch in seiner Sprache einsetzt. Übernehme ich die Metapher meiner*s politischen Gegners*in, gebe ich dieser*m ungewollt viel Raum in der politischen Debatte. Ich habe also schon verloren. Für eine demokratische Gesellschaft ist Framing von großer Bedeutung: „In einem öffentlichen Diskurs, in dem es an sprachlichen Alternativen mangelt, erodieren gedankliche Alternativen und dadurch

letztlich Handlungsalternativen“ (60), so Wehling. Wer es verabsäumt, Fakten in Frames greifbar zu machen, kreiert ein ideologisches Vakuum. Die demokratische Debatte verarmt und wird ihren Ansprüchen nicht mehr gerecht. *Politisches Framing* ist ein wichtiges Buch. Es richtet sich sowohl an Studierende und Wissenschaftler*innen als auch an Politiker*innen und politisch Interessierte. In leicht

verständlicher Sprache vermittelt Elisabeth Wehling, warum dem Nachdenken über politische Diskurse viel mehr Platz eingeräumt werden sollte.

Thomas Immervoll

FIPU (Hg.) (2016): *Rechtsextremismus Band 2: Prävention und politische Bildung*

Wien: Mandelbaum

Aussagen wie: „Mit jeder potenziellen Mutter und jedem potenziellen Vater, der heute nicht geboren wird, beschleunigt sich der Prozess der Selbstausslöschung“ (Howanietz: 20) aus dem umstrittenen Buch *Für ein freies Österreich*, dessen Herausgeber Norbert Hofer ist, finden immer mehr Zustimmung. In Anbetracht dessen ist Handlungsbedarf dringend geboten. Immer öfter wird ein Anstieg an Problemen mit Rechtsextremismus diagnostiziert. Im selben Atemzug wird häufig mehr Aufklärungsarbeit in der politischen Bildung gefordert. Doch vermag diese das wirklich zu leisten? Was sind die Grenzen, was die besonderen Stärken von politischer Bildung in Österreich? Und wie sieht sie überhaupt aus? Vorschläge dazu will uns der zweite Band *Rechtsextremismus. Prävention und politische Bildung* der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU) näher bringen. Der Bogen, der dabei gespannt wird, ist zu vielseitig, um allen Perspektiven an dieser Stelle ausreichend Raum zu geben.

Zu Beginn wird die Wichtigkeit der Begriffsarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus betont: „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein“ (9), so Eerwin Riess. Begriffe seien unverzichtbare Knotenpunkte der Erkenntnis, ebenso wie Werkzeuge des Denkens. Den Anfang macht Günthner Sandners Beitrag, der die Geschichte der politischen Bildung in Österreich kurz umreißt und auf die geringere Reichweite der Re-Education der Alliierten, den höheren Fokus auf parteipolitische Bildung sowie die Vielzahl an verschiedenen Regelungen zur politischen Bildung hinweist. Dass auch Bildung selbst ideologischer Kampfort ist, zeigt Nico Richter: Am Konzept des New Public Management, einer Form von



staatlicher Verwaltung nach Marktvorbild, wird veranschaulicht, wie sich entdemokratisierende Strukturveränderungen an den Universitäten zugetragen haben. Stefanie Mayer und Bernhard Weidinger legen den Fokus auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen politische Bildung wirkt. Sie begründen vorliegende Resentiments im Konkurrenzprinzip des Kapitalismus sowie im Selbstbild des hassenden Subjektes, verwehren sich aber gleichzeitig gegen zu simplifizierende Ursachenthesen. Im Anschluss beleuchtet Karin Kuchler die Bedeutung von Geschlecht für die politische Bildungsarbeit. Dabei betrachtet sie sowohl theoretische Konzepte von Zweigeschlechtlichkeit als auch die Auswirkungen auf die tägliche Bildungspraxis.

Im Kontext einer von Migration geprägten (Konflikt-) Gesellschaft befassen sich Elke Rajal und Heribert Schiedel mit dem Beitrag, der zur Antisemitismus- und Rassismusprävention in der Schule geleistet werden kann. Dabei gelte es, diese als Diskurse zu erkennen, in die wir alle unmittelbar selbst verstrickt sind. Speziell mit Gedenkstättenbesuchen setzt sich der Text von Judith Götz auseinander.

Sie spricht dabei vor allem die Grenzen der Wirksamkeit an: Die Erwartung an einen Gedankstättenbesuch sei oft die unerfüllbare hohe, die BesucherInnen unmittelbar gegen rechtsextremes Gedankengut zu „immunisieren“ (144). Gelingt diese Immunisierung nicht, wird von Seiten der Politik oft nach SozialarbeiterInnen gerufen. Eva Grigoris Text behandelt die Frage, wie mit rechtsextremen Erwachsenen – der Fokus liegt, wenn überhaupt, ja meist auf Jugendlichen – in der Sozialarbeit umgegangen werden soll. Diese ist im Moment unsystematisch und eher „ein Rumwurschteln“ (180). Aus soziologischer Perspektive nimmt sich Carina Klammer dem stark an MuslimInnen gekoppelten Konzept der Deradikalisierung zur Terrorprävention an. Fabian Reicher hinterfragt diesen Diskurs daraufhin aus Perspektive der Sozialarbeit. Weitere Beiträge von Jana Sommeregger zu Kinder- und Jugendliteratur sowie von Judith Goetz und Matthias Falter zu politischen Reaktionen auf das Phänomen Pegida, runden das breite Spektrum des Sammelbandes ab.

Alles in allem gibt das Buch einen sehr umfassenden und abwechslungsreichen Einblick in die Materie, bleibt dabei selbstreflektiert und praxisnah und ist zugleich auch für fachfremde LeserInnen zugänglich geschrieben.

Mona Singer (Hg.) (2015): *Technik & Politik. Technikphilosophie von Benjamin und Deleuze bis Latour und Haraway*
Wien: Löcker

Der Sammelband von Mona Singer umfasst Artikel, die sich mit technikphilosophischen Fragestellungen zentraler Personen auseinandersetzen. Die Thesen und Strukturen werden dabei beschrieben und Versuche der Kritik ihrer inhärenten Logiken sowie ihrer Rolle für bzw. ihre Anschlussfähigkeit an aktuelle Debatten diskutiert. Die Texte sind unterschiedlich gelagert und entwickeln auch eine unterschiedliche Komplexität bei der Bearbeitung ihrer Gegenstände. Für Singer bedeutet ein Mitbedenken von Technik eine Verschiebung der Perspektive philosophischer Auseinandersetzungen auf vielen Ebenen: Kommunikation, Wissensgenerierung und -transfers, ökonomische Wertschöpfung, Ernährung, Medizin und Krieg. Technik ist da, wo Menschen sind, ist ökonomisch,

„Wenn wir unser kulturelles Erbe dauerhaft bewahren wollen, müssen wir bereit sein, es zu verteidigen“, warnte Heinz-Christian Strache unlängst in seiner ‚Bürgerkriegsrede‘ vom 24. Oktober 2016. Und vielleicht hat er recht, es braucht mehr politisches Sachwissen und Sensibilität für die Werte der Demokratie und der Gleichheit, um rechtsextremen Strömungen wirksamer entgegenzutreten zu können. Gerade deshalb ist *Rechtsextremismus. Prävention und politische Bildung* ein hochaktuelles und wichtiges Buch!

Eva Wackenreuther

Howanietz, Michael (2016): *Für ein freies Österreich. Souveränität als Zukunftsmodell*. hg.v. Norbert Hofer, Wien: Freiheitlicher Parlamentsclub.

John, Gerald (24.10.2016): „Armutsmigranten“. *Strache befürchtet Bürgerkrieg*. [derstandard.at/2000046403983/Strache-Rede-gegen-Fluechtlinge-Ceta-und-gekaufte-Medien](http://derstandard.at/2000046403983/Strache-Rede-gegen-Fluechtlinge-Ceta-und-gekaufte-Medienderstandard.at/2000046403983/Strache-Rede-gegen-Fluechtlinge-Ceta-und-gekaufte-Medien) (Zugriff: 21.11.2016).



sozial und politisch fassbar. Und doch, bemängelt Singer, ließe ein Kanon, bestehend aus einer systematischen kritischen Technikphilosophie, auf sich warten. Laut ihr „stehen wir mit technischen Artefakten auch *politischen* Artefakten und geronnen, materialisierten Machtverhältnissen

und herrschenden Normen gegenüber“ (11). Im Buch wird daher weder ein technik- noch ein sozialdeterministischer Standpunkt eingenommen, vielmehr wird versucht die zur Verhandlung stehenden Theorien auf Tauglichkeit zur Beantwortung ihrer Fragestellungen zu überprüfen und Brüche zu erkennen und erkenntnistheoretisch einzuordnen. Wie es ‚Natur‘ oder ‚Medium‘ bereits widerfahren ist, wird auch der Technik die Neutralität nicht mehr geglaubt: Ein vorherrschendes Technikverständnis schaffe schließlich materielle Tatsachen. Wem gehören die Produktionsmittel und wie sehen die Produktionsverhältnisse von Technik(en) aus? Wie hängen sie zusammen und beeinflussen sich gegenseitig? Wer muss die (höchsten) Kosten von Entwicklung, Herstellung, Abfall- und Nebenprodukten tragen? Welche Technologien setzen sich aus welchen Gründen zu welcher Zeit durch? Alleine dieser kurze Absatz zeigt, welch breites Feld hier aufgemacht wird. Nicht nur stehen wir mit einem Bein mitten in der (neo-)marxistischen Theorie und historisch-materialistischen Überlegungen und damit einhergehenden gesellschaftlichen Kampfplätzen mit Walter Benjamin und im sogenannten „Maschinenfragment“ mit Karl Marx (Wehling, Foltin). Mit mindestens einem weiteren Bein (Tentakel oder Stecker) steht man in diesem Buch auch mitten in sprachlich-symbolischen Auseinandersetzungen und physischen, biotechnologischen Vernetzungen politischer Akteure und menschlicher und nicht-menschlicher Körper (Barla, Tiefenbacher, Hubatschke, Puttinger). Von etwas anderer Qualität sind drei weitere Beiträge, die vor allem Grundlagen klären und die Notwendigkeit einer kritischen Technikphilosophie und Technikfolgenabschätzung mit Langdon Winner verdeutlichen (Deutsch) sowie Bergungsversuche weniger bekannter Theoriefragmente bei Heidegger und Flusser wagen (Steinschaden, Seebacher). Schade ist, dass Mona Singer und Carina Tiefenbacher die einzigen beiden Autorinnen sind und Donna Haraway die einzige Theoretikerin, mit deren Arbeiten eine Auseinandersetzung stattfindet. Im weiteren Verlauf dieses Textes werden nun insbesondere die Artikel von Barla, Tiefenbacher, Hubatschke und Puttinger besprochen, um einen Einblick in das Buch zu ermöglichen.

Macht. Bruno Latours Arbeiten scheinen vor allem im Bereich von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und materieller Kritiken sehr angreifbar, da diese in seiner Philosophie nicht explizit bearbeitet werden. Er lenke, so die Kritik, den Blick von zentralen Themen des Politischen ab und würde

keine progressiven Ansätze formulieren, vielmehr das Gegenteil. Josef Barla, der Autor des Textes *„Ihr wortlos Lied, vielstimmig, scheinbar eins“* arbeitet mit der These, dass die Einbeziehung der Dinge ins Denken über Politik und Gesellschaft kräftig an einer kanonisierten Denkkordnung rüttle. Er beschreibt Latours Technikphilosophie als ein dynamisches Konzept des wechselseitigen Austauschs zwischen Menschen und Dingen und einen gegenseitigen Prozess der Transformation. In Technologien und ihren Artefakten manifestieren sich schließlich „politische und moralische Handlungsprogramme“ (93), sie erschließen Handlungsmöglichkeiten oder schränken sie ein. Ihre Politizität werde durch jene Wirkmächtigkeit deutlich, die sie aufgrund ihrer Eigenschaften besitzen, Verknüpfungen zu anderen Entitäten herzustellen, aber auch die Art der Verknüpfung müsse beachtet werden. Dinge stabilisieren das Soziale und in „Konfigurationen“ (99) mit Akteuren werden sie gebraucht, um Sachen in Gang zu bringen und am Laufen zu halten. Macht operiere daher bei Latour *„in und durch heterogene Netzwerke“* (ebd.), assemblages. Die Dinge hätten zwar keine Intentionen, aber Wirkmächtigkeit und gerade diese würde zu oft unter den Tisch fallen, wenn es um politische Aushandlungsprozesse geht. „Dass auch Dingen in ihren Verschränkungen mit anderen Akteuren, auf einer *analytischen* Ebene, Wirkmächtigkeit zugestanden wird, bedeutet nicht, Menschen und Dinge gleichzusetzen.“ (100) Dieses Zitat bringt meines Erachtens auf den Punkt, wogegen Barla Latours Ansatz zu verteidigen versucht. Dem Autor gelingt es sehr gut, Latours Vorstellung der komplexen Einbindung der Dinge in sich wechselseitig stabilisierende und informierende rhizomatische Netzwerke zu beschreiben und ihnen damit die politische Neutralität zu nehmen.

Monster. Carina Tiefenbacher schreibt im Text *Befreundete Monster, Hand in Pfote* über Donna Haraways Methode des wissenschaftlichen ‚Erzählens‘ anhand von „monströsen Tropen“ (117). Damit sind jene hybriden Wesen gemeint, die Haraway ins Feld führt, um Brüche und Uneindeutigkeiten der Wissensproduktion im Verhältnis der Menschen zu ihrer natürlichen, technischen und sozialen Umwelt aufzuzeigen. Die „In-Beziehung-Setzung“ (137) zu anderen menschlichen oder nicht-menschlichen Akteur_innen ist notwendigerweise mit Verletzlichkeit, Verantwortung und Arbeit verbunden. Ein Konzept von Technik als „Bruch mit der Natur“ (119) und als dem Organischen oder Animalischen diametral gegenübergestellt, ist laut Tiefenbacher

letztlich ein Herrschaftsmodell, das hegemoniale Ansprüche legitimiert und absichert (vgl. 118). Eine wichtige Metapher bei Haraway ist die Diffraktion – die Ablenkung von Wellen an einem Hindernis –, die eine Art und Weise beschreibt, wie Wissen mit widerständigem Potenzial entsteht. Wissen ist demnach immer situiert, also kontextabhängig. Wie und wohin ab einem ‚Hindernis‘ weitergedacht wird, ist also zentral, um die Erzählstränge von Wissensgenerierung zu verfolgen. Die Cyborg ist wohl Haraways bekanntestes widerständiges Mischwesen, und auch sie diene nicht zur Generierung allgemeiner Aussagen, sondern als Instrument bei der Betrachtung einer bestimmten Fragestellung in Bezug auf das Subjekt, auf seine/ihre Handlungsmacht und auf Wirkmächtigkeiten sowie sozio-kulturelle Normen (vgl. auch ‚der Vampir‘, 128f.). Tiefenbacher beschäftigt sich mit Haraways Lesarten von technowissenschaftlichen Texten und Codes, wie der Programmiersprache – dem „verkörperte(n) Hypertext“ (126) des Internet – oder mittels der OncoMouse™, mit der Bearbeitung und Inwertsetzung von DNS, als Verkörperung von Techno-Biomacht. Sie schlussfolgert: „Welche Monster Haraway auch vorstellt [...] (,) alle plädieren sie für eine Öffnung jener Kategorien, in der (sic!) wir Leben denken“ (136). Tiefenbacher schließt mit der Besprechung des *Companion Species Manifesto* (2003), das eine Weiterentwicklung des *Manifesto for Cyborgs* (1985) darstellt, indem es mehr um die wechselseitig beeinflusste Entwicklung und „das gemeinsame, relationale Ko-Konstituieren“ (140) von miteinander verbundenen menschlichen und nicht-menschlichen Lebensformen/Entitäten geht.

Maschinen. In seinem Text *Maschinelle Revolte* stellt Christoph Hubatschke Karl Marx' Forderung nach einer kritischen Technologiesgeschichte aus dem *Kapital* das Maschinenkonzept von Gilles Deleuze und Félix Guattari zur Seite. Denn die Technikphilosophie von Deleuze und Guattari denkt insbesondere ‚die Maschine‘ politisch. Technologien bestehen bei ihnen aus „technische(n) Objekte(n) in den Gefügen [...] ihrer Entstehung und in den Gefügen ihrer Anwendung“ (169). Daher könne es auch keine Essenz des Technischen geben. Mit Marx, Mumford, Maturana und Varela ist die Maschine bei Deleuze/Guattari vielmehr ein „soziales, ständig produzierendes Gefüge“ (171), das vielfachen Zwecken dienen kann (z.B. Wunsch- oder Kriegsmaschinen). Zwischen unterschiedlichen Maschinen könne man keine „Wesensdifferenz, sondern [...] (lediglich) unterschiedliche Funktionslogik(en)“ (176) unterscheiden. Sie

gehen dabei soweit, „die Maschine als strukturbrechend, als Einschnitt und als Ereignis“ (172) zu postulieren und Störungen (vor allem bei der sog. Wunschmaschine) als förderlich für eine Weiterentwicklung einzuordnen (vgl. 176). Dies werde bereits im ersten Text Guattaris zu dieser Thematik, *Maschine und Struktur* (1976), deutlich. Hubatschke arbeitet sehr klar heraus, wie Deleuze/Guattari, beeinflusst von der '68er-Bewegung, ein Maschinenkonzept artikulieren, dass vielmehr mit ihrem (organischen) Begriff des Rhizoms verschwimmt ist, als mit starren Ordnungsbegriffen. Diese Maschinen beeinflussen ihre gegenseitige Entwicklung, stellen (temporäre) Verknüpfungen her und gehen in einander auf. Indem die Maschine nicht mehr bloß Werkzeug ist, sieht der Autor eine Möglichkeit gekommen, den Fokus auf eine nicht kanonisierte Technikgeschichte zu legen und die gesellschaftliche Maschinisierung von Objekten im Sinne von Deleuze/Guattari in den Blick zu nehmen. Brüche, Sprünge und Risse treten in Form von „Mikroereignisse(n)“ (188) auf und können „die Kontinuität der herrschenden Machtverhältnisse“ (ebd.) zumindest im Kleinen herausfordern. Technologien seien aber nie neutral und in Hinblick auf ihre Demokratie förderlichen Potenziale genau zu untersuchen.

Eindringlinge. Jean-Luc Nancy, ein französischer Philosoph, hat kurz vor der Jahrtausendwende ein neues Herz bekommen. Tief erschüttert von den Vor- und Nacharbeiten dieser Transplantation hat er ein Buch geschrieben, das sich mit Fragen nach dem Subjekt beschäftigt: *Der Eindringling. Das fremde Herz* (2000). In seinem Beitrag *Jean-Luc Nancy. Im Herzen die Technik* wirft Jakob Puttinger einen Blick auf die Theorieproduktion Nancys und die Verbindungen zur Philosophie Heideggers und Derridas. Nancy stelle in seinem Text klar, von einer ‚Wiederherstellung‘ der Unversehrtheit seines Organismus‘ durch die Transplantation könne keine Rede sein (vgl. 216), denn die Umstände des Unterfangens ließen dies nicht zu. Das Herz sei kein Gast und werde ein Eindringling bleiben – dem Verhältnis von Eigenem und Fremdem wird daraufhin in Puttingers Text eingehend nachgegangen. „Es handelt sich um eine Differenz, die – im Sinne der Derrida'schen *différance* – jede Selbstidentität [...] bereits in ihrem Selbstbezug aufweist und jeder Selbstidentität vorausgeht“ (220). Puttinger diskutiert in diesem Zusammenhang auch das Konzept des Supplements von Derrida als dem Hinzugekommenen, An- oder Beigefügten, das sich durch Nancys Krankengeschichte, in Form bestimmter medizinischer



Stoamandl, Foto: Eva Wackenreuther

Maßnahmen und Prozeduren, ziehe. Nancy macht einen Unterschied zwischen Technik und Natur, wobei bei ersterer „Ursprung, Zwecke und Mittel“ (223) von außen hinzutreten würden, die letzterer immanent seien. Damit nimmt Nancy einen eindeutig divergierenden Standpunkt zu jenen Theoretiker_innen ein, die hier zuvor besprochen wurden. Puttinger unterstreicht, Nancy habe weder ein „dualistisches“ noch „dialektisches“ (224) Verständnis von Technik, obwohl er dieser eine „von der Natur unabhängige Entwicklung“ (ebd.) attestiert. In seiner weiteren

Auseinandersetzung stellt der Autor schließlich fest, dass das Verhältnis von Politik und Technik/Technologie bei Nancy schließlich nicht ausreichend, weil nur fragmentarisch ausformuliert wurde, auch wenn die Frage danach dringlich war.

Melanie Konrad

IMPRESSUM

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw) | **MedieninhaberIn, VerlegerIn:** ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7, **Hauptverantwortliche dieser Ausgabe:** Melanie Konrad | **Redaktion:** Simona Camillini, Mara Colnago, Tobias Doppelbauer, Amin Elfeshawi, Thomas Immervoll, Melanie Konrad, Florian Mark, Ajla Rizvan, Stefan Schweigler, Eva Wackenreuther | **Kontakt:** Birgit Sauer, ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7 | **E-Mail:** politix.politikwissenschaft@univie.ac.at | **Grafik & Layout:** Melanie Konrad (a0801938@unet.univie.ac.at) | **Onlinepublikation unter:** www.univie.ac.at/politikwissenschaft | Offenlegung gem. §25 MedienG. | **Erscheinungsweise:** 2x/Jahr | **Blattlinie:** politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

BILDER: Tobias Mayr (Cover, 46, 47), Stefan Leimer (14, 60, 61, 64), Isabella Lang (23), Eva Wackenreuther (25, 79), Charlotte Kottusch (38, 41)

POSTWACHSTUM

selbstorganisierte RINGVORLESUNG

MI wtl. von 05.10.2016 bis 25.01.2017, 18:30-20:00
Ort: Hörsaal 23 Hauptgebäude, 1.Stock, Stiege 5

BLOCK I: ZEITDIAGNOSEN

05.10.2016

Die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse – Symptome, Ursachen und die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation.

Christoph Görg

Alpen-Adria Universität Klagenfurt,
Institut für Soziale Ökologie

12.10.2016

Wider dem Wachstumswahn:
Degrowth als konkrete Utopie.

Barbara Muraca

Oregon State University, Philosophy
Department

19.10.2016

Degrowth as a social-ecological
transformation: the role of social
movements.

Viviana Asara

WU Wien, Department of Social-Eco-
logical Transformation

BLOCK II: EINFÜHRUNGEN

26.10.2016

What is Degrowth? From an Activist
Slogan to a Social Movement.

Federico Demaria

Research & Degrowth, Barcelona

09.11.2016

Transformation in eine Postwach-
stumsgesellschaft – Herausforderun-
gen für Zivilgesellschaft, Politik und
Forschung.

Irmi Seidl

Research Unit Economics and Social
Sciences, Swiss Federal Research In-
stitute

BLOCK IV: STRATEGIEN & PRAXEN

30.11.2016

Podiumsdiskussion: Lokal produ-
zieren, global kommunizieren - von
Recht auf Stadt bis Wissensallmende.

Sarah Kumnig

Universität Wien

Andrea*s Exner

Wirtschaftsuniversität Wien

Nicole Lieger

Universität Wien

07.12.2016

Podiumsdiskussion: Klima und Ener-
gie - Perspektiven und Kämpfe.

Magdalena Heuwieser

System Change, not Climate Change!
Finance & Trade Watch

Elmar Flatschart

Universität Wien

14.12.2016

Podiumsdiskussion: Ernährungssou-
veränität

Irmi Salzer

ÖBV – via campesina austria

Richard Mogg

Biohof Mogg

Brigitte Reisenberger

FIAN

Zwischen Utopie und Praxis: Degrowth - Ein Ausweg aus der Sackgasse?

BLOCK III: VERSCHRÄNKUNGEN

16.11.2016

Feministische Interventionen. Post-
humanistische Visionen der Ökono-
mie.

Karin Schönplflug

Universität Wien, Institut für Inter-
nationale Entwicklung

23.11.2016

Degrowth und die Herausforderun-
gen postkolonialer Migrationen

Maria do Mar de Castro Varela

Alice Salomon Hochschule Berlin

BLOCK V:

KRITIKEN & INTERVENTIONEN

11.01.2017

Das 'Gute Leben' in Ecuador: Zwis-
chen Paradigmenwechsel und Neo-
extraktivismus.

Yare Maldonado Guerrero

Universität Quito

Greta-Marie Becker

KHM Köln

18.01.2017

Postwachstum aus postkolonialer
Perspektive

Christine Löw

Universität Frankfurt, Fachbereich
Gesellschaftswissenschaften

25.01.2017

Abschluss, Zusammenschau,
Perspektiven

Ulrich Brand

Universität Wien, Fachbereich Inter-
nationale Politik



bagruvie

Mehr Infos unter:
<http://ie.bagru.at>